Nr. 48. 25. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 26. Februar 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Eine Verleugnung des Klassenkampfes.

Wenn uns die bisherige Wahlrechtsbewegung in Preußen irgend etwas gelehrt hat, so die Tatsache, daß es den bürgerlichen Parteien ohne jede Ausnahme nicht ernst mit der Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ist. Seit Jahren hat ja die gesamte Parteipresse in Hunderten von Artikeln die Tatsache behandelt, daß weder das Zentrum noch der Freisinn jemals einen ernstlichen Versuch gemacht haben, eine entschiedene Wahlreform in Preußen durchzusetzen. Und gerade der Wahlkampf der letzten Jahre, und erst recht des letzten halben Jahres, hat jedem Urteilsfähigen bewiesen, daß die bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums und des Freisinns, gar nicht daran denken, für das allgemeine und gleiche Wahlrecht in einen Kampf einzutreten. Das Zentrum ist bis zum Augenblick noch nicht aus seiner eisigen Reserve herausgetreten, und der Freisinn — von der Handvoll Leute wie Barth, Breitscheid, Gerlach abgesehen — hat just in dem Augenblicke mit dem Abhalten von Versammlungen und der Annahme zahmerer oder radikalerer Resolutionen begonnen, wo es an der Zeit war, für die Neuwahlen für sich Reklame zu machen! Als es galt, die Volksmassen aufzupeitschen, um Regierung und Reaktion zu Zugeständnissen zu zwingen, bekämpfte und schmähte der Freisinn nicht nur die zum Wahlrechtskampf aufrufende Sozialdemokratie, sondern auch diejenigen Freisinnigen, die nicht der konservativ-liberalen Paarung zuliebe die Reaktion möglichst unbehelligt lassen wollten.

Ein denkender, und gar ein sozialistisch geschulter Politiker wird sich nun über das wahlrechtsverräterische Verhalten des Zentrums und des Freisinns nicht etwa nur moralisch entrüsten, sondern auch einmal nach den Ursachen des Verhaltens dieser Parteien fragen. Die Antwort wird ihm, sofern ihm die politischen Tatsachen nicht unbekannt sind, auch nicht allzu schwer werden. Parteien pflegen sich nur dann für eine politische Reform zu ereifern, wenn dabei Vorteile für sie herausspringen. Vorteile vom allgemeinen und gleichen Wahlrecht aber haben weder Zentrum noch Nationalliberale noch Freisinnige zu erwarten, wie wir in unserem Artikel „Wahlrechtskampf — Klassenkampf" nachgewiesen haben. Oder sollte der Freisinn sich deshalb für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ins Zeug legen, um die agrarische Reaktion zu brechen? Das würde er vielleicht tun, wenn ihm dann nicht auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in der Sozialdemokratie ein noch viel unbequemerer und verhaßterer Gegner erwüchse! Mit den Agrarkonservativen hat sich der Freisinn ja sogar blockehelich gepaart, während er mit der Sozialdemokratie nicht einmal ein flüchtiges Wahlbündnis eingehen will, bei dem er nicht das mindeste von seinen Prinzipien aufzugeben braucht! Es bedarf also keines weiteren Beweises, daß dem Freisinn die Reaktion viel weniger verhaßt ist, als die Sozialdemokratie, daß er also ihr oder seinen „demokratischen Prinzipien" zuliebe keinen Finger rührt, sofern ihn nicht das eigene Interesse treibt. Ein Interesse des Freisinns am allgemeinen und gleichen Wahlrecht liegt aber nicht vor.

Das sind alles sonnenklare Dinge für jeden, der die politischen Zustände objektiv betrachtet, vollends aber für einen Sozialisten, der begriffen hat, daß die Triebkräfte des politischen Lebens wirtschaftlicher Natur und die Parteigruppierungen eben diesen wirtschaftlichen Triebkräften entsprungen sind! Wie sollte die liberale Bourgeoisie einem verjährten Prinzip zuliebe dazu kommen, dem Proletariate das gleiche Recht erkämpfen zu helfen, damit es auch in Preußen die proletarischen Interessen in der Steuerpolitik wie im ganzen Verwaltungswesen energisch wahrzunehmen vermag! Und zu dieser Bourgeoisie gehört auch ein Teil des Mittelstandes. Je mehr das Proletariat sich gerade durch seine wirtschaftlichen Organisationen eine Verbesserung seiner Lebenslage zu erkämpfen vermag, desto feindlicher tritt ihm jener Teil des Mittelstandes entgegen, der Arbeitnehmer beschäftigt. Die letzten Reichstagswahlen haben das ja erst wieder bewiesen. Nur der Teil des Mittelstandes, dessen wirtschaftliche Interessen mit jenen des Proletariats zusammenfallen, vermag auch für das allgemeine und gleiche Wahlrecht interessiert zu werden.

Da ist es denn doch wirklich überraschend, daß sich ein Sozialdemokrat findet, der gegen die Ausführungen unseres Artikels „Wahlrechtskampf — Klassenkampf" polemisiert. Es ist der Genosse Dr. Südekum, dessen Korrespondenz in einem Artikel „Die Taktik der Reaktionäre" gegen den „Vorwärts" den Vorwurf erhebt, die an der Einführung des Reichstagswahlrechts interessierten Volksschichten gegeneinander zu hetzen und dadurch die Taktik der Reaktion zu unterstützen. Der Wahlrechtskampf, so belehrt uns Südekum — und die „Sächsische Arbeiterzeitung" druckt diese erstaunliche Weisheit ohne Kommentar, sogar in Sperrdruck, nach — habe mit Klassenkampf gar nichts zu tun. Vielmehr — doch geben wir Südekum selbst das Wort:

> „Die Einführung des Reichstagswahlrechts an Stelle der Dreiklassenschande in Preußen ist keine Angelegenheit einer einzigen Klasse, ebensowenig wie sie eine Angelegenheit etwa allein der Blondhaarigen oder der Schwarzäugigen, der Männer oder der Frauen, der Jünglinge oder der Greise ist. Nein: sie ist die Sache der Vorwärtsstrebenden gegen die Rückschrittler, der Denkenden gegen die Finsterlinge, der städtischen Bevölkerung gegen die Agrarier, der Demokratie gegen die Bureaukratie, der Bauernschaften gegen die Gutsbezirke, Bestelbiens gegen Ostelbien, kurzum eine Sache, die in allen Teilen der Bevölkerung Parteiungen hervorrufen muß und hervorgerufen hat. Es kommt jetzt darauf an, die Freunde der Umgestaltung, was sonst immer sie auch trennen mag, in diesem Punkte zusammenzuführen. Ob dies gelingt oder nicht gelingt, ist entscheidend für den preußischen Wahlrechtskampf. Das ist der Sinn der bekannten Aeußerung Singers, daß die Arbeiterschaft in ihrem Wahlrechtskampfe jede ehrliche Hülfe gern annehmen werde."

An dem ganzen Gerede ist nur soviel richtig, daß die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe jede ehrliche Hülfe gern annimmt. Alles andere ist leeres Geschwätz. Lassen wir die Blondhaarigen und Schwarzäugigen und was dieser fürchterlichen Geistreichigkeiten mehr sind, ganz aus dem Spiele: Aber wie kann uns ein Sozialdemokrat gleich dem letztbesten Liberalen mit nichtssagenden Phrasen: „die Sache der Vorwärtsstrebenden gegen die Rückschrittlichen", „der Denkenden gegen die Finsterlinge" kommen! Wo es sich um ein Wahlrecht handelt, durch das die ganze Steuer- und Verwaltungspolitik des preußischen Staates zugunsten der nichtbesitzenden Klassen umgemodelt werden soll, da verwandeln sich eben Freisinnige, die sonst die Phrasen von „Finsterlingen" und „Rückwärtsern" ebenso schön am Schnürchen haben, wie Genosse Südekum, selbst in Finsterlinge und Rückwärtser! Oder ist dem Herausgeber der „Kommunalen Praxis" das lehrreiche Kapitel des Kommunalfreisinns so völlig unbekannt? Ebenso löst sich der angeblich schroffe Gegensatz zwischen „städtischer Bevölkerung und Agrariern", „Demokratie und Bureaukratie", wenn auch nicht in Wohlgefallen, so doch in konservativ-liberale Paarung, d. h. in gegenseitige Duldung auf, wenn man sich die Dinge näher ansieht.

Daß auch im bürgerlichen Lager Interessenunterschiede vorhanden sind, haben wir in unserem mehrerwähnten Artikel nicht nur zugegeben, sondern sogar ganz präzis gezeigt: z. B. die Differenzen in bezug auf die Neueinteilung der Wahlkreise, die zwischen Liberalen einerseits und Konservativen und Zentrum andererseits bestehen. Auch haben wir ausdrücklich ausgeführt, daß es keineswegs ausgeschlossen sei, daß trotz alledem ein Kompromißwahlrecht zustande komme, das sogar dem Proletariate eine Scheinvertretung bietet. Wir glauben sogar, daß ein solches Kompromißwahlrecht in den nächsten Jahren zustandekommen wird, sei es auch nur, um den Stachel abzustumpfen, der für das Proletariat in dem Gefühle der absoluten Rechtlosigkeit liegt. Für dieses Wahlrecht also, sei es ein ständisches, sei es ein Pluralwahlrecht, würden Zentrum, Freisinn, sogar die Nationalliberalen zu haben sein. Zentrum und Liberale hätten damit ein Mittel, nicht nur die proletarischen Wahlrechtsmahner in ihren Reihen wenigstens fürs erste einmal abzuspeisen, sondern die Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts mittels dieser Abschlagszahlung möglichst lange hinauszuschieben!

Aus alledem ergibt sich, daß der Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht erfolgreich nur in Gestalt des Klassenkampfes geführt werden kann. Für einen Sozialdemokraten sollte es dieses Beweises nicht einmal erst bedürfen. Statt aus ganz unzutreffenden Vergleichen mit anderen Bundesstaaten oder mit dem Auslande auf die für den preußischen Wahlrechtskampf notwendige Taktik zu schließen, sollte Südekum die preußischen Verhältnisse berücksichtigen. Eine Kenntnis der preußischen und deutschen Verhältnisse aber beweist, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht nur erobert werden kann auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes. Alle sich überlegen dünkende Möchtegerndiplomatie kann weder die Sozialdemokratie noch den Wahlrechtskampf fördern, sondern nur das zu entlarvende Gaukelspiel der bürgerlichen Volksbetrüger erleichtern!

Preußische Parteiblätter haben den Artikels Südekums bis jetzt nicht abgedruckt. Wir hoffen, daß sie auch künftig gegenüber derartigen Versuchen, die klar vorgezeichnete Wahlkampftaktik zu verwirren, mit der gebotenen Vorsicht verfahren werden. Genosse Südekum, der seinerzeit bereits in seiner Korrespondenz höchst eigenmächtig dekretierte, der Wahlrechtskampf sei nun zu Ende, es beginne nun der Wahlkampf, täte freilich besser, wenn er sich künftig auf die Lieferung bloßen Tatsachenmaterials beschränkte, statt auf eigene Faust eine Parteipolitik zu treiben, die aller theoretischen Erkenntnis und aller praktischen Erfahrung gleichermaßen Hohn spricht!

Nochmals der Justizetat.

In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde die zweite Lesung des Justizetats zu Ende gebracht, nachdem noch einige Auseinandersetzungen über verschiedene der im Laufe der Debatte berührten Fragen stattgefunden hatten.

Der Reichsverbandsgeneral v. Liebert begründete seine Resolution, die sich für die Deportation von Verbrechern nach den Südseeinseln ausspricht. Er war dabei so liebenswürdig, den Sozialdemokraten zuzusichern, daß, wenn sie dereinst wegen ihrer Gesinnung als Verbrecher abgeurteilt werden sollten, wonach sein menschenfreundliches Herz sich offenbar heftig sehnt, sie doch die freie Wahl haben sollten, ob sie im Kerker oder auf einer Südseeinsel verkommen wollen.

Der Staatssekretär Dr. Nieberding konnte zwar dem Liebertschen Deportationsplan keinerlei empfehlendes Wort widmen, da der Gedanke aber im Kopfe einer so eminent staatserhaltenden Persönlichkeit entsprungen war, hielt der Hüter des Reichsrechts es offenbar für ratsamer, ihn nicht kurzer Hand abzulehnen, sondern meinte, er sei noch nicht genügend ausgereift.

Der Pole Chrzanowski wies an der Hand zahlreicher vorgelegter Bilder und Druckschriften nach, in welch' ungenierter Weise die Behörden den Kampf gegen die polnische Literatur und Kunst führen. Herr Roeren beklagte sich im Gegensatz dazu darüber, daß gegen unzüchtige Schriften und Bilder nicht genügend seitens der Behörden eingeschritten würde. Der Nationalliberale Junck forderte die zivilrechtliche Regelung der Tarifverträge, da die Notwendigkeit des kollektiven Arbeitsvertrages sich mehr und mehr Anerkennung verschafft habe.

Genosse Heine wies die krampfhaften Versuche des Herrn v. Maltzan, den Genossen Stadthagen wegen seiner Ausstoßung aus dem Anwaltsstande zu verdächtigen, mit einigen kräftigen Bemerkungen zurück, um dann an einem Gegenstück zu zeigen, wie die Behörden, wo es sich um schwere Verleumdungen gegen einen sozialdemokratischen Abgeordneten handele, die Erhebung einer Anklage abgelehnt hätten. Es handelt sich da um die Verleumdungen, die die „Post" und Blätter ähnlichen Schlages gegen den Genossen Richard Fischer in die Welt gesetzt hatten.

Der Staatssekretär Dr. Nieberding versuchte zwar von Amtswegen die Staatsanwaltschaft zu entschuldigen, mußte aber doch so viel zugeben, daß Herr Isenbiel besser getan hätte, nachdem ihm zur Einleitung von Ermittelungen das öffentliche Interesse stark genug erschien, auch die Anklage gegen die „Post" zu erheben, als sich herausstellte, daß deren Angaben als durch und durch unwahr sich herausgestellt hatten.

Den Maltzan suchte nunmehr der Kreth zu übertrumpfen, indem er nicht nur die Vorwürfe gegen Stadthagen aufwärmte, sondern allerhand aus dem Müllkasten des Reichsverbandes ausgegrabene Anwürfe gegen die Sozialdemokratie verlas. Nicht einmal die Blockparteien konnten diesen abgestandenen Krethereien noch Geschmack abgewinnen. Genosse Stadthagen beschränkte sich darauf, in einer persönlichen Bemerkung mit einem kräftigen Ruck den keifenden Kreth von sich abzuschütteln.

Dann wurde die Abstimmung über die vielen Resolutionen vorgenommen. Die sozialdemokratische Resolution über die Beseitigung des Zeugniszwanges für Redakteure wurde angenommen, abgelehnt aber die Resolution zur Sicherung der Immunität der Abgeordneten. Es fiel auf, daß Herr Erzberger dagegen stimmte, trotzdem sie durch seinen Fall gerade notwendig geworden war.

Auswärtige Politik in Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien wird uns vom 22. Februar geschrieben:

Die diesmaligen Verhandlungen der Delegationen — jener Abordnungen der beiden Parlamente, denen die dualistische Verfassung die gemeinsamen Angelegenheiten zuweist — beanspruchen aus mannigfachen Gründen ein größeres Interesse. Einesteils wird die österreichische Delegation zum ersten Male von einem Hause des allgemeinen Wahlrechts abgeordnet und so kommen die wahren Stimmungen der österreichischen Völker ganz anders zum Vorschein, als es in der vom Kurienparlament entsendeten Delegation der Fall war. Anderenteils treten die beiden Delegationen — sie tagen nicht gemeinsam, denn ein einheitliches Exekutivorgan kennt der Dualismus nicht — zum ersten Male nach dem Abschlusse des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn in Berührung, und das Verhältnis der beiden Staaten erscheint von dem Bleigewicht befreit, das durch zehn Jahre jede ihrer Beziehungen verzerrt hatte. Zum dritten will aber die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns einmal aus dem Gleise der indifferenten Beschaulichkeit treten, in dem sie sich durch Jahrzehnte bewegt hatte, was zur Folge hat, daß die „Beliebtheit", der sich der Donaustaat in dem „Konzert der Mächte" so lange erfreute, einer fast allgemeinen Befehdung gewichen ist. Seit dem Jahre 1876, wo sich Oesterreich-Ungarn auf dem Berliner Kongreß das Mandat zur Okkupation der zwei türkischen Provinzen (Bosniens und der Herzegowina) geholt hat, die seitdem zu seinem Territorium gehören, ohne jemals

einektiert worden zu sein, ist in den Mitteilungen des Freiherrn von Aehrenthal an die Delegation zum ersten Male wieder von einer Aktion die Rede, die über die konventionelle Bewahrung der Freundschaften und Bündnisse hinausreicht. Grund genug, um den diesmaligen Delegationsverhandlungen Beachtung zu widmen.

Das Neue an dieser Delegationsverhandlung ist durchaus die österreichische Wahlreform, und im Grunde hat an den Eisenbahnplänen des Freiherrn von Aehrenthal sie den namhaftesten Anteil. Bekanntlich hat der Minister des Aeußern den Delegationen in seinem Exposé mitgeteilt, er bemühe sich beim Sultan um die „Ermächtigung zur Vornahme von Studien" zu dem Bau einer Bahn zwischen Uvac und Mitrovitza, die den Anschluß des bosnischen Eisenbahnnetzes an das türkische herbeiführen und so Oesterreich-Ungarn den Zugang zum Aegäischen Meer öffnen würde. Das Recht Oesterreich-Ungarns zu diesem Bahnbau ist unbestreitbar und es wird auch nicht bestritten; wird doch in dem Artikel 25 des Berliner Vertrages Oesterreich-Ungarn das Recht eingeräumt, im Sandschak von Novibazar „im ganzen Umfange dieses Teiles des ehemaligen Vilajets Bosnien Garnisonen zu halten und militärische sowie Handelsstraßen zu besitzen". Auch daß darüber und dazu nur eine Verständigung mit der Türkei notwendig ist, wird in jenem internationalen Vertrage ausdrücklich bestätigt. Trotzdem ist, wie man weiß, das in jeder Hinsicht bescheidene Projekt das Objekt der heftigsten Angriffe geworden, zu denen sich mit Rußland und dessen französischen Alliierten auch England vereinigt hat, und die dieser Tage in fast identischen Kundgebungen des offiziellen englischen Telegraphenbureaus und des offiziösen Blattes der russischen Regierung hervorgetreten sind. Da an dem materiellen Rechte Oesterreich-Ungarns nicht zu mäkeln ist, wird als Vorwand die durch das Bahnprojekt angeblich hervorgerufene Gefährdung der mazedonischen Reformaktion benützt, obwohl der rein wirtschaftliche Gedanke dieses Bahnbaues mit politischen Expansionsgelüsten gar nichts zu tun hat und vor Mißdeutung schon durch seine Unbeträchtlichkeit — es handelt sich um ganze 120 Kilometer Schienen — geschützt sein könnte. Daß die heuchlerische Presse das Bahnprojekt als eine von Berlin aus angezettelte Intrige ausgibt, kann nicht überraschen; und daß es dabei an England, das guten Grund hat, den unbequemen Nebenbuhler von Asien abzulenken, einen Bundesgenossen findet, ist ebensowenig erstaunlich, als daß die französischen Regierungsblätter wegen des Bahnprojektes, das von der Realisierung noch recht weit entfernt ist, ungemein „besorgt" tun. Um so nachdrücklicher muß erklärt werden, daß das alles sinnlose Uebertreibungen sind, von denen sich die sozialistische Betrachtung befreien muß. Der Ausbau jener in zwei Sackgassen steckenden Bahn ist für Oesterreich-Ungarn, das mit seiner ganzen industriellen Entwickelung auf den nahen Orient angewiesen ist, eine ökonomische Notwendigkeit. Daß die Leiter unserer auswärtigen Politik auf den Plan, der so nahe liegt, daß man ihn geradezu selbstverständlich nennen kann, erst jetzt verfallen sind, obwohl er früher, als Rußland noch in der Not seines Krieges steckte, ungleich leichter zu verwirklichen gewesen wäre, wogegen er jetzt die mannigfachsten Gegnerschaften findet, das beruht wahrhaftig auf keinen geheimnisvollen Ursachen. Vielleicht wirkt auch mit, daß der kurzsichtige und träge Goluchowski durch den regsameren früheren Botschafter in Petersburg abgelöst worden ist; aber der eigentliche Grund ist in der Umwandlung der inneren Verhältnisse Oesterreichs zu suchen. Die durch die Wahlreform bewirkte Oekonomisierung der österreichischen Politik zwingt die Machthaber, aus den gewohnten Gleisen herauszutreten und der wirtschaftlichen Entfaltung in der durch den Kapitalismus bedingten Form Raum und Gelegenheit zu schaffen. Das ist der eigentliche Sinn dieses Bahnprojektes; mit jener utopistischen und fantastischen „Weltpolitik", die wir Sozialdemokraten überall mit Recht bekämpfen, hat der Anschluß der österreichischen an die türkischen Bahnen, in seinem Umfang an den einer Sekundärbahn reichend, nichts zu tun. Für Leute, denen die auswärtige Politik das Produkt der Einfälle der Monarchen dünkt und die unter der Beschäftigung mit den auswärtigen Fragen das Nachspüren nach Kulissengeheimnissen verstehen, mag sich das Sandschakbahnprojekt als eine mysteriöse Improvisation darstellen. Wer aber auch in diesen Dingen die ökonomischen Kräfte als waltend und treibend erkennt, dem ist es nicht unerklärlich, daß das Aufkommen neuer Elemente im Innern Oesterreichs zu neuen Auffassungen der auswärtigen Angelegenheit drängt.

Die bürgerlichen Parteien und die auswärtige Politik Rußlands.

Man schreibt uns aus Petersburg:

Es ist eine allgemeingültige Erfahrung, daß der Liberalismus in ernsten Augenblicken stets vor dem blinden Hurrapatriotismus kapituliert und so die Geschäfte der Reaktion besorgt. Dies beweist auch wieder einmal die Haltung, die die russischen Liberalen in der Frage der Balkanbahnen einnehmen. Man vergegenwärtige sich die Situation: das alte Rußland hat eine Schlappe erhalten, die die „Nowoje Wremja" mit Recht als eine Niederlage der ganzen Balkanpolitik Rußlands bezeichnet. Jeder wirkliche Freund der freiheitlichen Entwickelung Rußlands kann darin nur einen Gewinn sehen. Daß die oktobristischen Reptilien den Entrüstungsrummel mitmachen, ist ja selbstverständlich. Ihr Fuselpatriotismus äußert sich ja jetzt so schön in dem Drängen der oktobristischen Fraktion, die Regierung möge noch brutaler gegen Finnland vorgehen. Dieser Knuten-Imperialismus der Gutschkow und Stolypin weiß, daß für ihn die Dinge auf dem Balkan augenblicklich schlecht stehen, und er hat allen Grund, dies durch eine übertriebene chauvinistische Hetze zu verhüllen. Welchen Sinn hat es aber für die Liberalen, nach derselben oktobristischen Pfeife zu tanzen? Irgendwelche fortschrittlichen Interessen Rußlands werden durch seine Hinausdrängung aus dem Balkan nicht berührt. Denn Rußland hat genug in seinem eigenen Land zu tun: es hat allen Grund, seine Grenzen nicht noch weiter auszudehnen; für den kulturellen Fortschritt Rußlands ist es vor allen Dingen nötig, auf jede Eroberungspolitik zu verzichten; die Kosten des Militarismus übersteigen ja ohnehin die Kräfte des Landes.

Aber, sagen die Liberalen, hinter Oesterreich-Ungarn steckt Deutschland und die Stärkung Deutschlands bedeutet Vergrößerung seines Einflusses auf die innere Politik Rußlands; deshalb muß der Liberalismus die Regierung in ihrer Haltung gegenüber Oesterreich-Ungarn unterstützen. Auf den ersten Blick erkennt man die Verkehrtheit dieser Schlußfolgerung. Bliebe der status quo des Märzsteger Abkommens weiter bestehen, wie es die liberale Presse wünscht, so hätte sich die Annäherung Rußlands an England nicht so rasch vollzogen, und gerade diese Annäherung an England ist es ja, die die russischen Liberalen befürworten. Wenn man also in dem Glauben lebt, daß durch eine Annäherung Rußlands an England der preußische Einfluß auf die innere Politik Rußlands beseitigt werden würde, so haben die Liberalen allen Grund, sich über die Auflösung des Märzsteger Abkommens zu freuen. In Wirklichkeit wird aber die Annäherung Rußlands an England in der auswärtigen Politik für die inneren Verhältnisse Rußlands keinen Vorteil haben. Denn eine solche Annäherung würde zunächst die Finanzen des alten Regimes stärken und was das bedeutet, haben wir ja durch das Bündnis mit Frankreich gesehen. Der russische Liberalismus erweist also mit seiner Stimmungsmache für eine Entente mit England dem Lande keinen Dienst. Aber die Regierung schlägt daraus bereits Kapital. Sie hat plötzlich ihr englandfreundliches Herz entdeckt und das Bild ist nun reizvoll: Reaktion und Liberalismus liegen einander an der Brust. Mit stolzer Geste kann die Stolypinsche Bande sagen: seht, wir haben das Land hinter uns, es besteht in der auswärtigen Politik, wie die liberale „Rußj" es ja so schön bestätigt, „keine Disharmonie zwischen der Regierung und der russischen Gesellschaft". Noch nie hat der russische Liberalismus der Regierung einen solchen Dienst erwiesen wie eben jetzt durch diese seine Haltung. Seinen Dank hat er übrigens schon erhalten. Wegen seiner „patriotischen Unzuverlässigkeit" ist er aus der Landesverteidigungskommission in der Duma herausgeschmissen worden.

Marokko.

Die Marokkodebatte in der französischen Kammer.

Aus den Verhandlungen über die Interpellation Jaurès ist noch folgendes nachzutragen:

Der Minister des Auswärtigen Pichon protestierte dagegen, daß man bemüht sei, in Frankreich wegen der Ereignisse eine Panik hervorzurufen. General d'Amade trage nur Erfolge davon. (Lärm auf der äußersten Linken.) Pichon wiederholte seine Worte trotz dieses Lärms, worauf die äußerste Linke ihm zurief: Und die Toten und Verwundeten? Der Minister erklärte darauf, daß Frankreich einschließlich des Gefechts am 18. Februar bisher 57 Tote und 217 Verwundete gehabt habe. Er forderte die äußerste Linke auf, den französischen Truppen und ihren Generälen, die sich bewundrungswürdig geschlagen hätten, mehr Vertrauen zu schenken. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Jaurès erwiderte, es handle sich nur darum zu wissen, ob eine Fortsetzung der Aktion in Marokko das Recht Frankreichs sei und ob sie in seinem Interesse liege. Die Politik der Regierung sei eine Politik der Hintergehung und Täuschung. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Constans (Sozialist) kritisierte den Plan der Regierung und brachte einen Antrag ein, der dem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die Regierung nicht die dem General Drude erteilten Weisungen aufrechterhalten habe.

Pichon wiederholte darauf, daß die Instruktionen für d'Amade die gleichen seien. Das Ziel Frankreichs sei nicht auf eine Eroberung Marokkos gerichtet oder darauf, nach Fes oder Marrakesch zu marschieren. (Beifall in der Mitte und auf der Linken.)

Der Kriegsminister General Picquart suchte nachzuweisen, daß die französischen Truppen keine Niederlagen erlitten hätten.

Die Rückmärsche, welche zu dem Zwecke der Verproviantierung notwendig gewesen seien, seien keien Niederlagen und auch nicht halbe Niederlagen.

Constans beharrte darauf, daß der Minister nähere Aufklärungen darüber geben möge, warum auf die zuwartende Haltung des Generals Drude die beunruhigende Offensive d'Amades gefolgt sei. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Nach einer die Regierungspolitik verteidigenden Rede des Republikaners Etienne sprach dann noch der Ministerpräsident Clemenceau. Er sagte unter anderem: Die Franzosen befänden sich in den Häfen, um die Sicherheit der Europäer zu gewährleisten und um die Interventionen anderer unnötig zu machen, die vielleicht in Europa schwere Konflikte hervorzurufen vermöchten. (Bewegung und Beifall.) Frankreich will keine Politik der Verzichtleistung, aber es will auch keine Eroberungspolitik. (Beifall.)

Jaurès erwiderte, die Regierung sei der von der Kammer angenommenen Tagesordnung, die ihr Vorsicht anempfahl, nicht treu geblieben. Noch seien die Franzosen nicht in Marrakesch, aber wenn man so fortfahre wie bisher, werden sie in zwei oder drei Tagen dort sein. Möge die Regierung sich davor hüten, die Kammermehrheit in Abenteuer hineinzuziehen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Darauf wurde die bereits gemeldete Tagesordnung mit 370 gegen 105 Stimmen angenommen.

Aus dem Rededuell Jaurès-Pichon hebt ein späteres Telegramm noch die folgende bemerkenswerte Stelle heraus:

Pichon sagte: Wir dürfen nicht das Beispiel eines Volkes darbieten, welches sich selbst im Stiche läßt. Warum sollten wir nicht imstande sein, eine militärische Kraftanstrengung durchzuführen, welche andere Völker, wie England, Deutschland und Holland unter schwierigen Verhältnissen durchgeführt haben?

Jaurès erwiderte, der Minister habe die Kolonialkämpfe Englands und Hollands erwähnt, aber dieser Vergleich sei wahrlich nicht zulässig. England wußte, welches Ziel es mit dem Transvaalkriege verfolgte. Aber Sie geben das Blut der Soldaten und das Geld Frankreichs aus, und zu welchem Zwecke? Sie wissen doch, daß ein internationales Abkommen Ihnen verbietet, Marokko zu erobern. (Lebhafter Beifall links.)

•

Larrache.

Madrid, 25. Februar. Infolge beunruhigender Nachrichten, die der spanische Konsul des marokkanischen Hafens Larrache über die bedrohte Sicherheit der dortigen Europäer an die hiesige Regierung gelangen ließ, ging sofort das Panzerschiff „Estremadura" von Cadix nach Larrache ab. „Heraldo" lobt diese schnelle Entsendung eines Kriegsschiffes, warnt aber vor einem unnötigen oder übereilten Eingreifen. Das Anfangsstadium des französischen Vorgehens in Casablanca müsse als abschreckende Lehre wirken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Februar 1908

Bildungsbegeisterung.

Das Dreiklassenparlament wird von seinen Anhängern bekanntlich damit verteidigt, daß sein Wahlrecht die Bildung gegenüber der bloßen Zahl berücksichtige. Danach sollte man annehmen, daß mindestens die Debatten über die Universitäten und höheren Lehranstalten, von der Volksschule ganz zu schweigen, im preußischen Landtage auf einem einigermaßen hohen Niveau ständen. Davon ist aber nicht die Rede. Im kleinlichsten Kleinkram schleppt sich die Debatte müde dahin. Heute beim Etat der höheren Lehranstalten wurde zunächst von der Mehrheit ein Antrag der freisinnigen Parteien auf Beseitigung der Vorschulen und Unterweisung der späteren Zöglinge der Gymnasien und Realschulen in den unteren Klassen der Volksschule abgelehnt. Die wohlhabenden Kinder sollen eben auch als Sechsjährige nicht eine Schulbank mit dem Proletariersohn drücken, ein Wunsch der besitzenden Klassen, der allerdings in dem miserablen Zustand der preußischen Volksschule einige Berechtigung findet. Die Freisinnigen, die sich im Landtage als Anhänger der Einheitsschule aufspielen und große Töne von ausgleichender Gerechtigkeit und Ueberbrückung der sozialen Gegegensätze redeten, lehnen übrigens in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ihrerseits auch die Aufhebung der Vorschulen ab!

In der eigentlichen Etatdebatte wirkte der alte Zank über die Vorzüge der Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und Reformschulen einigermaßen nach. Die älteren Herren erzählten Reminiszenzen aus ihrer Schulzeit, und begeisterten sich jeder für die Art der Schule, die er einmal in kurzen Höschen besucht hatte. Ernst nahmen den Streit nur die beiden freisinnigen Helden Eickhoff und Cassel, die sich beinahe die Freundschaft kündigten, weil Eickhoff für die lateinlose Schule, Cassel für Latein und Griechisch schwärmt. Moderner denkt Eickhoff, der Reichstagsabgeordnete von Keims Gnaden, deshalb auch nicht, wandte er sich doch mit heuchlerischer Frömmigkeit gegen die sexuelle Aufklärung der Jugend in der Schule.

Am Donnerstag wird das Abgeordnetenhaus die Beratung des Etats des Ministerium des Innern beginnen, morgen macht es frei, während das Herrenhaus die Polenenteignungsvorlage debattiert.

Als ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt

stellt sich der am Sonntag in Essen abgehaltene „Fortschrittliche Arbeitertag" dar. Die Arbeiter hatten gewiß recht mit ihrer Kritik des Liberalismus, seiner politischen Waschlappigkeit, seiner sozialpolitischen Rückständigkeit und seiner Scheu vor allem, was nach Arbeiter aussieht. Manches kräftige und gewiß auch ehrlich empfundene Wort ist bei dieser Gelegenheit über die Lippen von Arbeitern gekommen, die sich selber noch liberal nennen und der liberalen Fahne folgen, wenn sie auch sehen müssen, daß diese Fahne sie in den Sumpf führt, daß Tausende und Abertausende zurückbleiben und entweder müde am Wege verharren oder frischen Mutes sich einer anderen Fahne anschließen, unter der sie begeistert einem neuen Ziele zustreben. Man konnte Mitleid empfinden mit denjenigen, die als Arbeiter dem Liberalismus bis heute treu geblieben sind, die soviel guten Willen einzusetzen vermögen für eine Sache, die auf ewig verloren ist.

Freilich hatten auf dem fortschrittlichen Arbeitertag nicht nur die liberalen Arbeiter, sondern auch die bürgerlichen Vertreter des Freisinns recht. „Wo sind in unseren Versammlungen die Arbeiter, die sich liberal nennen und auch noch liberal wählen? Und wenn sie in geringer Anzahl kommen, sieht man sie sich scheu hinter Säulen und in den Ecken herumdrücken, aber sie gewinnen es nicht über sich, offen für unsere Sache einzutreten und Opfer zu bringen" — meinte der in Essen anwesende Sekretär der Freisinnigen Volkspartei. Sie schämen sich voreinander: die liberalen Arbeiter vor dem Freisinn und der Freisinn vor den liberalen Arbeitern. Sie trauen einander nicht mehr, weil sie wissen, daß sie nichts mehr voneinander zu erwarten haben. Und dieser Zustand wird dadurch nicht geändert, daß sich am Sonntag 30 bis 40 liberale Arbeiter aus der Millionenmasse des rheinisch-westfälischen Proletariats zusammenfanden zu dem Versuch, aus dem zerbröckelnden Gestein des Freisinns noch einige Funken zu schlagen.

Der fortschrittliche Arbeitertag wird kaum Spuren hinterlassen. Die liberale Arbeiterschaft ist zu schwach, zu begeisterungs- und hoffnungsarm, um den Liberalismus zu Taten aufzupeitschen, und der Liberalismus ist zu morsch und zu verrottet, um der erwarteten Taten, auch wenn die Einwirkung eine dreifach stärkere wäre, fähig zu sein. Es war ein Versuch mit untauglichen Mitteln am untauglichen Objekt, was sich am Sonntag zu Essen abspielte. —

Die „Germania"

ergeht sich in spaltenlangen Betrachtungen über den Wahlrechtskampf der Sozialdemokratie. Mit ihrer Politik der großen Worte und Phrasen, mit ihrem auf die drei Millionen Wähler pochenden Kraftmeiertum habe die Sozialdemokratie in ihrer Anhängerschaft die unbegründetsten Hoffnungen erweckt, als ob es bloß einer Wahlbewegung bedürfe, um der preußischen Regierung eine Wahlreform „abzutrotzen". Nun habe sie sehen müssen, daß sie sich in eine Sackgasse verrannt habe, und da ziehe sie, um sich in der schwülen Situation Luft zu machen, das Ventil: Zentrumshetze.

Das Hauptorgan des Zentrums erzählt seinen Lesern wissentlich die Unwahrheit. Es weiß, daß es der Sozialdemokratie nie eingefallen ist, ihren Anhängern einzureden, daß das Bollwerk der preußisch-deutschen Reaktion, das Dreiklassenwahlrecht, so leicht durch einen Demonstrationssturm hinwegzufegen sei. Die Sozialdemokratie hat im Gegenteil das Zentrum und den Freisinn gerade deshalb in der schärfsten Form angegriffen, weil sie nicht durch ihre Teilnahme am Wahlrechtskampf denselben unwiderstehlich machten!

Aber gerade weil Zentrum und Freisinn so vollständig versagten, blieb der Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als allein den Kampf um so energischer aufzunehmen. Und zwar nicht nur gegen die offenen Wahlrechtsfeinde, sondern auch gegen die verkappten, also auch das Zentrum!

Wie peinlich dieser Kampf dem Zentrum ist, beweist nicht weniger als die heutige langstielige Salbaderei der „Germania" auch die Tatsache, daß die führende Zentrumspresse sich über die beiden Leitartikel des „Vorwärts", in denen wir an der Hand der Zahlen der Wahlstatistik die Gegnerschaft des Zentrums gegen das gleiche Wahlrecht und die Beschirmung der agrarischen Reaktion durch das Zentrum nachgewiesen hatten, bis heute vollständig ausgeschwiegen hat! Statt törichtes Zeug zu reden, sollte doch die „Germania" einmal unsere Anklagen abdrucken und zu widerlegen versuchen! —

Ein Kaisergeschenk, das sie nicht erreichte.

Der Erlaß des Gouverneurs von Südwestafrika betreffend Aufhebung der Kriegsgefangenschaft der Hereros, dessen Inkraftsetzung für Kaisers Geburtstag geplant war, ist nicht in Kraft getreten, da in letzter Zeit angeblich zu viele Hereros entlaufen sind.

Der Grund der Versagung des kaiserlichen Gnadengeschenkes ist absolut unstichhaltig. Den Hereros sollte ja gerade die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst einen Herrn auszusuchen. Gerade durch Gewährung dieses Rechtes wäre ja dem Entlaufen aus dem Zwangsdienst gesteuert worden. Aber die nackte Sklaverei war für die Farmer noch wohlfeiler! Deshalb erreichte das Kaisergeschenk die Hereros nicht!

Es ist übrigens ein hübscher Beitrag zu Dernburgs neuem System, daß noch jetzt, 1½ Jahre nach der faktischen Beendigung des Krieges, in Südwestafrika die Kriegsgefangenschaft besteht!

Hat denn der Kolonialminister so gar nichts zu sagen? —

Preußisches Vereinsrecht.

Ist der Textilarbeiterverband ein politischer Verein? Diese Frage hatte das Uerdinger Schöffengericht wieder einmal zu entscheiden. Der Landrat des Kreises Krefeld stellte sich auf den Standpunkt, der genannte Verband dürfe Frauen, Lehrlinge und Schüler weder in seinen Versammlungen dulden, noch als Mitglieder aufnehmen, weil er unter § 8 des Vereinsgesetzes falle. Er begründete diese Auffassung damit, daß er erklärte, in den Mitgliederversammlungen der Filiale Bakum des Verbandes würden öffentliche Angelegenheiten erörtert. Als Beweis brachte er zwei

Versammlungsberichte des in Betracht kommenden überwachenden Polizeibeamten bei. Der Vorsitzende der Bakumer Filiale erhielt ein Strafmandat wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz. Gegen den Strafbefehl erhob er Einspruch. Der Amtsanwalt an dem Uerdinger Schöffengericht trat der Auffassung des Landrats bei, nicht so das Gericht. Es wurde festgestellt, daß in den Versammlungen zur politischen Betätigung, zum Anschluß an die sozialdemokratische Partei sowie zum Abonnement auf die Arbeiterpresse aufgefordert wurde.

Das Gericht kam zur Freisprechung mit folgender Begründung: Eine Aufforderung zur politischen Betätigung sei noch keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Aber wenn auch in einer oder zwei Versammlungen politische Gegenstände behandelt worden wären, so könne für solche Einzelerscheinungen ein Verband nicht verantwortlich gemacht werden. Der überwachende Polizeibeamte habe das Recht gehabt, den Referenten durch den Vorsitzenden auffordern zu lassen, solche hetzerischen (!!) Redensarten nicht zu gebrauchen. Durch das Statut stehe fest, daß der Textilarbeiter-Verband sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftige und diese Satzungen wären maßgebend.

Sozialistendebatte im Badischen Landtag.

Bei der Beratung des Justizetats in der Zweiten badischen Kammer hatte Genosse Adolf Geck zum Beweise dafür, daß bei Strafverfolgungen sich preußischer Einfluß in Baden geltend gemacht hat, erzählt, wie ihm der Staatsanwalt Jolly im Jahre 1893 zu sich gebeten und ihm gegenüber geklagt habe, daß er gegen ihn eine ungerechte Anklage erheben müsse. Er sei gezwungen, sie zu vertreten, da sie aus Preußen stamme.

Zwei Tage später hat dann der Staatsminister Dusch eine Erklärung in der Kammer abgegeben, wonach er die Akten durchgesehen, aber einen solchen Fall nicht gefunden habe. Wahrscheinlich, so meinte er, handele es sich um einen Artikel des damals in Offenburg erscheinenden „Volksfreunds", der einer in Hamburg erschienenen Broschüre entnommen sei, gegen die die Hamburger Staatsanwaltschaft eine Verfolgung nicht eingeleitet hatte. Staatsanwalt Jolly habe gleichfalls Bedenken gehabt, gegen den verantwortlichen Redakteur Geck vorzugehen, sei aber, ohne daß Preußen sich eingemengt habe, und ohne daß mit den Hamburger Behörden eine Korrespondenz erfolgt wäre, von dem Oberstaatsanwalt zur Erhebung der öffentlichen Klage angewiesen worden. Als der Staatsminister diese Ausführungen machte, befand sich Genosse Geck im Reichstage, so daß seine Antwort sich etwas verzögerte. Am vergangenen Montag nun gab er vor Eintritt in die Tagesordnung die Erklärung ab, daß er seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht erhalte und fügte hinzu, Herr Jolly habe auch einem anderen Sozialdemokraten, dem damaligen Redakteur Zielowski, gegenüber sich ähnlich geäußert und ihm Ratschläge gegeben, wie er einem Eröffnungsbeschluß in einem gegen ihn anhängig gemachten Strafverfahren wirksam begegnen könne. Diesen Vorgang hat übrigens Zielowski, der jetzt Redakteur und Stadtverordneter in Frankfurt a. M. ist, in einem Artikel des „Volksfreunds" im Jahre 1906 veröffentlicht und von keiner Seite ist ihm widersprochen worden.

Diese Erklärung Gecks fand in der Kammer auch bei den bürgerlichen Parteien stillschweigende Zustimmung. Sie wissen sehr wohl, daß es Preußen von jeher leicht war, die badische Regierung im reaktionären Sinne zu beeinflussen, auch wenn der badische Staatsminister davon nichts in den Akten findet. —

Der beleidigte Militarismus.

In einer öffentlichen Versammlung der Anarchisten in Frankfurt a. M. sprach am 31. August 1907 der Schneider August Kettenbach über die Ziele des Anarchismus. Dabei äußerte er, den jungen Leuten müsse eingeschärft werden, daß es eine Schmach sei, im Heeresdienste zu stehen, besonders sei es unter jeder menschlichen Würde, als Kapitulant im Heere weiter zu dienen, um dadurch eine Stelle im Staatsdienste zu erlangen. Obgleich Kettenbach geltend machte, er habe den internationalen Militarismus gemeint, fühlte sich der deutsche doch beleidigt, und Kettenbach wurde zu der hohen Strafe von 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Revision wurde vom Reichsgericht verworfen. —

Ein Vertrauensmann des Breslauer Polizeipräsidenten.

Zu der in der Sonnabendnummer mitgeteilten Verurteilung des Polizeispitzels Werner zu Breslau wegen Körperverletzung zu 8 Monaten Gefängnis wird uns noch geschrieben: Werner war in den anarchistischen Zusammenkünften eifrig tätig. Er verbreitete anarchistische Zeitungen, drang sehr darauf, daß möglichst viele verbotene Schriften angeschafft würden.

Vernehmungen Breslauer Anarchisten und Haussuchungen bei ihnen mehrten sich während dieser Zeit auffällig. Wenn es nach Werner gegangen wäre, so würden wer weiß wie viele Arbeiter zu jahrelangen Gefängnisstrafen wegen antimilitaristischer Propaganda unter Gestellungspflichtigen erhalten haben; indes drang der Lockspitzel mit der Empfehlung dieser Propaganda nicht durch. Von der Breslauer „Volkswacht" holte Werner monatelang in der Expedition eins der ersten Exemplare, das er dann schleunigst zur Staatsanwaltschaft schaffte. Das kam heraus und bei näherer Beobachtung fand man dann, daß der wütende „Anarchist" auf dem Polizeipräsidium verkehrte.

Die „Volkswacht" veröffentlichte das vor rund 10 Monaten. Aber noch in der Verhandlung konnte Werner erklären, daß er wöchentlich 5 M. auf dem Polizeipräsidium erhalte.

Dieser Bursche ist jetzt vom Breslauer Landgericht zu drei Monaten einer Woche Gefängnis verurteilt worden, weil er die 76jährige Großmutter seiner Frau, die den arbeitsscheuen Menschen wiederholt unterstützte, und seine Frau selbst in brutalster Weise mißhandelt hatte.

Werner war vielfach wegen allerlei Verbrechen mit langen Gefängnisstrafen vorbestraft. Auf die neueste Strafe war er vorbereitet, denn er renommierte bereits vor der Verhandlung, daß er es im Gefängnis gut haben würde, da er infolge seiner „guten Beziehungen" Gefängniskalfaktor werde. . . .

Herr Dr. Bienko wird sich jetzt nach einem neuen Vertrauensmann umsehen müssen. —

Herr v. Gerlach in der Provinz.

Am 20. Februar hat Herr v. Gerlach eine Wahlrechtsversammlung in Prenzlau abgehalten. Gegen das, was er in seinem Vortrag sagte, war im allgemeinen nichts einzuwenden. Dagegen fiel es unseren in der Versammlung anwesenden Genossen sehr auf, daß der Referent es an jeder Kennzeichnung der Jammerhaltung der Wiemer, Fischbeck, Kopsch usw. fehlen ließ, während in den Großstädten von diesem Redner scharfe Kritik an diesen seinen Parteigenossen geübt wurde. Genosse Fendel mußte den Herrn erst an diese Lücke in seinem Referat erinnern, worauf er sich zögernd zu einigen Worten der Mißbilligung verstand. Der Herr v. Gerlach in der Kleinstadt schien ein anderer zu sein, als der in der Großstadt. —

Schweiz.

Die Volksabstimmung.

Bern, 24. Februar. (Eig. Ber.) Wie bereits telegraphisch berichtet, sind in der gestrigen Volksabstimmung alle drei Gesetze angenommen worden, und zwar das Streikbrechergesetz mit 35 129 gegen 22 998 Stimmen, das Arbeiterinnenschutzgesetz mit 37 608 gegen 20 177 Stimmen, das Tuberkulosengesetz mit 48 399 gegen 7757 Stimmen, letztere sind wohl die prinzipiellen Neinsager. An der Volksabstimmung beteiligten sich nur 40 Proz. der Stimmberechtigten. Die zwei letzteren Gesetze, an sich begrüßenswerte soziale Fortschritte, verlieren erheblich an materieller Bedeutung infolge der gleichzeitigen Annahme des Streikbrechergesetzes. Das Stimmenverhältnis und die Abstimmung von 60 Proz. der Stimmberechtigten lassen erkennen, welche umfangreiche und intensive Aufklärungsarbeit unsere Partei im Kanton Bern zu verrichten hat und welche großen Gewinne im Volke sie noch erzielen kann. Gerade das neue Streikbrechergesetz, das noch viele Opfer fordern wird, dürfte sich als ein mächtiger Hebel zur Erstarkung der Arbeiterbewegung erweisen. Aus der Geschichte des deutschen Sozialistengesetzes sind die Wirkungen eines Ausnahmegesetzes bekannt. Wer Wind säet, wird Sturm ernten.

Oesterreich.

Die böhmischen Landtagswahlen.

Prag, 25. Februar. Bei den heutigen Stichwahlen der Landgemeindenkurie für den böhmischen Landtag wurde der Obmann des Tschechenklubs, Kramar, gewählt. Graf Sternberg ist unterlegen.

Frankreich.

Russenausweisungen in Paris.

Paris, 22. Februar. (Eig. Ber.) Die zahllosen russischen Polizeispitzel in Paris sind in reger Tätigkeit und sie arbeiten unter der zuvorkommenden Mitwirkung der französischen Behörden. Donnerstag und Freitag sind hier fünf Russen verhaftet und zur Polizeipräfektur geführt worden, wo man ihnen eröffnete, daß sie ausgewiesen seien. Ein Aufschub zur Ordnung ihrer Angelegenheiten wurde ihnen nicht gewährt. Nicht einmal das Ersuchen eines von ihnen, der eben aus dem Krankenhause entlassen worden und noch nicht hergestellt ist, wurde berücksichtigt.

Belgien.

Der Kongostaat.

Brüssel, 25. Februar. Wie zuverlässig mitgeteilt wird, hat der König in der Kongofrage dem Drängen der Minister nachgegeben und es ist eine Verständigung erzielt worden. Es bestätigt sich, daß der Kabinettschef in der letzten Woche dem König ein Ultimatum unterbreitet hatte, wonach er die Demission des Kabinetts in Aussicht stelle für den Fall, daß in dieser Woche eine Verständigung nicht erzielt werden sollte. —

Italien.

Der Prozeß Nasi.

Rom, 25. Februar. Die Blätter billigen die Verurteilung Nasis durch den Staatsgerichtshof und heben hervor, daß seit dem Bestande des Reiches zum ersten Male ein Minister verurteilt wird. Den Blättern zufolge stimmten nur drei Senatoren gegen die Verurteilung Nasis. Dieser blieb heute zu Bett, da sein Arzt ein Zeugnis ausstellte, wonach der Gesundheitszustand Nasis nicht zulasse, daß er ins Gefängnis übergeführt werde. (!)

Die Wirkung in Sizilien.

Palermo, 25. Februar. Als die Verurteilung Nasis hier bekannt wurde, durchzogen einige hundert Manifestanten die Straßen im Zentrum und suchten die Schließung des „Teatro Massimo" herbeizuführen. Als die Vorstellung trotzdem fortdauerte, wurden unter Protestrufen einige Scheiben eingeschlagen. Gegen 11 Uhr platzte vor dem Präfekturgebäude eine Petarde aus Papier, ohne besonderen Schaden anzurichten. In Catania und Messina verliefen die Kundgebungen ohne Unfall; Syrakus und Girgenti blieben ruhig.

England.

Die Schulreform.

London, 24. Februar. Unterhaus. Das Unterrichtsgesetz wurde heute von dem Präsidenten des öffentlichen Unterrichtsamts Mac Kenna eingebracht. Es trägt einen viel entschiedeneren Charakter als das vor zwei Jahren von Birrell eingebrachte Gesetz und bestimmt, daß es in Zukunft nur eine Art von öffentlichen Elementarschulen geben wird, die durch die Gemeinwesen beaufsichtigt und geleitet werden sollen ohne Prüfungszwang in der Religion für die Lehrer. Die freiwilligen Schulen würden nicht mehr Geldmittel aus den Gemeindeabgaben erhalten, aber sie würden ebenso wie die öffentlichen Elementarschulen reichere Zuwendungen aus der Staatskasse empfangen, falls sie das notwendige Normalmaß des Erfolges aufrechterhalten. In den Bezirken, wo nur freiwillige Schulen bestanden, würden diese aufhören zu bestehen und würden durch die Gemeindebehörden übernommen und als öffentliche Elementarschulen weitergeführt werden. Es würden aber Erleichterungen für Erteilung eines konfessionellen Religionsunterrichts außerhalb der Schulstunden gewährt werden. Balfour griff das Unterrichtsgesetz scharf an, und es erscheint daher die Erneuerung des Streites über den Unterricht unvermeidlich zu sein.

Die englische Flotte.

London, 24. Februar. Das Marinebudget für 1908/1909 beläuft sich auf 32 319 500 Pfund Sterling gegen 31 419 500 Pfund Sterling für das Jahr 1907/1908. Es weist also eine Vermehrung von rund 900 000 Pfund auf. Das Flottenbauprogramm ist folgendermaßen festgestellt worden: Ein Schlachtschiff von der verbesserten Dreadnought-Klasse, ein großer armierter Kreuzer, sechs schnelle geschützte Kreuzer, 16 Torpedobootzerstörer. Ferner ist auch eine Anzahl von Unterseebooten vorgesehen, deren Gesamtkosten auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt werden. Die beigegebene Denkschrift führt aus: Dieses Programm genügt für 1908/1909. Ob eine Erweiterung im nächsten Jahre oder in den folgenden Jahren nötig ist, muß von den Vergrößerungen der fremden Kriegsflotten abhängig gemacht werden.

Rücktritt des Premiers?

Der englische Ministerpräsident Campbell-Bannerman ist seit einiger Zeit schwer leidend. Gerüchte über seinen beabsichtigten Rücktritt wurden jedoch stets dementiert. Trotzdem glaubt man, wie aus London gemeldet wird, in parlamentarischen Kreisen, daß sein Rücktritt nahe bevorstehend sei. —

Aus der Partei.

Der Reichsverband am Pranger!

Am Freitag, den 21. Februar, hatte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie einen schlimmen Tag. In Hannover attestierte ihm das Schöffengericht, daß er leichtfertig verleumdet! Es handelte sich um die gerichtliche Klarstellung der durch die Reichsverbandspresse gegangenen, von den „Hannoverschen Tagesnachrichten" erfundenen Verleumdungen gegen das Hannoversche Gewerkschaftskartell. Dieses Blatt, das demnächst noch weitere Prüfungen seiner Wahrheitsliebe zu erdulden haben wird, schrieb am 8. November 1907 folgendes:

„Das Gewerkschaftsfest ist dem Wirt des Herrenhäuser Schloßgartens, Herrn Meier, übertragen worden, wofür er pro Hektoliter Bier 2 M. an die Gewerkschaftskasse abführen mußte. Das bringt bei 475 Hektoliter 950 M. Es hatte sich aber auch ein Genosse erboten, das Fest zu übernehmen und pro Hektoliter 5 M. abzugeben. Das macht also 475 × 5 = 2375 M. und das Minus für die Gewerkschaftskasse, welches diese durch die bereits zum zweiten Male an den Genossen ergangene Absage erlitt, betrug 1425 M. Aber das schadete wohl nichts, wenigstens den Kartell- und Gewerkschaftsvorständen nicht, denn diese wurden bis auf einige wenige Ausnahmen auf Kosten des Herrn Meier zu einem Festschmause vereinigt zur Erholung von den Strapazen, welche das Festkomitee durch seine Arbeit auf sich genommen hatte. Die Genossen, die die eigentliche Arbeit vom Feste gehabt hatten, durften draußen zuschauen, wie die Herren von den Vorständen es sich gut schmecken ließen. Nun, wir gönnen den Herren ihre Freuden von Herzen gern, wollen aber der Oeffentlichkeit und dem arbeitenden Volke zeigen, wie es von den Führern düpiert und verdummt wird, wir wollen ferner diesen Elementen, die sich nicht scheuen, von den mit „saurem Schweiß der Arbeiter erworbenen Groschen der Arbeiter" es sich wohlgehen lassen, die Maske vom Gesicht reißen."

Auf diesen Artikel antwortete das Gewerkschaftskartell:

„Da der vorstehende Artikel von verleumderischen Unwahrheiten wimmelt, so werden wir dem Artikelschreiber die Ehre nicht antun, ihm hier zu antworten. Wir werden die Angelegenheit vielmehr gerichtlich zum Austrag bringen."

Wegen dieser im „Volkswille" erfolgten kurzen Abfertigung hatte der Redakteur der „Hannoverschen Tagesnachrichten", Herr Hupfer, Widerklage erhoben. Ueberhaupt schlug der Herr große Töne an und in einem zwei Tage darauf erschienenen neuen Verleumdungsartikel schrieb er, „den gerichtlichen Feststellungen, was nun die Sozialdemokraten unter Unwahrheiten verstehen, sehen wir mit Interesse entgegen".

Der Redakteur Hupfer hat demnach noch nicht gewußt, was Unwahrheiten sind. Das wurde ihm aber am Freitag recht deutlich zum Bewußtsein gebracht, trotzdem er sich den Vorsitzenden des Reichsverbandes zum Verteidiger erkoren hatte. Es wurde nichts erwiesen. Der Festschmaus bestand darin, daß Herr Meier bei der Abrechnung über das Fest den erschienenen Vorstandsmitgliedern ein Glas Bier und ein Butterbrot angeboten hatte, weil die Erschienenen teilweise noch nicht Abendbrot gegessen hatten, denn die Abrechnung war auf eine frühe Abendstunde angesetzt. Von diesem Angebot hatten auch nur die Gebrauch gemacht, die nicht erst zu Hause gegessen hatten. Und das Angebot des Genossen, der 5 M. pro Hektoliter bezahlen wollte, war eine ausgewachsene echte Reichsverbandslüge. Der geladene Gastwirt, der das Angebot gemacht haben soll, wußte davon selbst nicht das Mindeste, weil es ihm nie eingefallen war, etwas Derartiges zu tun. Auch die Angabe, daß pro Hektoliter Bier 2 M. an die Gewerkschaftskasse gezahlt werden sollten, ist erlogen. Herr Meyer hatte vielmehr zugesagt, 2 M. zu zahlen bis zu 150 Hektoliter. Der zugeflossene Betrag war also nicht 950 M., sondern nur 300 M. Bei der Abrechnung über diesen Betrag fand nun das „Festessen" statt.

Das Gericht verurteilte den Kämpfer für den Reichsverband zu 50 M. Geldstrafe! Seine Widerklage gegen die Mitglieder des Kartellvorstandes wurde abgewiesen, weil es eben wahr gewesen, daß er verleumdet hat. In der Begründung sagte das Gericht, daß der Vorwurf gegen den Kartellvorstand, er habe unter Mißbrauch der Parteiinteressen dem Wirt Meier das Fest zugeschoben, weil er ein Festessen versprochen, er habe ferner einen Genossen zurückgewiesen, weil Meier ihm den Schmaus versprochen, nicht nur nicht erweislich wahr sei, sondern es sei festgestellt, daß die angeführten Dinge unwahr seien. Von einem Schmaus könne gar keine Rede sein. Aus dem Schlußsatz gehe auch die Absicht der Beleidigung hervor. Die Beleidigungen seien schwere und sie seien von dem Angeklagten in der leichtfertigsten Weise erhoben worden.

Der angeklagte Redakteur Hupfer hatte nun noch gegen den Redakteur vom „Volkswille", Genossen Linxweiler, Klage erhoben, weil Linxweiler in einer Erwiderung auf den obigen Artikel dem Herrn Hupfer ebenfalls persönliche Verleumdung vorgeworfen hatte. Es war in den „Tagesnachrichten" in ganz unmotivierter Weise dem Genossen Linxweiler Mitwissen über den erlogenen Festschmaus unterschoben und gesagt, vielleicht habe er selbst daran teilgenommen. Linxweiler wurde aber freigesprochen, denn, so sagte das Gericht, Linxweiler hat nur eine angemessene Verteidigung geschrieben. Sein Artikel bezog sich auf einen Antwurf, der, wie die Verhandlung ergeben habe, in recht leichtfertiger, gehässiger und verleumderischer Weise, wenn nicht von Hupfer selbst, so doch von seinem Urheber erfunden sei!

Zu dieser Stäupung des Reichsverbandes kam aber doch noch ein kleiner Trost. Wegen eines zweiten Artikels, der auch in der Abwehr der Verleumdungen des Reichsverbandes geschrieben war, wurde Genosse Linxweiler zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Er hatte dem Reichsverbandsblättchen des Herrn Hupfer perfide Verdächtigung vorgeworfen, es Revolverpresse genannt und die verleumderischen Beleidigungen als das typische Verfahren des Reichsverbandes bezw. der Revolverpresse bezeichnet. Doch wurde mildernd berücksichtigt, daß er von der Gegenseite in frivolster Weise angegriffen worden ist. Die Kosten wurden in diesem Prozeß gegen Linxweiler geteilt.

So ist der große Stratege des Reichsverbandes schon bei den ersten Versuchen, seine Verleumdungen gegen führende Genossen in Hannover zu beweisen, arg zerschunden vom Kampfplatz gewichen.

Der Verteidiger des Herrn Hupfer, Rechtsanwalt Kleinrath, Vorsitzender des Reichsverbandes in Hannover, bat das Gericht um Gnade, weil sein Klient mit diesen Veröffentlichungen erzieherisch auf die Sozialdemokratie einwirken wollte. Der Reichsverband als Erzieher! Das ist eine köstliche Satire! Seine Erziehungsmittel sind — ausgestunkene Lügen!

Zum Beschluß des Vorstandes der Polnisch-Sozialdemokratischen Partei Preußens auf Ausschluß des Genossen Stefan Thiel wird uns mitgeteilt, daß Genosse Thiel gegen diesen Beschluß des Vorstandes die satzungsgemäßen Instanzen anrufen wird.

Ein Volkshaus in Madrid. Die Genossen in Madrid haben den Palast des Herzogs von Bejar für 800 000 Pesetos erworben, um ihn zu einem Volkshaus umzugestalten. Gemessen an der allgemeinen Mittellosigkeit, die in Spanien herrscht, ist die Kaufsumme ungeheuer hoch und bewundernswert ist die Opferwilligkeit, die dazu gehört, sie aufzubringen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Redakteurfreuden. Genosse Oskar Geck von der „Volksstimme" zu Mannheim hat auf einen Monat das Gefängnis bezogen. Es handelt sich um die Begleichung einer Schuld an die deutsche Justiz, die aus dem Reichstagswahlkampf von 1907 stammt. Damals hat die Mannheimer „Volksstimme" die Abbildung einer Hinrichtungsszene in Südwestafrika gebracht. Im begleitenden Text soll die Straftat begangen sein.

Gewerkschaftliches.

Bergmanns Forderungen.

Am Sonntag tagte im „Schützenhofe" zu Bochum eine von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung, die zu der Knappschaftsfrage und zu den Vorgängen im Reichstage, soweit sie auf die Bergarbeiter Bezug haben, Stellung nahm. Nach den Reden der Genossen Hue, Sachse und Pokorny wurden folgende Resolutionen angenommen:

„Die heutige, auf dem „Schützenhof" in Bochum stattgefundene, von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung erklärt: Der neue Reichstag hat die entsprechend den gemachten Wahlversprechungen auf ihn gesetzten Hoffnungen hinsichtlich einer entschiedenen großzügigen Sozialpolitik nicht erfüllt. Trotz gegenteiliger Versicherung erblickt die Versammlung in dem Arbeitskammergesetzentwurf keinen Versuch, der Arbeiterklasse eine wirksame Vertretung ihrer Interessen zu geben, sondern offensichtlich soll wieder eine Institution geschaffen werden, die eine Handhabe bietet zur Verschleierung der sozialen Uebelstände. In dem Gesetzentwurf betreffend den Reichsvereinsgesetzentwurf kommt unverkennbar ein kleinlicher Polizeigeist und eine das arbeitende Volk entwürdigende Sucht zur Bevormundung zur Geltung. Insbesondere ist es nicht zweifelhaft, daß der § 7, Sprachenparagraph, würde er in der vorgeschlagenen Form zum Gesetz erhoben, sich direkt gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in Rheinland-Westfalen richtet. Den ohnehin sehr mächtigen Industriellen würde durch ein auch nur indirektes Verbot, in nichtdeutscher Sprache die zirka 200 000 nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeiter im Industriebezirk über ihre wirtschaftlichen Interessen aufzuklären, eine neue Zuchtrute für die Arbeiter in die Hand gegeben.

Deshalb protestiert die heutige Versammlung energisch gegen den sogenannten Sprachenparagraph im Reichsvereinsgesetzentwurf und bittet die Vereinsgesetzkommission des

Reichstages und überhaupt sämtliche Volksvertreter, nur einem Vereinsgesetz ihre Zustimmung zu geben, das aufräumt mit aller bureaukratischen und polizeilichen Bevormundung des Volkes."

•

„Die heute im „Schützenhof" zu Bochum tagende, von 7000 Bergarbeitern besuchte Versammlung ist mit der Haltung der Aeltesten völlig einverstanden, der verlangte Ersatz für das Kindergeld war das Mindeste, was sie verlangen mußten. Die Versammlung erwartet, daß auf dieser Grundlage das Statut möglichst bald zustande kommt.

Es gereicht den invaliden Aeltesten, die sich durch die Abstimmung zum Teil selbst schädigten, zur hohen Ehre, daß sie das Interesse der aktiven Kameraden so hochhielten. Die Versammlung spricht auch ihre Freude aus über die Haltung der meisten Redner im Reichstag, die kräftig für reichsgesetzliche Regelung der Berggesetzgebung eintraten.

Um so tadelnswerter ist die Haltung der Regierung, die sich grundlos gegen ein für die Bergarbeiter günstiges Reichsgesetz sträubt und damit nur den Interessen der Scharfmacher dient. Der preußische Landtag hat doch zur Genüge gezeigt, daß von ihm die Bergarbeiter nichts zu erwarten haben. So lange das elende Dreiklassenwahlsystem besteht, bei welchem 85 Proz. der Wähler tatsächlich rechtlos sind, ist auch keine Besserung zu erwarten. Die Bergarbeiter sind deshalb erst recht verpflichtet, auch mit allen Kräften die Einführung des geheimen und gleichen Wahlrechts für den Landtag zu verlangen."

•

„Die heute von über 7000 Ruhrbergleuten besuchte Versammlung ersucht den Reichstag, die Eichung der Förderwagen und der Fördergefäße durch das Gesetz betr. Maß- und Gewichtsordnung unbedingt vorzuschreiben und alle gegenteiligen Anträge abzulehnen."

Wenn durch die enge Eulengasse zu Bochum die vieltausendköpfigen Scharen der Bergarbeiter zum „Schützenhof" hinauf steigen, dann geht in ihren Kreisen stets etwas ganz besonderes vor. Im nächsten Jahre werden zwei Jahrzehnte — für den einzelnen eine lange, für die Geschichte eine nur kurze Spanne Zeit — verflossen sein, seitdem der Saal in seinen Mauern jene, für die Bergarbeiterbewegung so charakteristisch gewordenen Riesenbergarbeiterversammlungen tagen sah. Von dieser Zeit an war der Saal Zeuge der wichtigsten Aktionen der Bergarbeiterbewegung. Und wenn beim großen Bergarbeiterstreik entgegen dem 89er Streik die entscheidenden Delegiertenversammlungen zwar in Essen tagten, so war wohl hierbei nicht zuletzt das ungastliche, rückständige Gebaren der Bochumer Stadtverwaltung mitbestimmend. Aber trotzdem fanden die imponierenden Riesenversammlungen, die für die Situation ausschlaggebend waren, auf dem „Schützenhofe" statt. Jetzt gärt es wieder mächtig in den Bergrevieren. Durch einen schmachvollen Gewaltstreich haben die Grubenprotzen den Bergleuten von dem letzten Recht, was sie aus alten Knappentagen sich noch herübergerettet hatten, das Beste entrissen, man hat ihnen von ihren Knappschaftsrechten genommen, sie sind, wie die Bauern in den Tagen der Feudalherrschaft „gelegt" worden. Wenn trotzdem die Dinge nicht zur Explosion gekommen sind, so ist dieses wohl ganz allein dem Einfluß der Organisation zuzuschreiben. Zwanzig Jahre gewerkschaftlicher Organisationsarbeit sind nicht spurlos an den Bergarbeitern vorüber gegangen. Wer die stürmischen Versammlungen in jenen denkwürdigen Maitagen im Jahre 1889 gesehen hat und sie mit der gestrigen vergleicht, der konnte den Unterschied von damals und heute deutlich erkennen. Kopf an Kopf stand die vieltausendköpfige Menge, eine Musterversammlung in des Wortes vollster Bedeutung; ruhig und gefaßt lauschte sie den Reden ihrer Führer und einstimmig nahm sie die gefaßten Beschlüsse an. Sind auch die Grubenherren dank ihrer wirtschaftlichen Uebermacht die Herren der Situation, so haben sie doch in der Organisation der Bergleute einen Gegner gefunden, mit dem sie schon merklich zu rechnen haben.

Berlin und Umgegend.

Die Ausdehnung des Maßschneidertarifs auf alle Berliner Maßgeschäfte.

So lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung der Herrenmaßschneider, die am Montag bei Köhler in der Tieckstraße stattfand und namentlich für die in dem Stadtteil jenseits der Friedrichstraße wohnenden und arbeitenden Schneider und Schneiderinnen einberufen war. Der Referent Kunze gab eine Uebersicht über die Entstehungsgeschichte des Maßschneidertarifs, der bekanntlich im vorigen Frühjahr nach sechswöchigem Kampf zustande gekommen ist. Der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe hatte eine Aussperrung über das ganze Reich veranstaltet, die, wenngleich sie nur sehr mangelhaft durchgeführt wurde, doch zur Folge hatte, daß die Gesamtzahl der Streikenden oder Ausgesperrten auf ungefähr 16 000 stieg. Der Schneiderverband mußte dann seine Hauptkraft darauf zusammenfassen, den Widerstand des Arbeitgeberverbandes zu brechen, was ja auch trefflich gelungen ist. Der Erfolg war der Tarif, der der großen Masse der Herrenmaßschneider schätzenswerte Vorteile bietet. Die törichte Aussperrungstaktik des Arbeitgeberverbandes ist zu einem großen Teil schuld daran, daß der Tarif nicht gleich auf alle Geschäfte der Herrenmaßschneiderei ausgedehnt werden konnte. Das gereicht nun natürlich den organisierten Arbeitern selbst nur zum Vorteil, daß die Tarifverpflichtungen, an die sie gebunden sind, nicht auch für alle ihre unorganisierten Kollegen gelten. Inzwischen haben die leitenden Personen des Arbeitgeberverbandes auch eingesehen, daß verhandeln vorteilhafter ist für ihre Mitglieder, als die Arbeiterschaft in den Kampf zu treiben. Am 21. November des verflossenen Jahres kamen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Schneiderverband zustande, wonach, bevor an irgend einem Orte von der einen oder anderen Partei zur Arbeitseinstellung gegriffen wird, zwischen den Haupt- und Ortsvertretern der beiden Verbände verhandelt werden soll. Daran, daß der Tarif nicht in allen Maßgeschäften Berlins durchgeführt werden konnte, ist selbstverständlich auch die Lauheit eines Teiles der Maßschneider selbst schuld. Wären alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Branche organisiert und kampfbereit, so wäre es natürlich ein leichtes gewesen, alle Geschäftsinhaber, ganz gleich, ob sie ihrem Verbande angehören oder nicht, zur Anerkennung des Tarifes zu zwingen, und man brauchte auch nicht damit zu rechnen, daß in einzelnen Tarifgeschäften immer wieder versucht wird, die Vereinbarungen zu durchbrechen. Daß, wenn nur die nötige Einmütigkeit vorhanden ist, etwas erreicht werden kann, geht schon aus der Tatsache hervor, daß, obgleich nur 155 Geschäfte an der Arbeitseinstellung in Berlin beteiligt waren, doch 200 den Tarif anerkennen mußten. Leider gibt es noch manche Maßschneider, die wohl in Zeiten des Kampfes der Organisation beitreten, aber nachher dem Verband wieder untreu werden. Dann möchten sie die geringen Beiträge sparen, erreichen aber damit nur, daß der Arbeitgeber ihnen in der schlechten Geschäftszeit die Löhne um das Vielfache des Betrages kürzt, weil er weiß, daß er mit unorganisierten Arbeitern zu tun hat. In solchem Falle kommen sie wohl nach dem Verband gelaufen und verlangen Abhülfe, und gewiß sind die Verbandsvertreter immer bereit, einzugreifen, aber die Verhandlungen werden natürlich erschwert, wenn es an dem nötigen Zusammenhalt der Kollegen in dem Geschäfte fehlt. Ein anderer Uebelstand ist es, daß einzelne Maßschneider in der Hauptsache für ein Geschäft arbeiten, das den Tarif anerkannt hat, nebenbei aber für andere Geschäfte hier und da ein Stück mitmachen und nicht darauf achten, ob auch diese Geschäfte tariftreu sind.

Der Arbeitgeberverband in Berlin läßt es sich nicht angelegen sein, für weitere Durchführung des Tarifes zu sorgen, obwohl das im Interesse seiner Mitglieder liegen würde. Als jüngst die Firma S. Baum in der Friedrichstraße ihre Betriebswerkstätte aufhob mit der Begründung, in der Werkstätte müsse man den Tarif zahlen — der Tarif gilt selbstverständlich ebenso gut für Heimarbeit —, da lehnte es der Arbeitgebervorstand ab, seinen Einfluß geltend zu machen, und antwortete auf ein Schreiben der Schneiderorganisation, daß ihn die Sache nichts angehen. Es ist natürlich Vorsorge getroffen, daß der Arbeitgeberverband sich doch mit der Angelegenheit befassen muß.

In der Versammlung wurden ferner verschiedene andere Firmen genannt, die sich stets Verstöße gegen den anerkannten Tarif zuschulden kommen lassen, teils den Tarif überhaupt noch nicht anerkannt haben. Nach der Stimmung der Versammlung zu urteilen, und bei der unablässigen Agitation, die nun wieder seitens des Schneiderverbandes für die allgemeine Durchführung des Tarifes entfaltet wird, ist sicher anzunehmen, daß man in der nun beginnenden Saison diesem Ziele ein gut Stück näher kommen wird, und daß die Arbeitgeber sich nicht einbilden dürfen, nun immerfort die Löhne drücken zu können.

Ein Kampf um § 394.

Unter dieser Ueberschrift berichtet die „Berliner Volkszeitung" über eine vom Verein der Arbeitgeberbeisitzer des Berliner Gewerbegerichts einberufene Versammlung im großen Saale des Gewerbegerichts, die zu der schon von uns besprochenen Aenderung des § 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Haltung der Arbeiterbeisitzer dazu Stellung nehmen sollte. Der Bericht entspricht nicht in allen Punkten völlig den Tatsachen. Wir werden deshalb über die Angelegenheit noch eine Darstellung von unterrichteter Seite bringen.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker!

Unser Streikbureau befindet sich Schützenstr. 14 im Restaurant von Schulz — Telephon Ia, 5477 — und ersuchen wir etwaige Differenzen dorthin zu melden. Gesperrt ist der Bau Kurfürstendamm 173/174, und die dort arbeitenden Tapezierer verrichten Arbeitswilligendienste

Freie Vereinigung der Tapezierer.

Achtung! Kleber! Gesperrt sind: Grotike, Pallisadenstr. 105, Bau Stolpische Straße 53, Giedeck, Eberswalder Straße 31, Bau Soldiner Straße 29, Lüdecke, Rixdorf, Hermann-Straße 203, Bau Rixdorf, Leine-Straße 54, Hermann-Straße 196, Ihlenfeld, Alexandrinen-Straße 8, Bau Akazienstraße 26/27, Aschaffenburger, Ecke Haberland-Straße (Schöneberg), Dreyse-Straße (Charlottenburg), Steglitz am Bahnhof.

Die Sperre über die Firma Rosenthal, Island-Straße 10, 12/13, ist aufgehoben. Die Verbandsleitung.

Deutsches Reich.

Zwei Textilarbeiterkonferenzen tagten vergangene Woche. In Mülhausen i. E. hatten sich die organisierten Textilarbeiter Elsaß-Lothringens und des badischen Wiesentals zusammengefunden. In diesem Bezirk werden gegen 102 000 Textilarbeiter beschäftigt. Der Textilarbeiterverband erstreckt sich jetzt auf 78 Orte und zählt 7300 Mitglieder. Vor zwei Jahren waren dort 2850 Mitglieder vorhanden. Insgesamt wurden in der Berichtsperiode (1½ Jahr) 647 Versammlungen abgehalten und 305 625 Flugblätter und Laufzettel verbreitet. Durch die Tätigkeit der Organisation wurde der Zehnstundentag errungen im ganzen badischen Wiesental, in Mülhausen, in Gebweiler, Bischweiler, Erstein, Deutsch-Rumbach, St. Amorien, St. Kreuz und Lahr. In einigen Orten außerdem der 10½-Stundentag. Trotzdem gibt es auch heute Orte mit dem 12stündigen Arbeitstag. — Die zweite Konferenz tagte in Hamburg für den nordwestlichen Bezirk, umfassend Schleswig-Holstein, Hansastädte, Oldenburg, Provinzen Hannover, Hessen und Braunschweig. In diesem Bezirk werden gegen 70 000 Arbeiter beschäftigt. Organisiert sind 10 029 in 36 Orten. Versammlungen haben 1355 stattgefunden. Auch in diesem Bezirk, in welchem hauptsächlich große Wollkämmereien, Kammgarnspinnereien und Jutefabriken sich befinden, haben die Arbeiter durch die Organisation wesentliche Vorteile errungen. Alles in allem gibt es in beiden Bezirken noch außerordentlich viel Organisations- und Agitationsarbeit zu leisten.

Die schlesischen Lithographen und Steindrucker hielten am 23. Februar in Breslau eine von 18 Delegierten aus Altwasser, Breslau, Bunzlau, Freiburg, Gleiwitz, Glogau, Görlitz, Hirschberg, Groß-Göhlenau, Kattowitz, Neurode, Posen und Schweidnitz besuchte Gaukonferenz ab. Der Stand der Organisation ist ein recht guter zu nennen. Von 730 organisationsfähigen Berufsgenossen im Gau gehören 631 dem Verbande an. Eine starke Organisation ist aber auch gerade in Schlesien besonders nötig. Denn nirgends ist der Kampf des Unternehmerschutzverbandes gegen den Senefelderbund so groß wie hier. Auch die Lehrlingszüchterei ist außergewöhnlich groß. Die Arbeitszeit beträgt 9 bis 10 Stunden, der Wochenlohn schwankt zwischen 20 und 40 M. Aus Oberschlesien wurden Klagen über das mangelnde Solidaritätsgefühl der österreichischen Kollegen, aus Glogau über die Interesselosigkeit der Kartographen laut. Die Konferenz beschloß, dem Hauptvorstande die schon auf früheren Generalversammlungen beschlossene Anstellung eines Gaubeamten dringend ans Herz zu legen.

Wie man die Eulengebirgsweber erbuntertänig machen will.

Unter den Webern des Eulengebirges wächst die Erbitterung über ihre trostlose Lage immer mehr, und die Fabrikanten scheinen die Abwanderung ihrer Lohnsklaven zu fürchten. Um diese zu verhüten und die Abhängigkeit der Textilproletarier zu einer vollkommenen zu machen, ist man nun in Langenbielau auf die schlaue Idee gekommen, Rentengüter für gewerbliche Arbeiter zu schaffen. Zu diesem Zwecke ist bereits — bezeichnender Weise unter Leitung eines Pastors, den offenbar das Vorbild Bodelschwinghs lockt — eine Genossenschaft von Fabrikanten und sonstigen Interessenten zusammengetreten. Der Textilarbeiterverband aber wird dafür sorgen, daß die Eulengebirgsproletarier über die wahre Bedeutung derartiger „Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" gebührend aufgeklärt werden.

Reeder kontra Hafenarbeiterverband.

In diesem Aufsehen erregenden Zivilprozeß, über den wir schon wiederholt berichtet haben und dessen auch Genosse Stadthagen bei der Erörterung des Justizetats im Reichstage gedacht hat, liegen nunmehr die Urteilsgründe vor, die in der Hauptsache sich mit den in der einstweiligen Verfügung ergangenen Gründe decken. In beiden einen vollen „Sieg" der Wasserkapitalisten bedeutenden Urteilen steckt viel „Weltfremdheit", um mit dem nationalliberalen Richter und Reichstagsabgeordneten Heinze zu reden. „Die Reeder haben korrekt gehandelt, die beklagte Seite hat durch die Störung des Zuzuges von Arbeitskräften nach dem Hamburger Hafen, durch die Veröffentlichungen der „Warnungen" in der Arbeiterpresse usw. usw. wider den Vertrag verstoßen", so heißt es in verschiedenen Variationen in der umfangreichen Begründung.

Alle Einwände der Beklagten werden für unbeachtlich erklärt, da schon festgestellt sei, daß der Vertrag durch bloßen Zeitablauf am 1. Oktober 1907 sein Ende nicht erreicht habe und daß die Beklagten für die veröffentlichten Warnungen verantwortlich seien. Es komme auf die Vernehmung des Zeugen Körsten-Berlin, wie der Artikel im „Vorwärts" entstanden sei, nicht an. Auch wenn die diesbezüglichen Behauptungen der Beklagten richtig wären, hätten sie durch Unterlassung eines Widerspruchs gegen diesen angeblichen Mißbrauch ihrer Unterschrift diesen Aufsatz als in ihrem Namen veröffentlicht nachträglich stillschweigend genehmigt. Sehr „weltfremd" mutet diese Stelle an:

„Selbst wenn Kläger mehr als 2000 Kontraktarbeiter angeworben haben sollte, wofür Beklagte übrigens keinerlei Beweis und lediglich Kläger Gegenbeweis angetreten habe, so würde doch noch nicht ersichtlich sein, inwiefern dies den Zweck des von den Parteien geschlossenen Vertrages gefährden würde. Ebenso würde in der Ausübung eines Drucks auf einzelne Schauerleute zwecks Unterzeichnung des Kontrakts nicht ohne weiteres eine so schwere Vertragsverletzung des Klägers zu erblicken sein, daß infolge ihrer die Beklagten das Interesse an der Vertragserfüllung verloren hätten, umsoweniger, als Kläger und seine Mitglieder nicht ohne Grund der Ansicht sein konnten, daß an sich die Eingehung des Kontrakts in wohlverstandenem Interesse der Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes liege."

Also selbst wenn die Reeder direkt gegen den Vertrag verstießen, wenn sie mehr als die vertraglich zulässigen 2000 Kontraktarbeiter angeworben hätten, würde dies „den Zweck des von den Parteien geschlossenen Vertrages nicht gefährden", wie der Druck der Reeder auf „einzelne" Schauerleute zur Unterzeichnung des Kontraktes nicht so schwer wiegt, daß daraus eine Vertragsverletzung hergeleitet werden könnte! Die Kläger hätten sich dann immer noch in dem guten Glauben befunden, daß das von den Arbeitern so verpönte Kontraktverhältnis in deren Interesse liege! Da fragt man unwillkürlich: Wo leben diese Herren Richter?

Aus den Verhandlungsprotokollen geht klar hervor, daß die Anwerbung von Kontraktarbeitern von den Vertretern der Hafenarbeiter mit allen Fasern bekämpft und nur um des lieben Friedens schweren Herzens bis zur Höhe von 2000 Mann zugestanden wurde. Das alles wiegt federleicht gegenüber der Warnung vor Zuzug nach dem Hamburger Hafen. Ein solches Urteil zeigt eine sehr starke Weltfremdheit.

Die Schwäche dieser Argumentation scheint das Gericht auch selbst herausgefühlt zu haben, denn unmittelbar darauf wird ausgeführt:

„Für die Entscheidung des gegenwärtigen Prozesses braucht aber diese Frage der Berechtigung zum Rücktritt gar nicht einmal entschieden zu werden. Denn wenn auch ein Recht der Beklagten zum Rücktritt bestände, so würde es doch die Wirkung der Vertragsaufhebung nicht ohne weiteres kraft Gesetzes, sondern erst dann ausgeübt haben, wenn die Beklagten von ihrem Rücktrittsrecht in der gesetzlichen Form Gebrauch gemacht hätten. Nach den §§ 327, 349 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt der Rücktritt durch Erklärung gegenüber dem anderen Teile."

In ellenlangen Ausführungen wird das Kardinalvergehen der Beklagten, die veröffentlichten „Warnungen", behandelt. Die Veröffentlichung des Widerrufs müsse in den in Betracht kommenden Blättern erfolgen, „um so den früheren Zustand wieder herzustellen". „. . . Hiernach war dem Antrage auf Veröffentlichung des Urteils stattzugeben. Während die Beklagten, insbesondere der Gesamtverband über die Zeitung „Der Hafenarbeiter" als ihr offizielles Organ unmittelbar verfügen, also auch die vom Gericht angeordnete Veröffentlichung direkt veranlassen können, vermögen sie an die Redaktionen der übrigen in Betracht kommenden Blätter nur den entsprechenden Vertragsantrag zu stellen (im Klageantrag ist von „fordern" die Rede), den anzunehmen deren Redaktionen vom Kläger und vom Gericht nicht gezwungen werden können. Für den Fall solcher Ablehnung erscheint daher die vom Kläger erbetene Ermächtigung gerechtfertigt, das Urteil auf Kosten der Beklagten anderweit zur Veröffentlichung zu bringen."

Forderungen der Leipziger Ratsarbeiter.

Der Arbeiterausschuß der städtischen Straßenreiniger in Leipzig war beauftragt worden, die Erhöhung des Wochenlohnes auf 25 M., Zuschläge von 25 Proz. für Ueberstunden und 50 Proz. für Sonntagsarbeit zu fordern, sowie die freie Lieferung von Hosen und Stiefeln seitens des Rates. Dieser ging darauf vorläufig nicht ein. Die Hosen und Stiefeln würden eine Mehrausgabe von 23 000 M. erfordern, deshalb könne man sich erst im nächsten Jahre auf eine Prüfung der Forderung einlassen. Außerdem wolle man erst abwarten, welche Wirkung die am 1. April in Kraft tretenden Schichtlöhne zeigen. In Frage kommen zirka 700 Straßenreiniger.

Ausland.

Der Konflikt im englischen Schiffsbau

scheint noch einmal beigelegt zu werden. Als Ergebnis einer Konferenz mit dem Handelsminister Lloyd-George wurde zur Beilegung des Konfliktes ein vorläufiges Abkommen getroffen, das die Vertreter beider Parteien den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Annahme empfehlen wollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Mißtöne im europäischen Orchester.

London, 25. Februar. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Oberhauses richtete Newton an die Regierung eine Anfrage hinsichtlich der Lage in Macedonien und verwies auf die Wirkung, welche die türkische Eisenbahnkonzession auf das Mürzsteger Programm und das europäische Konzert ausüben werde. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Lord Fitzmaurice, erklärte darauf, er könne dem Hause keine erfreulichen Mitteilungen machen; man sei in dieser Frage auf einem sehr kritischen Punkte angelangt, sowohl in Macedonien selbst als auch in diplomatischer Hinsicht im europäischen Konzert.

Niederlage der galizischen Schlachta.

Lemberg, 25. Februar. (W. T. B.) Bei den heutigen Landtagswahlen der Kurie der Landgemeinden erhielten die polnischen Konservativen 25 Mandate (in der vorigen Wahlperiode 41), die Demokraten 8 (4), das polnische Zentrum 3 (7), die polnische Volkspartei 17 (4), die Ruthenen 21 (13).

Spanien wird russisch!

Madrid, 25. Februar. (W. T. B.) Infolge der jüngst vorgekommenen anarchistischen Anschläge hat der Minister des Innern in einem heute im Amtsblatt veröffentlichten Erlaß angeordnet, daß innerhalb Monatsfrist in jedem Hause ein Pförtner angestellt werde, welcher eine genaue Ueberwachung des seiner Obhut anvertrauten Hauses durchzuführen habe, als behördlicher Agent angesehen und Befugnis zur Verhaftung von Uebeltätern haben wird.

Die Nasianer.

Rom, 25. Februar. (W. T. B.) Der sizilianische Deputierte Aguglia hat unter den Deputierten eine Petition zur Unterschrift in Umlauf gesetzt, in welcher der König gebeten wird, er möge Nasi begnadigen. Bis jetzt haben 31 Deputierte die Petition unterzeichnet.

Palermo, 25. Februar. (W. T. B.) Heute früh veranstalteten Studenten und Advokaten in Trapani Kundgebungen. Eine zahlreiche Schar von Demonstranten zog vor die Präfektur, zerstreute sich jedoch auf Ersuchen des Bürgermeisters. Die Demonstranten erwarten Erklärungen von der für heute abend zusammenberufenen Magistratsversammlung. — In Catania und Caltanisetta streikten die Schüler und versuchten die Schließung der Geschäfte zu erzwingen! Es kam zu einem Handgemenge mit der Polizei, doch ist kein ernsterer Zwischenfall zu beklagen.

Schiffs-Untergang.

London, 25. Februar. (W. T. B.) Nach einer Lloydmeldung aus Laguna (Mexiko) ist der Dampfer „Canuto Bulner" während eines Sturmes gesunken. 27 Passagiere und 2 Mann der Schiffsbesatzung sind ertrunken.

Verantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

108. Sitzung vom Dienstag, den 25. Februar 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Kraetke, v. Bethmann-Hollweg, Dr. Nieberding, Dernburg, Sydow.

Das Gesetz betreffend Abänderung des Telegraphengesetzes, wonach in Zukunft auch drahtlose Telegraphenanlagen nur mit Genehmigung des Reiches errichtet und betrieben werden dürfen, wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Ebenso wird das Scheckgesetz in dritter Beratung nach unwesentlicher Debatte angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung.

Die Beratung wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs 44 000 M“.

Abg. Schack (wirtsch. Vg.): Ich möchte den Staatssekretär fragen, ob er über das Ergebnis der Erhebungen über die Wirkung der Konkurrenzklausel Mitteilungen machen kann. Das völlige Verbot der Konkurrenzklausel oder doch mindestens ihre erhebliche Einschränkung wird von den Handlungsgehülfen für dringend notwendig gehalten. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß das Verbot oder die einschränkenden Bestimmungen nicht umgangen werden.

Reichsschatzsekretär Sydow: Ich lege Wert darauf, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit eine kurze Erklärung abzugeben, und bitte um Entschuldigung, wenn ich deshalb die Verhandlungen über den Justizetat für einen Augenblick unterbreche. Die nächsten Wochen werden meine Kraft ziemlich stark in Anspruch nehmen, um mich über alle Fragen meines Ressorts zu informieren. Ich werde deshalb in der folgenden Zeit hier nicht so regelmäßig und häufig anwesend sein können, wie mein verehrter und verdienter Amtsvorgänger zu tun pflegte. Ich kann aber die Vertretung der einschlägigen Fragen meinem verdienten Herrn Kollegen (zum Unterstaatssekretär Twele gewandt) mit gutem Gewissen überlassen. (Bravo! im Block.) Ich bitte Sie deshalb, mein Fehlen in der nächsten Zeit nicht als Rücksichtslosigkeit gegen das hohe Haus aufzufassen.

Abg. Liebert (Rp.): Es herrscht allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß unsere gegenwärtige Methode des Strafvollzugs nicht ausreicht. Die Ueberfüllung der Gefängnisse ist eine öffentliche Kalamität und legt den Gedanken an eine Deportation der Strafgefangenen nahe. Aber wohin? Nach Afrika können wir sie nicht bringen; denn wir können sie den Schwarzen nicht als Muster hinstellen, und unbedingt muß das Prestige der weißen Haut gewahrt bleiben. Es bleiben somit nur die Südseeinseln. Die Kosten werden verschieden berechnet. Für 500 Strafgefangene werden die einmaligen Kosten zu 1 Million, die dauernden Kosten zu 188 000 M. jährlich berechnet; nach einer anderen Berechnung stellen sich die einmaligen Kosten auf 1,9 Million Mark, die dauernden auf 800 000 Mark jährlich. Wenn man bedenkt, daß der Strafvollzug im Deutschen Reiche jährlich gegen 100 Millionen Mark kostet, ist es doch erwägenswert, ob die Deportation nicht billiger ist und nicht ein Versuch gemacht werden sollte. Die Sozialdemokraten freilich sagen von mir: „Der Scharfmacher will uns nach Cayenne schicken.“ Ich kann Ihnen aber mit Maria Stuart antworten: „Ich bin wirklich besser als mein Ruf.“ Das Klima der fruchtbaren Südseeinseln ist nicht mit dem in Cayenne zu vergleichen, und die Deportation soll nur auf Antrag erfolgen. Die Regierungen sollten also einen Versuch machen.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Die von dem Vorredner angeregte Frage hat mehrere Seiten, sie ist von internationaler sowie von kolonialpolitischer Bedeutung und keineswegs bereits geklärt, daß die verbündeten Regierungen wünschen können, daß der Reichstag sich jetzt schon durch Annahme einer Resolution zugunsten eines Gedankens ausspricht, über dessen Ausführbarkeit noch erhebliche Bedenken vorliegen. — Dem Abg. Schack erwidere ich, daß die Erhebungen über die Konkurrenzklausel noch schweben und ich daher nähere Mitteilungen über die Auffassung der verbündeten Regierungen nicht machen kann. Persönlich bin ich der Meinung, daß wir zu einer Milderung, nicht aber zu einer völligen Aufhebung der Konkurrenzklausel kommen werden.

Abg. v. Chrzanowski (Pole) führt Beschwerde darüber, daß Bilder über Begebenheiten der polnischen Geschichte von der Staatsanwaltschaft und den Gerichten wegen angeblicher „Aufreizung“ konfisziert werden. (Eine Reihe solcher Bilder hat Redner auf den Tisch des Hauses niedergelegt, wo sie von einer großen Zahl von Abgeordneten eifrig betrachtet werden.) Die Taten der russischen Zensur sind in den Schatten gestellt durch die Anwendung des § 130 seitens der Staatsanwälte und Gerichte in Preußen. Wie mit den Bildern, verfährt man auch mit den Büchern; auch Werke von Klassikern, die Gemeingut der Weltliteratur geworden sind, verfallen der Beschlagnahme auf Grund des § 130.

Abg. Roeren (Z.): Die Herren Abgg. Ablaß und Müller-Meiningen haben Bezug genommen auf meine Rede im Abgeordnetenhause über die Verbreitung der Photographie und die dadurch bewirkte Verseuchung des Volkes mit unzüchtigen Bildern; sie haben aus dieser Rede Anlaß zu der Befürchtung einer neuen lex Heinze genommen. Das beweist, daß sie meine Ausführungen nicht genügend kennen. Meine Ausführungen haben die Zustimmung des ganzen Abgeordnetenhauses gefunden; auch habe gerade ich ausgeführt, daß auf Grund der jetzt bestehenden gesetzlichen Vorschriften wirksam gegen literarischen Schmutz vorgegangen werden kann. Herr Ablaß hat von muckerischem Pietismus und klerikaler Orthodoxie gesprochen. Ich irre wohl nicht, wenn ich annehme, daß er mich als Verkörperung dafür auffaßt. (Sehr richtig! links.) Wenn er mich so kennen würde wie z. B. Herr Traeger, würde er mich nicht so hoch taxieren nach der muckerischen Seite. Mein Programm ist: Ich will niemand, der sich in seinem Schmutze wohlfühlt, in seiner Behaglichkeit stören. Aber unsere heranwachsende und noch unverdorbene Jugend soll gegen die sittliche Verseuchung geschützt werden, an der gewissenlose Spekulanten, Literaten und Verleger in frivoler Weise arbeiten. Daß Freisprechungen beim Schaustellen unzüchtiger Bilder in so großer Zahl erfolgen, hat seinen Grund in dem Mißbrauch der Gerichte, darüber, ob solche Bilder geeignet sind, lüsterne Empfindungen zu erregen, sogenannte Künstler und Sachverständige vernommen werden. Daß nicht der Künstler, sondern der Richter darüber zu entscheiden hat, geben auch Künstler wie Hans Thoma unumwunden zu. Wie weit man mit den Vernehmungen von Sachverständigen geht, zeigt der Umstand, daß auch unser Kollege Stadthagen in einer solchen Sache als Sachverständiger vernommen ist. (Heiterkeit.) Herr Stadthagen ist uns durch seine parlamentarische und juristische Tüchtigkeit bekannt (Heiterkeit und Widerspruch rechts); ob er aber eben so tüchtig ist, darüber zu urteilen, ob ein Bild unzüchtig ist oder nicht, ist doch wohl fraglich. Natürlich erfolgte in der Sache, in der Herr Stadthagen Sachverständiger war, Freisprechung. Ich will hier die Bilder auf den Tisch des Hauses niederlegen, die in München freigegeben sind und überall ausgestellt werden, und ich möchte die Herren Mugdan, Müller-Meiningen, Ablaß im Ernst fragen, ob sie diese Bilder ihren eigenen, 13-, 14-, 15jährigen Söhnen und Töchtern in die Hand geben würden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Und wenn sie mit „Nein“ antworten, darf man auch nicht dulden, daß sie anderen Kindern in die Hände gegeben werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Kollege Mugdan, darf ich Ihnen diese Bilder überreichen? (Dr. Mugdan nimmt die Bilder entgegen, es sammelt sich eine große Zahl von Abgeordneten um ihn, die die Bilder mit Interesse betrachten und sich über dieselben lebhaft unterhalten. Vizepräsident Paasche bittet um Ruhe.)

Herr Ablaß beschwerte sich darüber, daß in Breslau Reproduktionen bekannter Kunstwerke als unzüchtig konfisziert sind. Auch Dr. Hans Thoma erkennt an, daß das Schaustellen von Nacktheiten unzüchtig wirken könne, selbst wenn das Original ein großes Kunstwerk ist. Was wollen auch die einzelnen Fälle, die die Herren Müller-Meiningen und Ablaß mit Bienenfleiß sammeln, gegen die Tatsache besagen, daß die Obscönität in den letzten Jahren sehr erheblich zugenommen hat. Jemand, der dagegen auftritt, der Muckerei, der Prüderie, des Klerikalismus zu beschuldigen, muß abstoßend wirken; vielmehr sollten sich hier alle Parteien die Hand reichen. (Lebhafter Beifall im Zentrum.) Noch eine persönliche Bemerkung zu Herrn Müller-Meiningen. Er schloß neulich mit dem Vers: „Ob Stadt, ob Hölle, schwarz ist er doch bis in die Wolle“. Wir sind ja alle über diesen poetischen Erguß entzückt gewesen. (Heiterkeit.) Den jüngeren Herren Kollegen will ich auch die Ode mitteilen, mit der Herr Müller-Meiningen den freisinnigen Parteitag in Wiesbaden eröffnete; sie lautete:

„Er (gemeint ist Podbielski) läßt sich nicht
stoßen vor den Bauch,
Der große Sektverehrer,
Er züchtet schöne Säue auch
Und ist für Sauzucht Lehrer.

Er ist der Tugend höchster Hort.
Er haßt des Fleisches Sünde,
Er unterstützt des Roerens Sport,
Was ich sehr rührend finde.“ (Große Heiterkeit.)

Eine solche dichterische Eleganz und Tiefe der Gedanken steht mir nicht zu Gebote (große Heiterkeit), deshalb beschränke ich mich darauf, ihm einen Vers aus dem Stammbuch des Herrn Müller von der Werra entgegenzuhalten, der sich von Herrn Müller-Meiningen nur dadurch unterscheidet, daß er sich einbildete, ein Dichter zu sein, während er es nicht war. Er machte sich durch seine Reimerei so unausstehlich, daß ihm ein wirklicher Dichter ins Stammbuch schrieb:

„O Müller von der Werra,
Dir wird das Dichten schwerra,
Wollt'st Du nicht dichten mehrra,
Wird mich das freuen sehrra.“

(Stürmische anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Junck (natl.) spricht sich für möglichst strenge Anwendung der Gesetze zum Schutze der Kinder gegen sittliche Gefahren aus und befürwortet seine Resolution auf gerichtliche Anerkennung der Tarifverträge. Die Grundlage der Tarifverträge ist die Koalitionsfreiheit und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Bedauerlich ist es, daß das Reichsgericht Tarifverträge für nicht rechtlich bindend erklärt hat. Der Senat des Reichsgerichts freilich, dem man volle Durchdringung des Rechts des Arbeitsvertrages nachrühmt, der erklärt hat, daß man Koalitionen der Arbeiter nicht anders beurteilen dürfe als solche der Arbeitgeber und daß, wenn Aussperrungen ein erlaubtes Kampfmittel seien, dies auch für den Boykott gelten müsse, pflichtet diesem Urteil nicht bei. Bei den Tarifverträgen handelt es sich um Friedensverträge, daher darf man ihnen die rechtliche Bindung ebenso wenig wie anderen Verträgen versagen. Man sollte sich nicht aus Furcht vor einer Stärkung der Sozialdemokratie gegen die Tarifverträge erklären, denn diese Tarifverträge bewegen sich gerade im Gegensatz zu der gewaltsamen Eroberung der Macht, zu den Zukunftsstaatsplänen und den anderen sozialdemokratischen Ideen auf dem Boden des Staates und seiner Gesetze. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Nieberding: Ueber die große Bedeutung der Tarifverträge ist man sich im Reichsamt des Innern und im Reichsjustizamt einig. Die Schwierigkeiten einer angemessenen Regelung dieser Frage unterschätzt aber der Herr Vorredner. Wir schenken der reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie jedenfalls volle Aufmerksamkeit und werden die Ausführungen, die neulich Herr Gröber und heute Herr Junck dazu gemacht haben, dabei gebührend berücksichtigen.

Abg. Heine (Soz.):

Ich bin genötigt, mit einigen Worten auf die Debatte zurückzukommen, die hier am vorigen Freitag stattfand. Ich bin wohl der einzige hier im Hause, der den Abg. Stadthagen in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt gekannt hat, und zwar nicht nur oberflächlich. Ich kann Ihnen nur sagen: Stadthagen stand hinsichtlich der Ehrenhaftigkeit seiner Praxisführung als Anwalt in einem so ausgezeichneten Rufe, daß jeder, der ihn näher kannte, bei seiner Verurteilung die Ueberzeugung hatte, es wäre ihm

schweres Unrecht

geschehen, und zwar nicht nur hinsichtlich des Verfahrens, hinsichtlich des Abschneidens seiner Verteidigungsbeweise, sondern auch in der Sache selbst. Von diesem Manne, der als Anwalt sich eine unsaubere Praxis, eine sogenannte Verbrecherpraxis, energisch vom Leibe zu halten verstanden hat, der gegen seine Klientel eine wahre verschwenderische Freigebigkeit mit seiner Arbeitskraft trieb, von diesem Manne glaubte keiner, der ihn kannte, welcher Partei er auch angehörte, daß er das getan hätte, was der Ehrengerichtshof von ihm behauptete. Und ich glaube es auch heute nicht trotz des verlesenen Urteils.

Aber ich bitte Sie, mir zu glauben, daß bei mir keine Gründe persönlicher Freundschaft vorliegen, die mich bewogen hätten, das hier offen auszusprechen, und daß auch keine Parteirücksichten mich dazu veranlassen, sondern daß ich lediglich meiner Pflicht folge, wenn ich für den Herrn Stadthagen, dem Unrecht geschehen ist, hier eintrete, und daß ich das tue, ohne mit irgend einem meiner Parteigenossen, speziell auch ohne mit Herrn Stadthagen Rücksprache genommen zu haben. Ich tue es nur meinem Gewissen folgend. (Bravo!)

Lassen Sie mich nun zu dem anderen kommen. Der Herr Reichskanzler hat bei seiner ersten Etatsrede den Wunsch geäußert, daß der Schutz der persönlichen Ehre mehr garantiert werden möge. Ich habe schon mehrfach hier betont, daß dazu neue Strafgesetze nicht nötig sind. Durch die Häufigkeit der Strafverfolgung wird die Bedeutung der Verurteilungen herabgesetzt. Heutzutage, wo ein Zeitungsredakteur wegen jeder Kleinigkeit verurteilt wird, kann es gar nicht ausbleiben, daß Zeitungsredakteure auch Verurteilungen wegen schlimmerer Dinge, deren jeder sich schämen müßte, nicht ernsthaft nehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Strafgesetze und schärfere Verurteilungen sind nicht das Mittel, einen größeren Schutz der persönlichen Ehre herbeizuführen. Man sollte einen Unterschied machen zwischen dem, was verfolgt werden muß, und dem, was nicht zu verfolgen ist. Gänzlich verfehlt ist der Gedanke, durch Abschneidung des Wahrheitsbeweises die Ehre des Beleidigten zu sichern. Man könnte dem Beleidigten kein schlimmeres Danaergeschenk geben, als dem Gericht es in die Hand zu geben, den Wahrheitsbeweis abzuschneiden. Die Gerichte würden häufig aus Bequemlichkeit oder auch aus anderen Gründen,

Kleines Feuilleton.

Karl Ewald †. Der dänische Schriftsteller, der der deutschen Arbeiterschaft namentlich durch die Märchensammlungen „Der Storch und andere Märchen für erwachsene Kinder“, sowie „Ausgewählte Märchen“ bekannt wurde, ist am Sonntag nachmittag in Charlottenlund bei Kopenhagen gestorben. Ein krebsartiges Darmleiden führte den Tod herbei. Er ist nur etwas über 51 Jahre alt geworden. Geboren wurde er im Oktober 1856 zu Bredelykke bei Gram in Schleswig, wo sein Vater, der später sehr fruchtbare Romanschriftsteller H. F. Ewald, damals als Landmesser lebte. H. F. Ewald hat mit seinen 86 Jahren seinen Sohn überlebt.

Karl Ewald hat seinen Lebensunterhalt zuerst als Hauslehrer, Schulvorsteher und Verfasser von Schulbüchern verdient. Seine ersten belletristischen Werke, Naturschilderungen und Tendenzromane gab er in den achtziger Jahren heraus. Allmählich wuchs er in seinen Problemen und in seiner Kunst. Er behandelte in Romanen und Erzählungen unter anderen die Probleme des Ehelebens, oder, wie in „Cordts Sohn“, das Seelenleben einer verfeinerten, etwas krankhaften Künstlernatur. Als Märchenerzähler trat er in der dänischen Literatur gleichsam das Erbe H. K. Andersens an. Mit dem Unterschied, daß Andersen gern einen moralischen Gedanken oder eine allgemein-menschliche Wahrheit in Märchenform kleidete, wogegen Karl Ewalds Märchen den Kindern in sinnreicher, poesievoller Weise die Erscheinungen der Natur vorführen und erklären.

In den letzten Jahren gab er unter dem Titel „Danske Dronninger uden Krone“ („Dänische Königinnen ohne Krone“) eine Reihe historischer Romane heraus, in denen die Maitressenwirtschaft dänischer Könige geschildert wird.

Daneben war Karl Ewald auch als Journalist, besonders für das radikale Blatt „Politiken“ tätig. Aber sein Radikalismus war der Art, daß er sich nicht in das Fahrwasser der liberalen Regierungspartei zwingen ließ. Vor wenigen Jahren schrieb er eine Reihe trefflicher satirischer Schilderungen, die auf den sogenannten liberalen Systemwechsel in der dänischen Regierung gemünzt waren.

Es war dem Verstorbenen nicht vergönnt, sich immer mit ganzer Seele, frei von wirtschaftlichen Sorgen, seiner Arbeit zu widmen; er hatte eine zahlreiche Familie und mußte viel schreiben, um zu leben. Darum hat er neben tüchtigen Werken auch vieles geschrieben, was dauernden Wert nicht besitzt. Aber in seinen Märchen wird er weiter leben.

Eine Erfindung Friedrich von Esmarchs. Die Beobachtung, wie viele Unglücksfälle tödlich verlaufen, nur weil die Blutungen nicht rasch genug gestillt werden, führte Esmarch zu einer eigenartigen Erfindung. Er stellte sich die Aufgabe, ein notwendiges, allgemein gebrauchtes Kleidungsstück so einzurichten, daß man damit die Blutungen, die bei schweren Verletzungen großer Pulsadern das Leben bedrohen, bis zur Ankunft eines Arztes beherrschen könnte. Schon seit Jahren bediente er sich eines elastischen Kautschukschlauches, um bei Amputationen den Blutverlust zu verhindern, und er hatte im Jahre 1873 eine Methode veröffentlicht, die es durch Anwendung von Kautschukbinden möglich machte, jeden Blutverlust bei größeren Operationen an Armen und Beinen zu verhüten. So erfand er denn einen Hosenträger, der aus einem möglichst langen elastischen Kautschukgurt verfertigt war und übertrug die Herstellung dieses Samaritertragbandes der rheinischen Gummifabrik von Clouth. „Ich schrieb — erzählt der verstorbene Chirurg — dazu eine Gebrauchsanweisung, die ich Herrn Clouth jedem Exemplar beizulegen erlaubte, wenn er es für den geringen Preis von 2 M. 20 Pf. verkaufen und dem Deutschen Samariterverein in Kiel für jedes verkaufte Exemplar 10 Pf. abgeben wolle. Man riet mir damals auch, auf diese Erfindung ein Patent zu nehmen, ich lehnte es aber ab, weil es mir für einen Arzt nicht anständig erschien, Geld zu gewinnen durch Verteuerung eines Apparates, der für humanitäre Zwecke bestimmt ist. Der Apparat ist deswegen dann auch leider von zahllosen Fabriken zum Teil wenig brauchbar nachgeahmt worden und, wenn auch ohne meine Anweisung, mehr oder weniger billig verkauft worden. Daß aber die Clouthsche Firma trotzdem noch großen Absatz für ihre Fabrik gefunden hat, geht daraus hervor, daß Herr Clouth dem Deutschen Samariterverein in Kiel seit 1882 als Abgabe mehr als 29 000 M. gezahlt hat.“. Dieser Hosenträger hat in zahllosen Fällen zweckmäßige Hülfe geleistet und viele Menschenleben gerettet; in dem Jahre nach seiner Erfindung 1882 hielt Esmarch seine Vorlesungen über die erste Hülfe bei plötzlichen Unglücksfällen, stiftete den Deutschen Samariterverein in Kiel und gab seinen „Leitfaden für Samariterschulen“ heraus, der seitdem in mehr als zwanzig Auflagen erschienen und in 23 fremde Sprachen übersetzt worden ist.

Das Vorbild der preußischen Zensur. Aus Petersburg wird geschrieben: Auf Ersuchen des russischen Theatervereins ist den Gouverneuren der russischen Provinzen durch Rundschreiben mitgeteilt worden, daß von nun ab sämtliche Theaterstücke, deren Aufführung von der allgemeinen Zensur gestattet wird, unbedingt auch in den Provinzstädten zur Aufführung zugelassen werden müssen. Vor Erlaß dieses Rundschreibens haben die Provinzzensoren die kuriosesten Entscheidungen getroffen und „aus Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse“ die harmlosesten Theaterstücke verboten. Der Kanzleichef des Theatervereins Witarski hat einem Journalisten gar sonderbare Zensurgeschichten erzählt. In einer Provinzstadt hatte der Polizeimeister das Wort „Apotheose“ aus dem Theaterzettel gestrichen, weil er diese Bezeichnung für den Titel eines Stückes hielt; ein solches Stück hatte aber seines Wissens nicht die Zensurerlaubnis erhalten. In einer anderen Stadt wurde die Operette „Der arme Jonathan“ verboten, weil ein Geistlicher der Stadt Jonathan hieß. Ein anderer Polizeimeister wollte Gogols „Revisor“ nicht gestatten; er sagte zu dem Theaterdirektor: „Euch kenne ich schon! Ihr macht in diesem Stücke die Polizei lächerlich!“ Eine unschuldige mythologisch-symbolische Bühnendichtung mit dem Titel „Eros und Psyche“ konnte in Petersburg unbeanstandet aufgeführt werden, während sie in Moskau „aus Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse“ nicht gestattet wurde. Was „die örtlichen Verhältnisse“ von Moskau mit Amor und Psyche zu tun haben, das wissen nur die Götter und der Moskauer Zensor! In Charkow verweigerte der Gouverneur die Genehmigung zur Vermietung eines Theaters für Possenvorstellungen, weil Possen ohne Unterschied zu den „unerlaubten Schaustellungen“ gehörten. In einer Stadt des Westgebietes verbot der Polizeimeister die Aufführung von Sjuchotwo-Kobylins „Hochzeit Kreschtschinskis“, weil in dem Stück ein Jude vorgeführt wird; „das könnte die jüdische Bevölkerung der Stadt kränken und eventuell zu einem Pogrom führen,“ meinte der Zensor. In Petrosawodsk wurde einem Theaterdirektor die Aufführung von Rjschkows „Welle“ und von Henri Bernsteins „Dieb“ verboten; als der Direktor sich darüber beschwerte, erklärte der Zensor kurz und bündig, daß er die Aufführung von Stücken, in welchen das moderne Leben behandelt werde, überhaupt nicht dulde.

Notizen.

— Vorträge. Im Charlottenburger Schillersaale spricht am Mittwochabend 9 Uhr an Stelle des erkrankten Herrn Fritz Stahl Prof. Paul Schubring, und zwar über den deutschen Maler Matthias Grünewald.

— Japan in Berlin. Frau Hanako, eine japanische Schauspielerin, wird mit ihrer Gesellschaft in Berlin vom Sonntag, den 6. März, ab im Passage-Theater auftreten.

— Vom Varieté. Yvette Guilbert wird im Apollo-Theater Anfang März zehn Tage zu Gast sein.

— Für die Robert Koch-Stiftung, die der Erforschung der Tuberkulose dienen soll, stiftete der amerikanische Milliardär Andrew Carnegie eine halbe Million Mark. Unsere Millionäre hatten bisher ganze 300 000 M. aufzubringen vermocht und auch diese Summe stammte nur zum Teil von ihnen. Das ist bezeichnend und typisch beschämend für deutsche Verhältnisse. Daß Aufgaben, wie die Koch-Stiftung sie sich stellt, im allgemeinsten gesellschaftlichen Interesse liegen und daher nicht auf den Klingelbeutel angewiesen sein sollten, das geht allerdings über den bürgerlichen Horizont.

weil sie die Wichtigkeit des Falles nicht erkennen, den Wahrheitsbeweis abschneiden, und der Beleidigte wäre dann auch der Geschädigte. Der Schutz der persönlichen Ehre ist heute der Staatsanwaltschaft anvertraut, die Staatsanwaltschaft aber hat sich der ihr anvertrauten Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Ich will nicht auf den Prozeß Harden eingehen, aber das muß ich sagen, das Verfahren der Staatsanwaltschaft, erst das Vorliegen des öffentlichen Interesses zu verneinen und nach der Freisprechung zu bejahen, macht einen Eindruck der Verworrenheit, der Unklarheit oder eines Mangels an Verständnis für die Wichtigkeit der Sache oder auch des guten Willens, der geradezu unglaublich ist. Entweder lag das öffentliche Interesse von Anfang an vor, oder es lag überhaupt nicht vor. Nach der Praxis unserer Gerichte lag es von Anfang an vor. Wegen jeder in der Uebereilung gefallenen Beleidigung eines Eisenbahnschaffners, einer Telephondame, eines Schutzmannes, wird ein öffentliches Interesse angenommen; natürlich auch bei der Beleidigung eines Streikbrechers oder eines Fabrikanten. In anderen Fällen wird das öffentliche Interesse verneint. Wir sind nicht die einzigen, die das empfinden. Am 30. November hat der nationalliberale Abg. v. Campe im Abgeordnetenhause der preußischen Justiz ins Gewissen geredet. Herr v. Campe sagte: „Es ist verkehrt, wenn man ein öffentliches Interesse nur dann annimmt, wenn ein Beamter oder eine Behörde in bezug auf ihr Amt beleidigt worden sind. Die Praxis der Staatsanwaltschaften scheint nur in diesem letzteren Fall ein öffentliches Interesse anzunehmen." Ich bemerke nebenbei, Herr Campe hat nicht gewußt, daß die

Streikbrecher

noch höher geschätzt werden als die Beamten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Er fährt fort: „Ich möchte weiter glauben, daß, wenn Qualitäten von Persönlichkeiten des öffentlichen Rechtes behauptet werden, die sie als unwürdig eines öffentlichen Amtes bezeichneten, ferner wenn die Gefahr vorliegt, daß diese Qualitäten, die da behauptet werden, Einfluß haben könnten auf die öffentlichen Funktionen oder auch nur auf wichtige öffentliche Beziehungen des betreffenden, daß dann wohl immer schon ein öffentliches Interesse angenommen werden muß." Das war sehr richtig gesagt, verhallte aber vollständig wirkungslos bei den preußischen Staatsanwaltschaften. Am 4. Dezember 1907, fünf Tage nach jener Rede, brachte die „Post" einen Artikel über unseren Kollegen Reichstagsabgeordneten Fischer-Berlin, in dem „festgestellt wurde", daß Fischer sich im Jahre 1903 bei Beschaffung neuer Maschinen für die „Vorwärts"-Druckerei Provision von den Maschinenfabriken habe geben lassen. Die Sache sei in einer öffentlichen Versammlung des zweiten Reichstagswahlkreises erörtert. Fischer habe sich hier verantworten müssen und habe sich darauf berufen, daß der Bezug solcher Provisionen bei größeren Firmen gebräuchlich sei. Darauf hätten die Genossen des Herrn Fischer ihm die eingestrichene Provision gelassen. Solche Schmiergelder halte Herr Fischer wohl nicht für schmutzig? — So viel Worte, so viel Lügen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine große Anzahl anderer Blätter, die zu derselben politischen Gruppe wie die „Post" gehören, haben diesen Schwindel nachgedruckt. Hervorheben muß ich, daß die „Norddeutsche Allgemeine" und die „Kreuz-Zeitung" sich dieses Schmutzes enthalten haben, aber die „Deutsche Tageszeitung", die „National-Zeitung", die „Freisinnige Zeitung" (Hört! hört! Heiterkeit und Rufe: Natürlich! bei den Sozialdemokraten) haben in trauter Waffenbrüderschaft diese Gemeinheiten gebracht. Ich stellte darauf den Strafantrag unter Berufung darauf, daß Fischer zum drittenmal als Vertreter des zweiten Reichstagswahlkreises in Berlin gewählt sei, und schrieb weiter: „Wenn man so durch das Vertrauen von Zehntausenden seiner Mitbürger geehrt und berufen ist im Reichstage nach Artikel 29 der Reichsverfassung als Vertreter des gesamten Volkes zu wirken und in dieser Weise öffentlich einer gemeinen Handlungsweise bezichtigt wird, so sind nicht nur die privaten Interessen des Beleidigten verletzt, sondern es liegt im öffentlichen Interesse, ihm Genugtuung zu verschaffen und ihm Gelegenheit zur Widerlegung der Verleumdungen zu geben. Das gilt hier besonders, da gerade die Abgeordneteneigenschaft des Herrn Richard Fischer hervorgehoben worden ist. Dieser Fall berührt die

Interessen aller Wähler des Herrn Fischer

und die des öffentlichen Lebens überhaupt. Euer Hochwohlgeboren dürften, zumal im gegenwärtigen Zeitpunkt — es war zwischen dem ersten und zweiten Harden-Prozeß — volles Verständnis dafür haben, daß in einer politischen Polemik der Bekämpfung durch schmähliche Verleumdung des Privatlebens im öffentlichen Interesse entgegengetreten werden muß. Es dürfte unzweifelhaft sein, daß das öffentliche Interesse nicht erst dann berührt wird, wenn hochgestellte Personen anfangen, sich für einen Fall zu interessieren oder sonst irgendwie dabei beteiligt sind. (Sehr gut! links.) Die Staatsanwaltschaften pflegen bei jeder Beleidigung eines Streikbrechers durch Arbeiter Anklage zu erheben, auch wenn die Beleidigung im engsten Kreise gefallen ist. Nachdem bekannt geworden war, daß ich mich an die Staatsanwaltschaft gewendet hätte, schrieb die „Post" in einem zweiten Artikel, es sei zwar nicht richtig gewesen, daß die Stellungnahme der Parteigenossen des Herrn Fischer zu diesem Fall in einer öffentlichen Versammlung erfolgt wäre, sondern es habe sich um eine geschlossene Versammlung gehandelt; im übrigen sei aber alles richtig. Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel ordnete hierauf Ermittelungen über die Sache an. Er ließ die Inhaber der hauptsächlichsten Firmen, von denen die „Vorwärts"-Druckerei in der fraglichen Zeit Maschinen bezogen hatte, vernehmen und erfuhr, daß auch

kein Wort an der Geschichte wahr sei.

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er ließ Herrn Werner, den langjährigen Vorsitzenden des Wahlvereins des zweiten Kreises vernehmen und erfuhr von ihm, daß in keiner Versammlung, weder in einer öffentlichen, noch in einer geschlossenen, sich ein Vorgang abgespielt hätte, der auch nur annähernd so ausgelegt werden könnte, wie das, was hier behauptet werde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Werner hob noch besonders hervor, daß, wenn diese Sache auch nur zum Teil wahr gewesen wäre, Herr Fischer unzweifelhaft seines Ehrenamtes als Vertreter des zweiten Reichstagswahlkreises für unwürdig erachtet worden wäre und bei seinen Parteigenossen als erledigt gelten würde. Der Oberstaatsanwalt hat mir dann geschrieben:

daß er die Erhebung der Anklage ablehne.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sein Schreiben lautet:

„Meine eingehenden Ermittelungen haben keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die von der „Post" aufgestellte Behauptung, der Reichstags-Abg. Richard Fischer habe sich als Leiter der „Vorwärts"-Druckerei von Maschinenfabriken Provisionen für die Vermittelung von Maschinen zahlen lassen, wahr ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe der Redaktion der „Post" von diesem Ergebnis der Ermittelungen Mitteilung gemacht, diese behauptet aber nach wie vor, daß sie in der Lage sei, in der Hauptverhandlung den vollen Wahrheitsbeweis zu führen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Hauptverhandlung herbeizuführen, halte ich nicht für im öffentlichen Interesse liegend, da dasselbe Ziel durch die Privatklage erreicht werden kann und die Vorwürfe sich nicht gegen die politische Tätigkeit des Abgeordneten Fischer richten."

Dieser Bescheid zeigt eine

geradezu hilflose Verlegenheit.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß die Beschuldigungen sich nicht gegen die politische Tätigkeit richteten, ist nichts als eine Verlegenheitsrede und grundfalsch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Alles, was das Vertrauen erschüttert, das der Abgeordnete haben muß, berührt schon eine politische Tätigkeit, eine Handlung, die ihn seines Ehrenamtes unwürdig machen würde, auch aus seinem Privatleben, beeinträchtigt seine politische Tätigkeit. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Falle hat der Zeuge Werner noch ausdrücklich bestätigt, daß Fischers politische Tätigkeit davon berührt worden wäre, obgleich der Staatsanwalt allein auch so klug sein könnte. Als die Staatsanwaltschaft Ermittelungen anstellte, wußte sie ja schon aus dem Artikel, wieweit die Handlungsweise Fischers das öffentliche Interesse berührte. Wenn das öffentliche Interesse ausreichte, ein Ermittelungsverfahren gegen die Redakteure anzustellen, weshalb reichte es nicht zu, als die vollkommene Haltlosigkeit der Beschuldigungen sich herausgestellt hatte, und der Beleidiger frivol sich weigerte, seine Beschuldigungen zurückzunehmen oder zu beweisen? Denn die Behauptung, daß man in der Hauptverhandlung alles beweisen werde, ist ja nichts weiter als ein

dreistes Verschleppungsmanöver.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weshalb sollte nun ein öffentliches Interesse zur Erhebung der Anklage nicht vorliegen? Darauf gibt es nur eine Antwort. Herr Isenbiel, gewarnt durch die üble Lage, in der er im Hardenprozeß geriet, wollte die Anklage erheben, aber eine höhere Instanz, gleichgültig, ob der Generalstaatsanwalt am Kammergericht oder der Justizminister, hat die Erhebung der Anklage verhindert. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Um das festzustellen, habe ich mir noch die Mühe gemacht, Beschwerde zu erheben. Inzwischen hatte hier der Abg. Heinze seine sehr beherzigenswerten Ausführungen gemacht, in denen er das einseitige Vorgehen der Staatsanwaltschaft bezüglich der Beurteilung des öffentlichen Interesses tadelte, und es als fraglich hinstellte, ob bei Beleidigungsklagen die Staatsanwälte immer mit gleichem Maße mäßen, und alle Parteien gleich behandelten. Er hat darauf hingewiesen, daß, wenn öffentliche Aemter, vor allem Abgeordnetenmandate, in Frage kämen, unter allen Umständen ein öffentliches Interesse vorläge. Geholfen hat seine Rede nichts. Einige Tage später hat mich auch der Generalstaatsanwalt am Kammergericht

abschlägig beschieden.

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt also darauf hinaus, daß täglich in Berlin Beleidigungen von Streikbrechern von Amtswegen verfolgt werden, nicht bloß Beleidigungen, die mit Krawallen, Körperverletzungen oder öffentlichen Ausläufen verbunden sind, wo man noch die Ausrede hätte, daß auf diesem Umwege sich das öffentliche Interesse ergäbe, sondern auch Beleidigungen im engsten Kreise. Wegen Fabrikantenbeleidigung wird täglich von Amtswegen Anklage erhoben. Abgeordnete aber, und speziell sozialdemokratische Abgeordnete,

sind bei der Staatsanwaltschaft vogelfrei.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie verweist die Staatsanwaltschaft auf den ebenso schnellen wie angenehmen, wie wirkungsvollen Weg der Privatklage. In einer Zeit, unter Verhältnissen, wo der Reichskanzler feierlich pathetisch hier erklärt, die Ehre des einzelnen müsse mehr geschützt werden, kommt ein Organ der Staatsanwaltschaft her und lehnt die Verfolgung eines frivolen Verleumders ab, wenn er ein Redakteur der Blockpresse ist. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Das ist nicht überall so in deutschen Landen. Vor einem Jahre wurde der damalige Reichstagsabgeordnete Berthold-Darmstadt schwer verleumdet, da schritt die Staatsanwaltschaft ein und der Vertreter der Anklage betonte in seinem Plaidoyer ausdrücklich, daß die Abgeordneten das Vertrauen ihrer Wähler genießen müßten. (Abg. David ruft: Das war in Hessen! — Zuruf rechts: Kein Wunder!) Hessen ist ja für Sie der sozialdemokratische Staat. (Heiterkeit.) Wir haben in der Schule gelernt: justitia fundamentum regnorum. Daß dieser Satz für Preußen nicht zutrifft, das wissen wir längst. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Große anhaltende Unruhe rechts.) Ich habe auch gar keine Hoffnung, durch diese Rede auf das Rechtsgefühl der preußischen Organe einzuwirken. Aber ich spreche als Abgeordneter für einen Abgeordneten und vor Abgeordneten und verlange für unsere öffentliche Stellung als Abgeordneter denselben Schutz, den in Preußen jeder Polizist und jeder Streikbrecher hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Ich glaube, der Abg. Heine hätte seiner Sache besser gedient, wenn er nicht mit einem allgemeinen Satz die preußische Rechtspflege beleidigt, sondern sich auf die sachliche Erörterung des vorliegenden Falles beschränkt hätte. Aber es ist leider schon Ihre Gewohnheit, auf Grund von Einzelfällen die ganze Rechtspflege anzugreifen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ob ein öffentliches Interesse vorliegt, ist sehr schwierig zu beurteilen. Da können Zweifel entstehen, Widersprüche und Unklarheiten, die ich im Interesse einer unparteiischen, klaren Rechtspflege nur bedauern kann. Wenn aber der Abgeordnete in seiner Rede auch durchblicken ließ, es fehle der Staatsanwaltschaft an dem guten Willen, die Verhältnisse unparteiisch zu würdigen, so weise ich auch das als eine grundlose Verleumdung der Staatsanwaltschaft zurück. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Kaempf läßt den Ausdruck „Verleumdung" ruhig passieren.) Der Abgeordnete hat nicht das Recht zu einem so allgemeinen Vorwurf, wenn er glaubt, daß die Staatsanwaltschaft sich in einem einzelnen Falle geirrt hat. Den Fall selbst hat der Vorredner im allgemeinen richtig vorgetragen. Nur irrt er darin, daß er andeutete, der preußische Justizminister habe sich mit der Sache befaßt. Bis zum gestrigen Tage haben er und seine Räte von dem ganzen Vorgange nichts gewußt. Eine Beeinflussung aus politischen Gründen hat also nicht stattgefunden. Da die Staatsanwaltschaft aber im vorliegenden Falle zunächst Ermittelungen angeordnet hat, so muß sie nach der ersten Prüfung selbst der Meinung gewesen sein, daß ein öffentliches Interesse vorliege.

Dann hätte er die Sache auch weiterführen sollen,

wenn er auch nachher zu einer anderen Meinung kam. Denn dann hätte er sich den Vorwurf erspart, daß er in derselben Sache verschiedene Anschauungen vertreten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sonst, wenn er von Anfang an die Verfolgung abgelehnt hätte, könnte ich ihm keinen Vorwurf machen. Die Tatsache, daß ein Reichstagsabgeordneter oder das Mitglied einer parlamentarischen Körperschaft beleidigt worden ist (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie beleidigt worden ist!) auch in Beziehung auf seine Tätigkeit als Abgeordneter, muß nicht unter allen Umständen entscheidend sein. Der Staatsanwalt erhebt die Anklage nach freier Prüfung des einzelnen Falles. Es liegt also hier in diesem Falle meiner Meinung nach ein

bedauerliches Mißverständnis

vor (Schallende, langandauernde Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), dessen sich der Staatsanwalt schuldig gemacht hat. Irgend ein politischer Einfluß in der Entscheidung der Sache hat nicht stattgefunden.

Abg. Kreth (f.) polemisiert zunächst gegen den Abg. Müller-Meiningen. Das Reich hat keinen Grund, sich um den Kultusetat von Preußen und Bayern zu kümmern. — Ich komme jetzt zu den Ausführungen des Abg. Heine. Wir müßten die Zahl unserer Staatsanwälte ungeheuerlich vermehren, wenn die Staatsanwaltschaft alle Beleidigungen gegen Abgeordnete verfolgen wollte. Nein, um die Beleidigungen zu verfolgen, die sich täglich gegen und in der sozialdemokratischen Presse finden, müßten sechs neue Staatsanwälte angestellt werden. (Heiterkeit.) Ich habe aber nichts dagegen, daß wer die Sozialdemokratie mit Schmutz bewirft, denn das macht mich nur populär in der bürgerlichen Welt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Heine hat dem Abg. Stadthagen ein Leumundszeugnis ausgestellt, das zunächst auch auf mich Eindruck machte. Besser als alles Pathos wäre es gewesen, wenn Herr Heine sich kurz und bündig über die Gebührenüberschreitung äußern wollte. 5067 M. Gebühren scheinen mir doch zu einem Objekt von 22 000 M. in einem starken Mißverhältnis zu stehen. — Die erste Instanz muß doch auch Herrn Stadthagen nicht schuldlos gefunden haben, denn sie hat ihn zu 2000 M. Geldstrafe verurteilt. (Hört! hört! rechts.) Im Gegensatz zu der Behauptung des Abgeordneten Stadthagen stelle ich fest, daß der Ehrengerichtshof seine Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit faßt. — Herr Heine hat behauptet, daß die gesamte Berliner Anwaltschaft die Ausschließung Stadthagens mißbilligt hat . . .

Abg. Heine: Eine dreiste Verdrehung! Ich habe gesagt: alle, die Stadthagen persönlich kennen.

Abg. Kreth (fortfahrend): Heine hat die Worte gebraucht, welche ich angeführt habe. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Heine ruft nochmals: Eine dreiste Verdrehung! Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des deutschen Anwaltstandes wird sich dafür bedanken, Herrn Stadthagen in seiner Mitte zu sehen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Redner wendet sich gegen Ausführungen des Abg. Frank. Abg. Frank hat von einer dem Volke unverständlichen Juristensprache gesprochen. Sollen die Richter vielleicht in der Sprache sozialdemokratischer Zeitungen reden? Redner verliest mehrere Stellen aus dem „Vorwärts" und anderen Blättern. (Vizepräsident Kaempf erinnert den Redner daran, daß das Haus sich bei der Beratung des Justizetats befinde). — Redner verliest ein Schock Stellen aus einem Haufen Ausschnitte, die er vor sich liegen hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Reichsverbandslügen!) Ich stehe mit dem Reichsverband in keiner Beziehung. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Die Entwürfe zum Auer-Denkmal sind nicht objektiv geprüft worden. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Rufe: Schwindel!) — Von den weiteren Ausführungen des Redners bleiben viele auf den Tribünen unverständlich, da im Hause große Unruhe herrscht, die Vizepräsident Kaempf vergebens zu stillen sucht:

Vizepräsident Kaempf ruft den Redner erneut zur Sache. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Laßt ihn doch reden! Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Kreth fährt durch Zurufe: Lauter! Lauter! ermuntert, mit dem Verlesen seiner Ausschnitte fort und verliest u. a. Ausführungen Georg Bernhards. Die sozialdemokratische Preßkommission gehe mit dem Parteivorstand durch dick und dünn. Die armen Opfer, die an den Parteitag gewiesen werden, sind zu bedauern und daher hat Herr Bernhard gut daran getan, aus der Partei auszutreten. — Die Staatsanwaltschaft geht längst nicht scharf genug gegen die sozialdemokratischen Roheiten und Preßausschreitungen vor. (Lachen bei den Soz.) Wenn die bestehenden Gesetzesbestimmungen nicht ausreichen, müssen neue geschaffen werden. Wir wollen sehen, welche bürgerliche Partei den Mut finden wird, sich mit den sozialdemokratischen Preßausschreitungen zu identifizieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Redner verliest einen Artikel aus einem Gewerkschaftsblatte, der über das Lissaboner Attentat handelt. U. a. heißt es in dem Artikel: Der König wog 2½ Zentner. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Und darüber lachen Sie noch? (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische Partei will die Monarchie verächtlich machen. Wir müssen das sozialdemokratische Gewürm zertreten. (Beifall rechts. Erneute stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heckscher (frs. Vg.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Stadthagen über das Urteil gegen die Hamburger Schauerleute. Wie kommt der Kollege Stadthagen dazu, über die Hamburger Richter den Stab zu brechen? Wie kommt er dazu, zu behaupten, daß die Hamburger Richter auf den tiefsten Stand der Klassenjustiz angelangt seien? Die Hamburger Richter verfügen über das allerfeinste soziale Verständnis, wie ich aus meiner eingehenden Erfahrung heraus mit Fug und Recht behaupten kann. Was Herr Stadthagen getan hat, das war allerschlimmste Klassenjustiz. (Tosender Beifall rechts.)

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Heine (Soz.):

Ich habe persönliche Bemerkungen zu machen gegen Herrn Staatssekretär Nieberding und Herrn Kreth. Zunächst will ich Herrn Kreth abhandeln und bitte den Herrn Staatssekretär, nicht etwa zu denken, daß diese Reihenfolge eine Schätzung bedeutet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts. Vizepräsident Kaempf: Das letztere war jedenfalls nicht persönlich!) Also gegen Herrn Kreth; ich habe nicht von sämtlichen Berliner Anwälten, auch nicht von sämtlichen deutschen Anwälten oder einer Mehrzahl der deutschen Anwälte gesprochen, die das Urteil gegen Stadthagen gemißbilligt hätten, sondern ich habe nach dem mir bereits vorliegenden stenographischen Bericht nur von dem Urteil der Leute gesprochen, die Herrn Stadthagen näher kannten. Ich habe mir bereits vorher erlaubt, die Behauptung des Herrn Kreth als eine Verdrehung zu bezeichnen. Herr Kreth hat mich zum Schluß seiner Rede aufgefordert, gewisse Fälle zu erzählen. Ganz klar ist es mir nicht geworden, welche er meinte, ich beherrsche aber die parlamentarischen Formen genügend, Herr Kreth, um nicht endlose Reden zu halten, die nicht zur Sache gehören. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich lehne das also ab. — Dem Herrn Staatssekretär erwidere ich, daß ich nicht erklärt habe, daß es allen Staatsanwaltschaften am guten Willen fehle. Ich finde im Stenogramm vom „guten Willen" überhaupt nichts. Ich würde das auch gar nicht haben sagen können, da ich ja selbst hervorgehoben habe, daß der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel meiner Meinung nach den guten Willen gehabt hat, einzuschreiten. Ich habe auch nicht einmal die Vermutung ausgesprochen, daß der Justizminister die Schuld an dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft trage. Ich nehme davon Kenntnis, daß der Justizminister das nicht gewußt hat. Warten wir noch ab, ob der preußische Justizminister die Gelegenheit, die er ja noch immer hat, benutzen wird, um den Herrn Generalstaatsanwalt zu berichtigen. (Sehr gut! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Dem Abg. Heckscher möchte ich erwidern, daß ich allerdings die Begründung des Hamburger Urteils gegen die Hafenarbeiter gelesen habe. Ich habe aber schon in meiner ersten Rede als entscheidend hervorgehoben, daß der Vertrag, der unter Vermittelung des Abgeordneten Heckscher zustande gekommen war, nach meiner Auffassung gegen die guten Sitten und das Koalitionsrecht verstößt, und daß somit das Landgericht und das Oberlandesgericht auf Grund eines ungültigen Vertrages ihr ungeheuerliches Urteil gefällt haben. — Der Abg. Kreth hat behauptet, ich hätte es so dargestellt, als ob in keinem Stadium des Verfahrens der Vorwurf der Gebührenüberhebung gegen mich erhoben worden wäre. Das ist nicht richtig, ich habe behauptet seit dem Jahre 1892 und behaupte es wieder, daß weder seitens der Anklagebehörde, noch in der ersten Instanz jemals der Vorwurf bewußter Gebührenüberhebung gegen mich erhoben worden ist. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß alle meine Bemühungen, ein strafrechtliches Einschreiten gegen mich wegen bewußter Gebührenüberhebung herbeizuführen, erfolglos geblieben sind, und daß die Staatsanwaltschaft mir geantwortet hat, daß sie auf Grund der Akten des Disziplinarverfahrens nicht einmal Anklage gegen mich erheben könnte. Deshalb konnte ich außerhalb des Hauses den Richtern meines Ehrengerichts öffentlich vorwerfen, daß sie bewußt das Recht gebeugt hätten. Der Abg. Kreth hat es dann so hingestellt, als ob es sich darum gehandelt hätte, ob das Objekt auf 22 000 oder 60 000 M. zu bemessen wäre. Er mußte das nach den wiederholten Darstellungen der Sache besser wissen. Gegenüber dem Urteil der ersten Instanz habe ich in der Berufungsschrift ausgeführt, daß, wenn man nach den

Grundsätzen des Ehrengerichts rechnen wollte. Das Objekt über 400 000 M. betragen würde und ich das Zwei- oder Dreifache meiner wirklichen Liquidation hätte fordern müssen. Ich habe dafür Beweis angeboten, aber der Ehrengerichtshof hat ohne Aktenkenntnis, ohne sich um irgend etwas zu kümmern, den durch nichts begründeten Vorwurf der bewußten Gebührenüberhebung gemacht. Selbstverständlich kann ich nun nicht den Reichstag zum Richter in dieser Sache machen. Aber jeder, der nur einen Rest von Objektivität sich bewahrt hat, wird mir nach meinen Ausführungen zugestehen, daß das Urteil durchaus unbegründet war. Trotz aller Provokationen ist nie gegen mich Anklage erhoben worden, obwohl das bei dem strafbaren Delikt der bewußten Gebührenüberhebung sofort durch den Oberstaatsanwalt und das Ehrengericht hätte veranlaßt werden müssen, und niemals hat der angeblich Geschädigte von mir die Zurückzahlung der angeblich bewußt überhobenen Gebühren verlangt. Ich kann dem Abg. Kreth auch versichern, daß ich zur Zeit des Urteils auch aus Richterkreisen eine Fülle von Zuschriften erhalten habe, daß mir bitteres Unrecht geschehen sei. (Vizepräsident Kaempf unterbricht den Redner wiederholt, weil diese Ausführungen nicht mehr persönlich seien. Die weiteren Bemerkungen gehen teilweise bei der Unruhe des Hauses verloren.) Ich bedauere, daß ich in meiner Erwiderung so beschränkt bin, nachdem die Herren, die mich angegriffen haben, für Schluß der Debatte gestimmt haben. Jedenfalls steht soviel fest, daß der angeblich Geschädigte es abgelehnt hat, sich in bezug auf die Gebührenhöhe dem Urteile dreier von ihm zu erwählenden Schiedsrichter zu unterwerfen. (Vizepräsident Kaempf unterbricht wiederum.) Dann kann ich nur zum Schlusse sagen, daß, wenn jemand wie der Abg. Kreth in der Lage ist, das Aktenmaterial genau zu kennen, und nur einen Teil unter Weglassung des anderen vorträgt, er sich den Vorwurf gefallen lassen muß, daß er es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hedscher (frs. Vg.): Die Behauptung des Abg. Stadthagen, der Kontrakt der Schauerleute habe gegen die Koalitionsfreiheit verstoßen, steht auf der gleichen Höhe wie seine maßlosen Angriffe auf die deutsche Rechtspflege. (Stürmischer Beifall bei Kreth und v. Malzahn.)

Abg. Kreth (k.): Der Abgeordnete Heine hat es für geschmackvoll gehalten, mir Verdrehung vorzuwerfen. Vielleicht hätte die Annahme näher gelegen, daß ich ihn nicht vollständig verstanden habe. Jedenfalls ist die Wiederholung dieses Vorwurfs ein Zeichen für das Bildungsniveau dieses Herrn. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Dem Abgeordneten Stadthagen erwidere ich, daß jemand noch nicht deswegen die Unwahrheit sagt, weil er anderer Meinung ist wie er. Dem Urteil des höchsten deutschen Ehrengerichtshofes, dem höchst angesehene Männer angehören, einige Bedeutung zuzumessen, muß er mir schon gestatten.

Der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" wird bewilligt.

Die Resolution Brunstermann (Rp.) auf angemessene Erhöhung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige wird einstimmig angenommen.

Die Resolution Hompesch (Z.), den Untersuchungsgefangenen sowie den nicht wegen ehrloser Gesinnung verurteilten Strafgefangenen Selbstbeköstigung und angemessene Beschäftigung zu bewilligen, wird gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen angenommen.

Ueber die Resolution Bassermann (natl.) betr. Strafverfahren und Strafvollzug an jugendlichen Personen beantragt Abg. Kirsch (Z.) mit einer entsprechenden Resolution des Zentrums, erst in dritter Lesung abzustimmen.

Das Resultat der Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft; die Abstimmung erfolgt daher durch Hammelsprung. Hierbei ergibt sich, daß 104 mit Ja, 106 mit Nein stimmen. Die Abstimmung wird also in der dritten Lesung erfolgen. (Das Resultat wird vom Zentrum und den Sozialdemokraten mit Heiterkeit aufgenommen.)

Die Resolution Dr. Heinze (natl.) auf einheitlichen Strafvollzug wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution v. Liebert (Rp.) auf Einrichtung von Strafkolonien wird gegen die Stimmen der Reichspartei abgelehnt; angenommen wird dagegen die Resolution Dr. Görcke (natl.), welche um Mitteilung der Erfahrungen fremder Staaten mit dem überseeischen Strafvollzuge ersucht.

Die Resolution Albrecht (Soz.) auf Einrichtung besonderer Gerichte für die Streitigkeiten zwischen Bureaugehülfen und ihren Arbeitgebern, sowie zwischen ländlichen Arbeitern und ihren Arbeitgebern wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Resolution Albrecht (Soz.), das Recht der Zeugnisverweigerung allen an der Herstellung einer Zeitung beteiligten Personen zu erteilen, wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Liberalen und Polen angenommen.

Die Resolution Albrecht (Soz.) auf Feststellung des Rechtes der Zeugnisverweigerung für Mitglieder des Reichstages, der Landtage und kommunaler Vertretungskörper wird abgelehnt, angenommen wird dagegen die Resolution Dr. Ablaß (frs. Vp.), das Recht der Zeugnisverweigerung für Mitglieder des Reichstages und der Landtage festzustellen, und gerichtliche und sonstige Untersuchungshandlungen in den Räumen des Reichstages und der Landtage an die Genehmigung der betreffenden Körperschaft resp. ihres Präsidenten zu binden, wird angenommen.

Die Resolution Albrecht (Soz.) auf Gewährung von Reisekosten und Tagegeldern für Schöffen und Geschworene wird mit großer Mehrheit angenommen; desgleichen die entsprechende Resolution Dr. Ablaß (frs. Vp.).

Angenommen werden ferner noch die Resolutionen Dr. Junck (natl.) und Graf Hompesch (Z.) auf rechtliche Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften.

Die Resolution Dr. Ablaß (frs. Vp.) auf Beseitigung der Härten aus der Fassung der Geburtsurkunden vorehelicher, später legitimierter Kinder wird angenommen, desgleichen die Resolution Dr. Ablaß (frs. Vp.) auf größere Sicherung des Rechtsgutes der elektrischen Energie.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. Außerdem: Wahlprüfungen, Petitionen, kleinere Vorlagen und die Novelle zur Gewerbeordnung.

Schluß 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom Dienstag, den 25. Februar 1908, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Holle.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel „Höhere Lehranstalten".

Abg. Ernst (frs. Vg.) begründet einen Antrag der Freisinnigen auf organische Verbindung der Lehrpläne der Volksschulen und der höheren Lehranstalten und allmähliche Aufhebung der Vorschulen bei den höheren Lehranstalten.

Im einzelnen bleiben die Ausführungen des Redners auf der Tribüne unverständlich.

Abg. v. Kölichen (k.) hält den Antrag für undurchführbar ohne gänzliche Umgestaltung der Volksschule und der höheren Lehranstalten und sieht auch kein Bedürfnis für solche Einheitsschule, da begabte Schüler der Volksschulen auch heute schon die Möglichkeit hätten, in das Gymnasium übernommen zu werden.

Abg. Dr. Glattfelder (Z.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag.

Abg. Caffel (frs. Vp.) empfiehlt den Antrag Ernst im Interesse der sozialen Versöhnung, der ausgleichenden Gerechtigkeit und der Hebung der Volksschule.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß dem Antrage Ernst Bedenken entgegenstehen. Die große Mehrzahl der Volksschüler würde durch die Berücksichtigung der wenigen Schüler, die später auf höhere Schulen übergehen würden, geschädigt werden.

Abg. Dr. Berndt (natl.) beantragt, im Falle der Ablehnung des Antrages Ernst die Resolution, die die Unterrichtskommission im vorigen Jahre gefaßt hat, zum Beschluß des Hauses zu erheben. Diese Resolution regt an, den Lehrplan für das dritte Volksschuljahr organisch mit dem der untersten Klassen der höheren Lehranstalten zu verbinden. Die Resolution lehnt weiter die Aufhebung der Vorschulen ab, empfiehlt aber, den Besuch der unteren Klassen der höheren Mädchenschulen durch Knaben im Notfall zu gestatten.

In der Abstimmung wird der Antrag Ernst gegen die Stimmen der freisinnigen Parteien und einiger Nationalliberalen abgelehnt, der Antrag Berndt gegen die Stimmen der Konservativen und der Mehrheit der Freikonservativen angenommen.

Abg. v. Neumann-Großenboram (k.) klagt über die Ueberbürdung der Schüler, über die Störung der Dichterlektüre durch das Herausreißen einzelner Sätze und Worte, und über das Philistertum bei den Lehrern, das durch Reisen und Fortbildungskurse bekämpft werden sollte.

Ein Regierungskommissar erwidert, daß auf den deutschen Unterricht großer Wert gelegt werde, und daß bei der Dichterlektüre auf den Zusammenhang des ganzen Werks das Hauptgewicht gelegt werden solle. Für die Fortbildung der Lehrer sei schon viel geschehen.

Abg. Fritsch (natl.) bespricht Bestrebungen auf Schaffung einer Einheitsstenographie und bittet den Minister, diese Bestrebungen zu fördern.

Abg. Marx (Z.) unterstützt den Wunsch des Vorredners. Werde eine Einheitsstenographie geschaffen, so werde damit dem unseligen Streit unter den verschiedenen Stenographenschulen ein Ende bereitet.

Ein Regierungskommissar erklärt, daß die Unterrichtsverwaltung entsprechend dem im vorigen Jahre hier gefaßten Antrage sich auf eine Prüfung des vorhandenen Materials beschränken mußte, zumal ein weitergehender Antrag im Reichstage angenommen worden ist.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.): Würden in allen gebildeten Kreisen die Anschauungen des Abg. v. Neumann geltend sein, so würde uns die Erziehung der Jugend im nationalen Geiste wesentlich erleichtert werden. In der Kommission ist die Frage der sexuellen Belehrung der Jugend in der Schule erörtert worden. Ich meine, daß das in erster Linie Sache der Eltern ist. (Sehr richtig! links.) Preußen und Bayern sind jetzt die einzigen Bundesstaaten, in denen das System der Koedukation noch nicht zugelassen ist. Ich bin der Meinung, daß grundsätzliche Bedenken gegen dieses System nicht geltend gemacht werden können. Bei der Mädchenschulreform würde ich es für einen Kardinalfehler halten, wenn man den Oberbau der höheren Mädchenschulen in eine Gymnasial-, Realgymnasial- und Oberrealschulabteilung gabeln würde. Die Oberrealschule ist hier das praktischste. Die für ein Fachstudium notwendigen Kenntnisse des Lateinischen und Griechischen können durch Privatkurse erworben werden. Das Verhältnis der Zahl der Hülfslehrer zu den Oberlehrern sollte durch vermehrte Anstellung von Lehrern verbessert werden. Dringend zu empfehlen ist die Einführung des obligatorischen englischen Unterrichts an den oberen Klassen des Gymnasiums, diese darf aber nicht auf Kosten des Unterrichts im Französischen erfolgen. In den Städten, wo das Gymnasium die einzige höhere Lehranstalt ist, sollte man griechischlose Parallelklassen einrichten, in denen das Englische an die Stelle des Griechischen treten könnte. Das würde auch dazu führen, daß der Unterricht in den oberen Klassen mehr individualisiert werden kann. Das numerische Ueberwiegen der Gymnasien über die anderen höheren Lehranstalten ist eine Gefahr für die Bildung unseres Volkes. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen vor allem Realanstalten. Nach der Statistik erreichten 1889/1890 nur 20,5 Proz. der höheren Schüler das Ziel der Anstalten, 40 Proz. gingen mit dem Zeugnis für den einjährigen Dienst von der Schule und 39,5 Proz. ohne jedes Berechtigungszeugnis. Das ist inzwischen nicht besser geworden. Eine Besserung würde sich durch eine Reform der Mittelschule in der Richtung ermöglichen lassen, daß sie als ein Aufbau auf die Volksschule zu betrachten ist. (Beifall links.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß das Verhältnis der Zahl der etatsmäßigen Oberlehrerstellen zu denen der Hülfslehrer mit 13 : 1 sich als zutreffend ergeben habe. Wenn der Vorredner vom Ueberwiegen der Gymnasialanstalten über die Realanstalten gesprochen habe, so sei darauf hinzuweisen, daß im Etat mehrere neue Realanstalten vorgesehen seien.

Abg. Dr. Krüger-Marienburg (k.) wendet sich gegen den übermäßigen Lateinunterricht. Notwendig sei vor allem die Forderung des Unterrichts im Deutschen.

Abg. Meiger (natl.) ist der Ansicht des Abg. Eickhoff, daß die Aufklärung der Jugend in sexuellen Fragen in erster Linie Sache der Eltern sei.

Abg. Lübicke (fk.) bittet um den Neubau des Gymnasiums in Spandau.

Auf Anregung des Abg. Dr. v. Böttinger (natl.) erklärt Minister Dr. Holle, daß er beabsichtige, an den Anstalten, deren Leiter sich für die Einführung des biologischen Unterrichts aussprechen, die Einführung dieses Unterrichts versuchsweise zu gestatten. (Beifall.)

Das Kapitel wird bewilligt. Damit ist die Beratung des Kultusetats beendet und die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Etat des Ministeriums des Innern).

Schluß 4 Uhr.

Dernburgs Kolonialprogramm vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 25. Februar.)

Abg. Liebert eröffnet die Generaldebatte. Er begrüßt im allgemeinen das Programm. Aber mit den Schlußfolgerungen Dernburgs sei er nicht einverstanden. Dernburg habe nur die Küste, die beiden großen Städte und die Bahngebiete gesehen. Im Fluge sei er durch die Pflanzungen gekommen (elf Tage! ruft Dernburg!) ... „so, das ist längere Zeit, wie ich glaubte." Dernburg habe nur die Renommierneger gesehen. Es sei unbestreitbar, daß der Neger träge, stupide und gleichgültig sei, nur schwer, selbst unter Anwendung von Gewalt zur Arbeit zu bringen sei. Die wirtschaftliche Entwickelung der Kolonie auf den Fleiß der Neger basieren, sei eine Utopie. Um diese Anschauung zu begründen, vergleicht er die Handelsbilanz Deutschlands mit der Handelsbilanz Ostafrikas. Im weiteren macht er seine Vorschläge, von denen die Erhöhung der Hüttensteuer der wichtigste ist. Er setzt dem Programm als seine Ansicht entgegen: Weniger Optimismus über den Fleiß der Neger, mehr Entgegenkommen gegen Pflanzer, hauptsächlich in der Beschaffung der Arbeiter, Heranziehung neuer Pflanzer und stärkere Betonung des nationalen Charakters der Kolonialpolitik.

Dernburg polemisiert gegen Liebert; er schildert den Neger als Landarbeiter und konstatiert aus einem Bericht, daß deutsche Arbeiter nicht mehr leisten als die Neger. In einem Bezirk haben sich die Neger sogar zusammengeschlossen, um genossenschaftlich Baumwolle zu bauen. Was die Haltung der Regierung gegen die Pflanzer anlangt, so ist nicht möglich, ihnen in der Beschaffung der Arbeiter mehr entgegenzukommen. Die Pflanzer sollen ihre Arbeiter gut behandeln, dann haben sie Arbeiter. Aus einem Bericht liest Dernburg vor, daß Arbeiter unter Umständen angeworben werden, die sich von Sklavenjagden überhaupt nicht mehr unterscheiden. — Der Fiskus soll immer die Peitsche in der Hand haben, um den Pflanzern Arbeiter zu beschaffen. Das tun wir nicht, dem wir haben bei Unruhen die Verantwortung zu tragen. Bei den Pflanzern herrscht nackter Eigennutz vor; aus Berichten und Eingaben von Pflanzern trägt Dernburg vor, daß Pflanzer verlangt haben, man soll den Eingeborenen die Ausdehnung der Kautschukpflanzungen verbieten oder die Bäume niederschlagen, da sie den Weißen Konkurrenz machen. Auch gegen die höhere Besteuerung wendet sich Dernburg sehr entschieden, die Leute müßten bei den dortigen Verhältnissen 200 Tage im Jahre auf der Straße liegen, um ihre Steuern zu zahlen. Liebert verlangt für die Weißen für 400 Pflanzer besondere Benefizien, darauf werde ich unter keinen Umständen eingehen. Auch Ansiedler werden wir nicht hinaus locken, es muß vermieden werden, ein weißes Proletariat dort zu schaffen, sonst kommen wir zu ganz gefährlichen Zuständen. Und die Weißen können ohne Bahnen noch nicht bestehen, sie haben weit größere Bedürfnisse als die Neger, die Neger aber können ja noch nicht einmal 6 Rupien Steuer zahlen. Zum Schluß schildert Dernburg die Gefahren eines Aufstandes, bei dem Hunderttausende von Negern totgeschlagen und hunderte Millionen Mark geopfert werden. Diese Gefahren müssen vermieden werden. Die nächste Aufgabe ist Ausbau der Verkehrswege.

Abg. Arning ist im großen ganzen mit Dernburg einverstanden. — Redner will auch rasch Eisenbahnen bauen und hofft davon die Ausdehnung und Sicherung der Herrschaft der Weißen. Die Rechtssicherung der Eingeborenen sei nicht so notwendig, auch die Arbeiter bei den Pflanzern würden nicht durchgängig schlecht behandelt, aber die Arbeiterordnung sei zu begrüßen. Er verlangt Luxussteuern auf den Schmuck der Frauen, ferner, daß die Regierung sich der Arbeiteranwerbung mehr annimmt, wodurch der Arbeitermangel wegfalle und Uebergriffe vermieden würden. Im Gegensatz zu Liebert sei er nicht der Ansicht, daß der Neger faul sei, es müsse mehr auf ein Zusammenwirken zwischen Schwarzen und Weißen hingewirkt werden. Es sei nicht angenehm, mit dem Inder zu verkehren, dieser sei ein Wucherer und es seien schon Aufstände durch dieselben entstanden. Gegen die Inder müßten Maßregeln ergriffen werden, welche die Ueberschwemmung der Kolonie mit Indern verhüten; Frankreich habe strenge Maßregeln getroffen, die deutsche Regierung sollte sich dem anschließen und die Inder stark besteuern. Er stellt schließlich als das Ergebnis einer Aerztekonferenz fest, daß einige Distrikte in Ostafrika sich zur Massenansiedelung von Weißen eignen, aber Vorbedingung seien Eisenbahnen.

Abg. Spahn meint, daß Dernburg doch recht viel Wasser in seinen Wein getan habe, wenn man sich seine Rede vor Augen halte, die er voriges Jahr in der Kolonialgesellschaft gehalten habe. Mit dem Wirtschaftsprogramm Dernburgs ist er einverstanden; die Neger müßten zur Arbeit erzogen werden, damit werde auch der Kultivierung vorgearbeitet, denn die Erziehung zum Christentum gehe nur durch die Arbeit. In der Inder- und Araberfrage neige er mehr der Ansicht Arnings zu. Was den Bahnbau anlangt, so könne er sich wohl nicht für die Bahn nach Dabassa erwärmen, man solle nur Stichbahnen bauen und die Flüsse schiffbar zu machen suchen; hier sei noch zu wenig geschehen. In nationaler Beziehung müßte die Verbindung des Mutterlandes mit den Kolonien eng geknüpft werden, ohne die Selbständigkeit des Negers zu vernichten. In der Beurteilung der Neger könne er keineswegs Liebert beitreten, der im Petersprozeß in München eine sehr schiefe Auffassung zum besten gegeben habe. — Spahn glaubt an die Entwickelung der Kolonie, aber man müsse sich mit Geduld wappnen, es gehe sehr langsam. Der Eisenbahnbau möge nicht allein in den Vordergrund gerückt werden, der Straßenbau sei ebenso wichtig. Auch die Plantagen möchte er fördern, wobei aber der Staat die Zuführung der Arbeiter nicht übernehmen darf. Das Zentrum werde die Wirtschaftspolitik Dernburgs unterstützen.

Abg. Frhr. v. Richthofen will mit dem Eisenbahnbau ein rascheres Tempo einschlagen als Spahn; es solle deutsche Kultur gefördert werden, was nur durch Verkehrsmittel möglich sei. Aus Ostafrika dürfe kein Negerland gemacht werden, in denen vielleicht die Weißen schlechter stünden als die Eingeborenen. Redner verlangt Arbeitszwang gegen die Neger, mehr indirekt als direkt, es soll das Engagement der Schwarzen geregelt werden, wie das hier mit den Galiziern durch die Feldzentrale geschehe. Das Ziel müsse sein: Kultivierung der Neger, Förderung der Ansiedelung und vor allem rascher und umfangreicher Bahnbau; die Schiffahrt scheine ihm keine Zukunft zu haben. In der Steuerfrage macht sich von Richthofen den Pflanzerstandpunkt zu eigen, die die Lebensmittelzölle den Eingeborenen um 25 Proz. erhöhen wollen, um sie durch Hunger zur Arbeit zu zwingen. Dafür soll man den Rotwein- und Alkoholzoll der Weißen ermäßigen.

Dernburg verteidigt die Inder gegen den Vorwurf, daß sie Wucher treiben. Wir herrschen in Ostafrika durch das Ansehen unserer Waffen, will man aber Handel treiben, da muß man sich auf gleichen Boden mit den Eingeborenen stellen. Und deshalb brauchen wir den Inder, der unter demselben Recht steht wie der Schwarze, nur geprügelt darf er nicht werden, das hat sich die britische Regierung ausbedungen, aber Kettenhaft und Zuchthaus droht ihm wie dem Eingeborenen. Der weiße Händler bildet eine große Gefahr, man vergesse doch nicht, daß die Uebergriffe der Händler den letzten Anstoß zu dem Aufstande in Südwestafrika gegeben haben. Ich will das Land den Indern nicht überlassen, aber den Handel fördern, eine Kolonie schaffen, welche den Reichssäckel nicht mehr belastet. Religion, Ethik und Kultur kommen hinterher. — Weiter polemisiert der Staatssekretär gegen Liebert und die Pflanzer; daß er nichts von Afrika gesehen habe, sei eine gehässige Unterstellung, die Pflanzer wollten ihm keinen Einblick in ihren Betrieb gestatten. — Ganz allgemein genommen handelt es sich in der Kolonie um einen Interessenkampf zwischen Händler und Pflanzer; die letzteren wollen billige Löhne, die anderen Kultur und wirtschaftliche Entwickelung, die dem Handel Absatzgebiete eröffnen, welche bei billigen Löhnen ausgeschlossen sind. Er wolle gewiß nicht einseitig sein, lasse sich von den Pflanzern aber auch nicht auf eine Seite drängen. Das Deutschtum wolle er durch die Verwaltung und Gesetze verbreiten, das scheine ihm sicherer, als die Erziehung der Schwarzen Leuten zu überlassen, die daheim noch erzogen werden müßten. Die Leute, die in die Kolonien gehen, fangen alle eine neue Existenz an, weniger als 25 Proz. sind vier Jahre dort, wie soll da von Erziehung die Rede sein.

In der Arbeiterfrage werde Richthofens Anregung nachgegangen werden, aber man könne der schwachen Bevölkerung wegen die Schwarzen nicht aus dem Innern ziehen. Zur Kleinsiedlerfrage bemerkt er, daß die Regierung keine Werbetätigkeit entfalten würde, diese Entwickelung setze voraus, daß die Siedelungen prosperieren und Absatz finden, was nur mit Bahnverbindung denkbar ist.

Damit schließt die Sitzung; morgen geht die Debatte weiter.

Parlamentarisches.

Einlauf.

Im Reichstage gingen ein:

Geschäftsbericht des Reichsmilitärgerichts für 1907.

Berichte der Wahlprüfungskommission über die Wahlen der Abgg. Eickhoff (1. Düsseldorf) und v. Byern (3. Magdeburg).

Entwurf eines Scheckgesetzes (nach den Beschlüssen dritter Beratung).

Aus Industrie und Handel.

Die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1907.

Von den zirka von 5600 Aktiengesellschaften, die gegenwärtig in Deutschland ihre Tätigkeit entfalten, haben im Jahre 1907 nur 4648 Gesellschaften ihre Bilanz veröffentlicht und zwar so, daß aus ihr der Reingewinn resp. der Verlust ermittelt werden konnte. Die 4648 Gesellschaften hatten zusammen ein Aktienkapital im Nominalwert von 12,61 Milliarden Mark. Von der Gesamtzahl der berücksichtigten Gesellschaften haben nach den im Jahre 1907 veröffentlichten Bilanzen 4072 einen Reingewinn im Betrage von rund 1,61 Milliarden Mark aufzuweisen gehabt, während 571 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 638,95 Millionen Mark zusammen einen Verlust von 100,76 Millionen Mark zu verzeichnen hatten. Für sämtliche berücksichtigten Aktiengesellschaften ergibt sich nach Abzug des Verlustes ein Reingewinn in der Höhe von 1 515,23 Millionen Mark.

Auf das Nominalkapital berechnet macht dieser Gewinn 12,01 Proz. aus. Aus dem Reingewinn wird die Dividende verteilt, die für 3 521 Gesellschaften ermittelt werden konnte. Das Nominalkapital dieser Gesellschaften stellte sich auf 11,23 Milliarden Mark. Auf diese Kapitalsumme wurden aus dem im Jahre 1906 verrechneten Reingewinn 973,34 Millionen Mark als Dividende verteilt oder 8,7 Proz. Im Jahre vorher hatte die Dividende auf das nämliche Aktienkapital 8,1 Proz. ausgemacht. Die Aktiengesellschaften, die an der Berliner Börse gehandelt werden, verteilen eine merklich höhere Dividende als sie unserem Durchschnitt entspricht. 1905 betrug diese Dividende 9,49, 1906 dagegen 10,58 Proz. Für das Jahr 1907 liegen erst vorläufige Berechnungen vor. Für die Aktiengesellschaften, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden, stellte sich die Dividende auf zirka 11,09 Proz.

Königsborn Aktiengesellschaft für Bergbau, Saltnen und Soolbetriebe. Die Aktionäre der Gesellschaft erhalten für das letzte Jahr 16 Prozent Dividende. Im Vorjahre wurden 12 Prozent ausgeschüttet.

Dividenden-Ernte.

Der Essener Bergwerksverein erzielte im Jahre 1907 einen Reingewinn von 2 725 005 M. gegen 2 129 286 M. im Jahre vorher. Also trotz der angeblich außerordentlich gestiegenen Löhne eine ganz ansehnliche Gewinnsteigerung. Diese wird durch folgende Zahlen noch deutlicher markiert. Es betrug:

	1906 M.	1907 M.
Die Einnahme	11 118 553	12 987 996
Die Gesamtlohnsumme .	4 523 861	5 833 610
Der Reingewinn	2 129 286	2 725 005
Mithin pro 1 M. Lohnsumme Reingewinn .	0,47	0,51

Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß für das letzte Jahr die Zinsenlast infolge der letzten Anleihe um fast 300 000 M. gewachsen ist. Die Aktionäre erhalten für das Kummerjahr 20 Proz. Dividende, Vorzugsaktien 25 Proz.

In dem Geschäftsbericht der Gesellschaft wird behauptet, die Selbstkosten seien per Tonne um rund 1 M. gestiegen. Solche Feststellungen sind ganz wertlos. Die Wertberechnung ist ganz willkürlich, sie erfaßt nicht die Nebenerzeugung. Das illustrieren diese Angaben. Es betrug:

	1905	1906	1907
Kohlenförderung, To.	815 860	966 559	1 016 066
Reingewinn insges. M.	1 315 994	2 129 285	2 725 005
„ pro Tonne Förderung . . .	1,613	2,203	2,682

Demnach ist der Reingewinn pro Tonne Förderung, trotz der rechnerischen Selbstkostensteigerung von 1 M. ganz erheblich gewachsen.

Goldernte der Stahlverbandsmitglieder. Die „Rhein. W.-Ztg." berichtet: Nachdem der Stahlwerksverband erst am Anfang des Januar 1908 seinen Mitgliedern aus dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1907/8 einen Betrag von weit über 7 Millionen Mark überwiesen hatte, machte er jetzt neuerdings eine weitere Abschlagszahlung auf den Reingewinn und schüttete auf die Mitglieder eine Summe von annähernd derselben Höhe aus. Die Werke erhalten aber jetzt wiederum teilweise ganz erhebliche Beträge, so z. B. König Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Hörde etwa 400 000 Mark usw., je nach den Lieferungen in dem Zeitraum vom 1. April 1907 bis Ende Januar 1908.

Konjunktursegen. Die Ravensberger Spinnerei in Bielefeld, die im Vorjahre — nur $8^1/_2$ Proz. Dividende herausbringen konnte, schüttet für das letzte Jahr $16^2/_3$ Proz. aus. — Die Aktionäre der Delmenhorster Linoleumfabrik müssen sich mit 22 Proz. Dividende bescheiden.

Die Textilindustrie in Sachsen. Im Jahre 1905 belief sich nach den Zusammenstellungen des Staatsversicherungsamtes in Deutschland die Zahl aller gewerbetätigen Personen auf 10 270 000 oder fast 20 Proz. der Bevölkerung. In Sachsen waren gewerbetätig 1 150 000 Personen oder 30 Proz. aller Einwohner. Davon waren in der Textilindustrie beschäftigt: im Reich 993 000 (9,7 Proz. aller im Reiche Gewerbetätigen), in Sachsen 267 000 (23 Proz. aller im Reiche Gewerbetätigen). Von allen im Reiche in diesem Industriezweige tätigen Personen entfielen also auf Sachsen 27 Proz.

Soziales.

Krankenkassenvorstände als Organe der Versicherungsanstalt.

§ 148 des Invalidenversicherungsgesetzes bestimmt: „Durch die Landeszentralbehörde oder mit ihrer Genehmigung durch das Statut einer Versicherungsanstalt oder mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde durch statutarische Bestimmung eines weiteren Kommunalverbandes oder einer Gemeinde kann angeordnet werden, daß die Beiträge aller invalidenversicherungspflichtigen Personen durch reichs- oder landesgesetzliche Krankenkassen oder Knappschaftskassen für Rechnung der Versicherungsanstalt eingezogen werden." Auf Grund dieser Bestimmung ist nun für die Gemeinde Viersen mit Genehmigung des Bezirksausschusses zu Düsseldorf ein entsprechendes Ortsstatut erlassen worden. Danach haben die einzelnen Kassen die Beiträge für die Invalidenversicherung einzuziehen und die Marken in die Quittungskarten einzukleben. Die Versicherungsanstalt der Rheinprovinz glaubte nun Anhaltspunkte dafür zu haben, daß in Viersen verschiedentlich zu niedrige Beiträge eingezogen worden seien. Sie übergab demnächst der Ortskrankenkasse II zur Weitergabe an die Unternehmer Formulare, welche mit Lohnnachweisungen ausgefüllt werden sollten. Der Zweck war, Unterlagen zu schaffen für eine richtige Beitragsleistung zur Invalidenversicherung. Die Versicherungsanstalt stützte sich auf ihre im § 161 des Invalidenversicherungsgesetzes festgelegte Berechtigung und Verpflichtung, die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Beiträge regelmäßig zu überwachen. — Die Vorstandsmitglieder der Krankenkasse weigerten sich, dem Verlangen der Versicherungsanstalt nachzukommen und die Formulare weiter zu geben. Sie bestritten, dazu verpflichtet zu sein.

Auf Veranlassung der Versicherungsanstalt schritt nun der Bürgermeister als Aufsichtsbehörde gegen die Mitglieder des Kassenvorstandes ein. Er erklärte sie für verpflichtet, das Verlangen der Anstalt zu erfüllen und drohte ihnen gemäß § 45 des Krankenversicherungsgesetzes Geldstrafen an, falls sie nicht binnen einer bestimmten Frist dem Verlangen nachkämen.

Der Kassenvorstand klagte darauf im Verwaltungsstreitverfahren, um eine prinzipielle Entscheidung der Frage herbeizuführen. Die Vorstandsmitglieder führten aus, sie seien nicht verpflichtet, die Ausfüllung der Listen mit Lohnnachweisungen herbeizuführen. Weder das Gesetz, noch das Ortsstatut böten dafür eine Grundlage. Auch habe ja der Kassenvorstand nichts verabsäumt, sondern die Unternehmer hätten es unterlassen, die richtigen Löhne anzugeben.

Der Bezirksausschuß wies die Klage ab. Er führte aus: Da die Kasse nach dem Ortsstatut die Beiträge zur Invalidenversicherung einzuziehen habe, so habe der Vorstand auch dafür zu sorgen, daß die Beiträge in der vorgeschriebenen Höhe eingingen. Daraus ergebe sich die Verpflichtung der klagenden Vorstandsmitglieder zur Weitergabe jener Formulare, da ihre Ausfüllung ja dazu dienen solle, zu ermitteln, ob und in welchen Fällen zu niedrige Beiträge eingezogen und zu niedrige Marken geklebt worden seien.

Der 3. Senat des preußischen Oberverwaltungsgerichts bestätigte dieser Tage dies Urteil als zutreffend. Der Senat bemerkte noch: Wenn eine Regelung nach § 148 des Invalidenversicherungsgesetzes getroffen sei, dann könnten die in Betracht kommenden Krankenkassen durch die Aufsichtsbehörde angehalten werden, zu tun, was hier den Vorstandsmitgliedern auferlegt worden sei. Unter diesen Umständen seien sie als Organe der Versicherungsanstalt dazu verpflichtet.

Gerichts-Zeitung.

Scherl-Nachdruck?

Fräulein Hedwig Teßmar hatte unter dem Namen Hedwig v. B. das Illustrierte Viktoria-Kochbuch verfaßt, das bereits in mehreren Auflagen gedruckt worden ist. Darauf ließ August Scherl-Berlin ein ähnliches Kochbuch verfassen und unter dem Titel „Großes Illustriertes Kochbuch" als Weihnachtsprämie zum Verkauf bringen. Fräulein T. behauptet nun, daß August Scherl ihr Kochbuch nachgedruckt und in 100 000 Exemplaren zu 3 Mk. abgesetzt habe. Sie sei dadurch geschädigt und ihre Arbeit gänzlich vernichtet, weil sie ihr Kochbuch bei einem kleinen Verleger nicht unter 4,50 M. dem Publikum liefern könne. Es komme also außer dem schadhaften Nachdruck auch Verstoß gegen die guten Sitten in der Handlungsweise selbst in Frage. Hauptsächlich auf diese Punkte gestützt klagte die T. gegen Scherl, da dessen als Weihnachtsprämie verbreitetes Kochbuch eine große Reihe der von ihr gesammelten und in ihrem Kochbuch enthaltenen Rezepte übernommen habe, mitunter nur mit kleinen redaktionellen Abänderungen.

In einem erst gegen August Scherl angestrengten Strafverfahren wurde dieser von der Anklage des Nachdrucks freigesprochen, da nach dem Gutachten des seinerzeit noch bestehenden literarischen Sachverständigenvereins ein strafbarer Nachdruck nicht vorliege. In dem dann angestrengten Schadenersatzverfahren bezog sich das Landgericht I zu Berlin auf dasselbe Gutachten und erkannte ebenfalls auf Abweisung der Klägerin. Im selben Sinne entschied auf die Berufung der Klägerin auch das Kammergericht zu Berlin auf Abweisung der Klage. In den Entscheidungsgründen erklärt das Kammergericht, daß es dem Gutachten der literarischen Sachverständigenkammer, die dem Gutachten des Sachverständigenvereins beigetreten sei, beipflichten müsse. Die Sachverständigenkammer habe ein eingehendes Gutachten erstattet und hätten danach 511 Rezepte des Scherlschen Kochbuchs solche Aehnlichkeit mit denen des klägerischen Kochbuchs, wie sie bei der allgemeinen Gleichartigkeit und Aehnlichkeit der Speisen immer entstehen müßten, bei zirka 264 sei eine Benutzung wahrscheinlich, bei weiteren 152 ließen sich nur geringe Abweichungen erkennen, während die anderen zirka 1000 Rezepte auf eigenen Arbeiten beruhten. Es liege also bei einem Siebentel der ganzen Rezepte eine nahezu identische Wiedergabe vor. Da es sich hier jedoch um ein Kochbuch handele, dessen Verfasser nicht jede einzelne Speise selbst erfunden oder durchprobiert haben kann, so müsse man Rücksicht darauf nehmen, daß stets Wiederholungen vorkommen, wie auch immer ein Kochbuch von dem anderen teilweise benutzt werde. Die Klägerin selbst habe viele Rezepte der Großmutter wiedergegeben, von diesen sei aber anzunehmen, daß sie ebenfalls aus anderen Kochbüchern stammen, denn Frauen pflegten sich nur diese Rezepte aufzuschreiben, die sie nicht aus ihren eigenen Erfahrungen besäßen. Das könne jedoch in diesem Falle niemandem zum Vorwurf gemacht werden. Das Nachdruckverbot gehe nicht soweit, daß auch in den kleinsten Teilen eines Werkes teilweiser Nachdruck verboten wäre; denn dann wäre eine Fortentwickelung jeder wissenschaftlichen Verbreitung überhaupt gehemmt, da man sich bei Ausarbeitungen von fördernden Schriften teilweise immer wird auf ältere Werke beziehen müssen. Bei einem Kochbuch könne man auch nicht verlangen, daß der Verfasser, von dem entnommen wird, immer angegeben wird, bei wissenschaftlichen Werken sei das etwas anderes. Allerdings sei es in diesem Falle inkorrekt vom Beklagten, daß er bei irgendwelchen Entnahmen die Verfasserin nicht genannt habe, aber ein Vorwurf auf Grund des Urheberrechts sei darauf nicht zu stützen.

Die von der Klägerin gegen das kammergerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom 1. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Das vom Reichsgericht bestätigte Urteil dürfte im Gegensatz zu der Urheberschutzwut mit Ausnahme des Teils zutreffen, der annimmt, der Verfasser, von dem entlehnt ist, brauche bei einem Kochbuch nicht angegeben zu werden. Die Angabe der Quelle entspricht nicht nur einer Anstands-, sondern einer Rechtspflicht. Eine Klage auf Unterlassung des ferneren Abdrucks der Quelle würde wohl Erfolg haben. Für die Beurteilung der Schadenersatzklage war diese Frage freilich unerheblich, wenngleich es der Gepflogenheit in Verlags- und Autorkreisen entspricht, in einem Falle, wo in so erheblichem Maße ein anderes Buch geplündert wird, des Autors Genehmigung nachzusuchen und ihm für die Erteilung der Genehmigung ein Entgelt zu zahlen.

Der Oberststitel des Herrn Gaedke und das Kammergericht.

Die sattsam bekannte Titelaffäre des vormaligen Oberst Gaedke beschäftigte gestern den zweiten Strafsenat des Kammergerichts. Es handelte sich darum, ob Gaedke durch unbefugte Führung des Titels Oberst a. D. sich strafbar gemacht habe, nachdem ihm, anschließend an ein ehrengerichtliches Verfahren, wegen seiner publizistischen Tätigkeit durch Kabinettsorder untersagt worden war, diesen Titel weiter zu führen. Schon einmal befaßte sich das Kammergericht im Oktober 1906 mit der Angelegenheit. Es entschied damals zwar zu seinen Gunsten, aber unter der ausdrücklichen Betonung, daß es nur deshalb geschehe, weil dem Angeklagten die rechtsgültige Kabinettsorder von 1904 nicht zugestellt worden sei. — Der König erneuerte am 27. Dezember 1906 die Kabinettsorder, welche Herrn Gaedke zugestellt wurde, worauf dann wieder gegen Gaedke wegen Führung eines ihm nicht zukommenden Titels strafrechtlich vorgegangen wurde. Vom Landgericht als Berufungsinstanz wurde er dann auch zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Ueber seine Revision gegen dieses Urteil hatte nun gestern das Kammergericht zu entscheiden.

Das Kammergericht kam nach langer Beratung um 6½ Uhr abends zum Urteil. Die Revision des Angeklagten wurde verworfen.

Wegen Vertragstreue angeklagt.

Am Montag hatten sich die Dreher Kruschwitz, Knöfelt, Töllner, Schub und Flottweg wegen Beleidigung, Körperverletzung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie sollten bei Gelegenheit des Streiks in der Automobilfabrik der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft im November v. J. diese Delikte gegen eine Anzahl „Gelber" verübt haben, um durchzusetzen, daß in der Automobilfabrik nur Angehörige des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigt würden. Die Strafanzeige war erstattet von dem damaligen Führer der Gelben in der Automobilfabrik, dem Dreher Lux. Die Angeklagten bestritten die ihnen zur Last gelegten Taten. Ihr Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, machte geltend, daß eine Verabredung, wonach nur Angehörige des Deutschen Metallarbeiterverbandes in der Automobilfabrik beschäftigt werden sollten, niemals von den Arbeitern getroffen sei. Auch habe der Streik — und aus diesem Grunde scheide bereits der § 153 aus — nicht die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Ziel gehabt, die Streikenden hätten sich vielmehr nur gegen Lohnabzüge, welche trotz Bestehens des Tarifvertrages von der Fabrik vorgenommen seien, gewehrt, mithin lediglich das verlangt, worauf sie einen vertragsmäßigen Anspruch hatten. Die Beweisaufnahme bestätigte die Richtigkeit dieser Behauptungen. Der Hauptbelastungszeuge Lux war zum Termin nicht erschienen. Als der Richter mitteilte, daß derselbe nicht auffindbar sei, trat der jetzige Führer der Gelben in der Automobilfabrik, Beyersdorf, aus dem Zuschauerraum hervor und erklärte, daß er sofort den Lux herbeizuschaffen in der Lage sei. Nach wenigen Minuten meldete Beyersdorf triumphierend, Lux werde sofort „mit einem Automobil herbeigeschafft werden". Lux bekundete allerlei Freveltaten der Angeklagten, mußte sodann aber zugeben, daß er das meiste nur vom Hörensagen wisse. Er selbst konnte aus eigener Wissenschaft den Angeklagten nur wenig zur Last legen. Der Amtsanwalt beantragte gegen Kruschwitz, Knöfelt und Töllner eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen, gegen die übrigen Angeklagten, gegen die nichts erwiesen war, die Freisprechung. Der Verteidiger führte aus, daß aus dem obengenannten Grunde der § 153 ausscheide. Von der Anwendung dieser Bestimmung könne übrigens schon deshalb keine Rede sein, weil die Angeklagten nach der eigenen Behauptung der Belastungszeugen sie nur zur Arbeitsniederlegung aufgefordert hätten. Das Reichsgericht stehe jedoch jetzt, wie das vom Verteidiger überreichte, von uns in der Sonntagsnummer bereits mitgeteilte Urteil gegen Ryosk ergibt, auf dem zutreffenden Standpunkt, daß das Gesetz unter der Aufforderung zur Teilnahme an einer Verabredung nur die Aufforderung zur aktiven Betätigung für die Koalition verstehe, nicht die bloße Aufforderung zur Unterlassung der Weiterarbeit. Wegen der durch die Beweisaufnahme erwiesenen geringfügigen Beleidigungen sei eine kleine Geldstrafe nicht bloß mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit der Angeklagten am Platze, sondern vor allem auch deshalb, weil sie durch den Streik lediglich versucht hätten, unberechtigte Lohnabzüge abzuwehren. Daß sie dabei von höchster Erbitterung gegen diejenigen erfüllt sein mußten, die es durch ihr Weiterarbeiten der Firma ermöglichten, die Lohnabzüge durchzusetzen, werde man begreiflich finden.

Das Gericht sprach Schub und Flottweg frei und verurteilte Kruschwitz und Töllner zu je 30 M. Geldstrafe, Knöfelt zu 15 M. Geldstrafe, indem als strafmildernd hervorgehoben wurde, daß die Angeklagten nicht einen frivolen Streik heraufbeschworen, sondern sich lediglich dagegen gewehrt hätten, daß eine Verschlechterung ihrer Lebenshaltung gegenüber dem Tarifvertrag durch Lohnabzüge einträte.

Aus der Frauenbewegung.

Gleiches Recht für alle!

Mit dem Erwachen der Frau aus Indifferentismus und Unwissenheit trat der politische sowohl als der wirtschaftliche Kampf in eine neue Phase ein. Die bürgerlichen Parteien hatten für die Frauenbewegung zunächst nur Hohn und Spott. Nur die Sozialdemokratie trat von jeher für die Gleichstellung der Geschlechter ein. Der Druck des Kapitalismus schmiedete mit eiserner Macht die ausgebeuteten, unterdrückten Proletarier, Mann und Frau, zusammen, ihr Los und ihr Ziel waren die gleichen. Dieser Entwickelung sah man auf bürgerlicher Seite mit unverhohlenem Erstaunen und wachsender Angst zu. Bald sann man auf Gegenmittel, um der revolutionären Flut einen Damm entgegenzusetzen. Sie, die vorher mit faden Witzchen und geistlosen Zirkusspäßen den Schrei der Frauenwelt beantwortet hatten, wurden nun mit einem Male von dem Ernst der Situation überrascht. „Alle Frauen an Bord!" hieß es nun und eine fieberhafte Tätigkeit begann, um die bürgerlichen und nach ihrem Wunsche auch die proletarischen Frauen ihren reaktionären Zwecken dienstbar zu machen. Selbst die Zentrumspartei rief ihre schwarzen Kuttenmänner auf den Plan. Furcht vor dem sozialistischen Siegeszuge ist die Ursache des Eifers. In den Kreisen der glücklich Besitzenden findet der Kampf naturgemäß nur einen schwachen Widerhall. Die zarten, ästhetischen Damen brauchen keine politischen Rechte; Toiletten-, Vergnügungs- und Sensationsfragen füllen ihr Leben aus. Beim Bürgertum wirft die Frauenfrage schon höhere Wellen, da in diesen Kreisen bei den Frauen die Erwerbsarbeit schon eine wichtige Rolle spielt, was die Forderung nach Gleichberechtigung mit den Klassengenossen nach sich zieht. Die Interessen der Proletarierinnen sind für die Damen nicht so „brennend". Hat doch Fräulein Lischnewska, die sich selbst als „linksradikal" bezeichnet, sich unlängst gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts erklärt und nur eine „stufenweise" Einführung desselben gefordert; desgleichen hat sie dem neuen Vereinsgesetzentwurf zugestimmt. Auch die Herren Gerlach und Breitscheid schicken das Frauenwahlrecht immer wieder, aus „Zweckmäßigkeitsgründen" natürlich, zurück in die Großvaterstuhe und vertrösten, unter der Versicherung ihrer unerschütterlichen Sympathie, auf bessere Zeiten. „Wasch mir den Pelz und mach ihn nicht naß", kann man auch hier sagen. Nur die Sozialdemokratie geht zielbewußt und unbeirrt ihren Weg. Gleiches Recht für alles was Menschenantlitz trägt! Diese Losung zu verwirklichen, ist die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilhelmsruh. Donnerstag, den 27. Februar, 8½ Uhr, bei Barth: Vortrag. Genosse Schenk: „Die Stellung der Frau in alter und neuer Zeit".

Lese- und Diskutierklub „Heinrich Heine". Heute abend $8^1/_2$ Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8.

Lese- und Diskutierklub „Eintracht". Heute abend $8^1/_2$ Uhr bei Beerz, Goßlerstr. 10/11: Sitzung. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht". Heute abend $8^1/_2$ Uhr bei Zahl, Danziger Straße 93.

Lese- und Diskutierklubs „Südost". Heute abend $8^1/_2$ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58.

Vermischtes.

Schneestürme.

Große Schneemassen sind in der gestrigen Nacht im Riesengebirge und auch in den Tälern niedergegangen. Nach einer Meldung aus Hirschberg ist der Straßenbahnbetrieb eingestellt, sehr viele Telegraphen- und Telephonleitungen sind zerstört. In den Wäldern ist starker Schneebruch eingetreten. Es schneit ununterbrochen weiter.

Auch im Achenseegebiet und im Paznauntale herrschten, wie aus München gemeldet wird, in den letzten Tagen derartige Schneestürme, daß unter anderem der Ort Galtür fünf Tage lang infolge des Schneetreibens und der Lawinen von jeglichem Verkehr abgeschnitten war.

Aus Obenstdorf (Algäu) wird berichtet: Die letzten Tage brachten reichlichen Schneefall. Im kleinen Walsertale, wo sich im vorigen Jahre durch den Abgang der Ahornlawine vom Heuberg eine entsetzliche Lawinenkatastrophe ereignete, betrug die Höhe des Neuschnees bereits vor drei Tagen 1,15 Meter. Inzwischen hat es — teilweise unter Blitz und Donner — fast unaufhörlich weiter geschneit. Der Donner niedergehender größerer und kleinerer Lawinen erschüttert jetzt täglich die Luft in dem sonst so stillen Tale. Gestern ist die gefürchtete Ahornlawine am Heuberg unter Donnergetöse niedergegangen. Dank der im letzten Sommer und Herbst errichteten Schutzbauten erreichte die mächtige Schneelawine den Straßenkörper nicht.

Eröffnung der Oderschiffahrt. Die Oderschiffahrt ist, wie aus Breslau gemeldet wird, vorgestern wieder eröffnet worden.

Gesunkener Fischdampfer. Der in Boston (England) beheimatete Fischdampfer „Seal" ist, wie aus Hamburg berichtet wird, in der Nordsee infolge Schaftbruches gesunken. Die aus neun Mann bestehende Besatzung wurde im Rettungsboot treibend von einem englischen Dampfer aufgefunden und in Hamburg gelandet.

In den Alpen verschwunden. Aus Lausanne wird berichtet: Zwei Angestellte der Eidgenössischen Bank, der 24jährige Reichsdeutsche Otto Meyer und Arnold Böhm aus Bern, verließen am letzten Sonnabend um $9^1/_2$ Uhr abends Bex, um eine Skitour in die Waatländer Alpen zu unternehmen. Beide sind seither verschwunden. Die zur Aufsuchung ausgesandten Führer sind zurückgekehrt, ohne etwas ermittelt zu haben, werden aber nochmals abgehen.

Bahnunfall. Nach einer Meldung aus Wien entgleiste infolge eines Dammrutsches auf der Strecke Linz—Selztal ein Personenzug. Ein Passagier ist tot, drei wurden schwer und zwei leicht verletzt.

Hochwasser. Infolge rapiden Steigens der Moldau ist Prager Meldung zufolge Hochwasser eingetreten. Die Behörden trafen umfassende Maßregeln.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 1. März, abends 6 Uhr: Versammlung mit Frauen in der „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20. Vortrag des Stadtverordneten Waldeck Manasse über: „Vom Daseinskampf zur Daseinsfreude“. Nachdem: Geselliges Beisammensein und Tanz. Eintritt mit Garderobe und Tanz 20 Pf. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Friedrichshagen. Heute abend 8½ Uhr findet im Restaurant Wilhelmsbad ein Extrageselabend statt. Unter anderen Angelegenheiten soll auch die Agitationsarbeit zur bevorstehenden Gemeindewahl besprochen werden. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Lankwitz. Heute abend 8½ Uhr findet bei Rettger, Calandrellistraße 27/29, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag des Genossen Schütte über: „Georg Herwegh“ und Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevertreterwahl. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Achtung! Augen — links!

Unter den Linden. Zur Zeit der Hochflut. Hastend schiebt sich die Menge vorwärts. Nur an jeder Straßenkreuzung gibt es eine Stockung. Wagen auf Wagen, Droschken, Omnibusse, Automobile usw. rollen vorbei. Selbst die Linden werden förmlich zu eng für diesen Verkehr. Der Beobachter denkt: man müßte den Verkehr auf das notwendigste beschränken. Ablenken. Teilen. Aber der Beobachter denkt und die Polizei lenkt. Jedenfalls denkt sie nicht. Trupp auf Trupp kommen Soldaten dahermarschiert. Breite, unerbittliche Reihe Kolonnen. Alles weicht aus. Sogar die Wagen. Es ist, als ob die Wagen selbst fürchteten, von der bewaffneten Macht über den Haufen geworfen zu werden. Der Führer, bald ein Unteroffizier, bald ein Gefreiter, späht ängstlich umher — damit ihm nicht irgendwo in Berlin und Umgegend ein Offizier entgeht, dem man die „Ehrenbezeugung“ erweisen muß. Da ist schon wieder einer. Er schaut gar nicht hin, schämt sich offenbar ein wenig des Auftritts, der sich gleich ereignen soll. Schon geht es los: Achtung! — Augen links! Der Gefreite schreit es mit einer Stimme, wie ein königlich preußischer Heldenschauspieler. Die Köpfe fliegen links herum, die Beine in die Luft. Und dann hauen diese Beine auf das Asphaltpflaster herunter, auf das teuere Asphaltpflaster, daß sich das Niveau der Straße um einen halben Zentimeter senkt. Ein Teil des Publikums, besonders allerlei Damen, lächelt auf eine seltsame, stolze Weise. Denkt bei sich jedenfalls: Ja ja, so etwas kann man doch nur in Deutschland! Wie das klappt und tappt!

Ein mittelgroßer Mann ist stehen geblieben, sieht den Soldaten verwundert nach. Dann grinst er. Am Gesicht erkennt man deutlich den Slaven. Offenbar ein Russe, der hier studiert. Er scheint sich lebhaft zu amüsieren über das Schauspiel. Ein paar deutsche Studenten sehen ihn grollend, verächtlich an. Was weiß auch dieser Mann aus dem Barbarenlande von preußischer Kultur! Was weiß er vom Stechschritt und seiner Bedeutung für die Entwickelung des Geisteslebens! Ist es nicht der Parademarsch, wie ihn Friedrich II. und sein Vater üben ließen, dem wir letzten Endes das Aufblühen der deutschen Literatur, dem wir Schiller, Goethe usw. zu verdanken haben? Mann aus Rußland, gehen Sie in den Hörsaal eines preußischen Historikers! Dann werden Sie bald verstehen, warum die Soldaten den Asphaltboden mit Fußtritten bearbeiten, wenn sie einen Offizier gewahr werden.

Dann werden Sie auch nicht mehr lachen über den Soldaten, der schräg gegenüber der Hofoper auf einem eigens hergerichteten Sockel steht, in vorschriftsmäßiger preußischer Denkmalspose, und nach Epaulettes ausspäht, um die ganze Wache zu alarmieren. Sie werden nicht mehr lachen bei der Ablösung dieser Wache, wenn ein Musikkorps heranrückt unter marschmäßiger Abspielung einer Melodie, die zum Marschieren etwa so geeignet ist, wie „Heil Dir im Siegerkranz“ zum Polkatanzen. Glücklich der Komponist, der sich verbrennen ließ! Er braucht sich nicht im Grabe umzudrehen.

Mann aus Rußland, wenn Sie erst ein halbes Jahr in Berlin gelebt haben, werden Sie nicht mehr lächeln über das preußische Militär. Sie werden auch nicht mehr unpassende Betrachtungen anstellen über Schutzmannsbäuche und Schutzmannsbräuche. Sie werden lernen, daß der preußische Schutzmann eine militärische Einrichtung ist — zum Kampfe gegen den „inneren“ Feind. Und daß der preußische Staat gegebenenfalls ein Polizei-Organ ist — zum Kampfe gegen den inneren Feind. Sie werden sehen, wie das Wort „Achtung! — Augen links!“ eigentlich gemeint ist. Die Berliner Polizei lebt überhaupt nur noch nach diesem Kommando: „Augen links!“

Schon rüstet sie sich für den 15. März. Ein Spaßvogel hat verraten, daß an diesem Tage wieder und diesmal gründlich Revolution gemacht werden soll. „Sämtliche Berliner Schutzleute sollen an diesem Tage umgebracht werden“ — erzählte dieser Tage in einer Zehlendorfer Heilanstalt ein — Berliner Schutzmann.

Wir können die Nachricht noch dahin ergänzen, daß die Berliner Polizei sich nach Petersburg gewandt und daß man dort bereitwilligst Unterstützung in jedem gewünschten Maße zugesagt hat: Zwei Regimenter Kosaken sind bereits unterwegs. Und sie üben auf dem ganzen Marsche ununterbrochen: „Achtung! Augen — links!“

In dichten Nebel war gestern seit den frühen Morgenstunden unsere Haupt- und Residenzstadt eingehüllt, ein Nebel, wie ihn sonst nur England, das typische Land des Nebels, kennt. Die meisten Straßenbahnwagen fuhren mit eingeschaltetem Licht, und die Klingelzeichen ertönten fortwährend, da die Führer der Wagen kaum drei Schritte vor dem letzteren etwas erkennen konnten. Auch die Droschken und anderen Fahrzeuge fuhren meist mit angezündetem Licht in den Laternen. Alle Fahrzeuge mußten sich auf eine mäßige Fahrgeschwindigkeit beschränken, da sie jeden Augenblick Gefahr liefen, mit einem anderen Wagen zu kollidieren.

Vom Bau der Untergrundbahn wird uns gemeldet: Auf der Strecke Wilhelmsplatz-Hausvoigteiplatz wird fleißig am inneren Ausbau des Tunnels gearbeitet. Von den drei eisernen Brücken, die in die Tunnelsohle zum Schutze der sich kreuzenden Bahnen eingefügt worden, sind die im Zuge der Markgrafen- und Charlottenstraße liegenden am weitesten vorgeschritten. Die 22 Meter lange Brücke, welche gegenwärtig unter der Kreuzung der Friedrich- und Mohrenstraße montiert wird, besteht aus vier schweren Eisenträgern; ihre Konstruktion ist, mit Rücksicht auf die städtischerseits geplante Nord-Südlinie durch die Friedrichstraße, so eingerichtet, daß die Fahrgäste von der einen auf die andere Bahn übergehen können, ohne erst zur Straße emporsteigen zu müssen. Der Bahnhof der Linie Potsdamerplatz-Spittelmarkt liegt zwischen den Baufluchten der Mohrenstraße und zwar werden die westlichen Zugangstreppen an der Friedrichstraße, die östlichen jenseits der Charlottenstraße angeordnet. In der Niederwallstraße wird die Tunneldecke fertiggestellt. Am Spittelmarkt hat die Verlegung von Kanalisationsleitungen die Arbeiten aufgehalten; jetzt sind auf dem Grundstück an der Ecke der Niederwallstraße die Eisenträger eingerammt worden, zwischen denen später die Spundwände eingezogen werden. Die Wasserhaltung wird gegenwärtig installiert; immerhin werden noch einige Wochen vergehen, ehe hier mit den Erdarbeiten zur Verbreiterung der Baugrube begonnen werden kann. Danach erst kann das fehlende Tunnelstück in Angriff genommen werden.

Das Hochwasser der Spree hat in diesem Jahre ungewöhnlich zeitig eingesetzt und der Wasserstand übersteigt schon jetzt den mittleren Hochwasserstand des Frühjahrs um 4 Zentimeter. Dabei wird noch fortgesetzt aus den oberen Gebieten weiteres Steigen gemeldet und es ist deswegen zu befürchten, daß das Hochwasser bald zu unangenehmen Störungen Veranlassung geben wird. Auf Charlottenburger und Spandauer Gebiet sind weite Flächen überschwemmt und das Laubengelände an der Jungfernheide steht ebenfalls unter Wasser. Die in jener Gegend belegenen Pferdeerholungsheime gleichen streckenweise rauschenden Seeen. Gleichzeitig mit dem Wasserstande der Spree ist auch das Grundwasser gestiegen, so daß es vielfach zutage tritt und zahlreiche Kellereien in der Nähe der Spree unter Wasser gesetzt sind. Auch die Havel zeigt einen wesentlich erhöhten Wasserstand und ist in den Niederungen des westhavelländischen Kreises aus den Ufern getreten. Gleichzeitig wird auch Hochwasser von der Elbe und Oder gemeldet. Das Elbwasser reicht stellenweise bereits bis zu beiden Deichen. Bei Dresden ist der Wasserstand 90 Zentimeter über normal. Auch die Oder ist vielfach aus ihren Ufern getreten und hat beispielsweise bei Schwedt die Waldungen überschwemmt, so daß das Wild in den Dörfern Zuflucht sucht.

Trotz des hohen Wasserstandes ist die Schiffahrt zwischen Stettin und Berlin auf der Oder aufgenommen worden. Am Sonnabend ist die erste Stettiner Zille in Frankfurt a. O. eingetroffen. Allerdings wird die Schiffahrt dadurch behindert, daß die im Umbau befindliche Wernsdorfer Schleuse noch nicht eröffnet ist. Ihre Freigabe wird am 1. März erfolgen. Vor der Schleuse haben Hunderte von Zillen festgelegt, die in endlosen Doppelreihen, auf Durchfahrt wartend, bis Schmöckwitz verankert liegen.

Das Mädchen für alles. Wegen der Jagd nach zwei Einbrechern wurde in der letzten Nacht die Feuerwehr alarmiert. Auf dem Boden des Hauses Niederwallstr. 14 waren zwei Männer von Hausbewohnern nachts gegen 12 Uhr bei einem Einbruch überrascht worden. Von der herbeigeholten Polizei und den Hausbewohnern verfolgt, flüchteten die Beiden auf das Dach und von dort über mehrere Dächer. Einer von den Verfolgern kam auf den Einfall, die Feuerwehr zu alarmieren. Im Verein mit der Polizei wurden die Flüchtigen gestellt und festgenommen. Sie legten sich anfänglich aufs Leugnen, später bequemten sie sich aber zu einem Geständnis.

Das Brandenburger Tor und die Straßenbahn.

An der Umgestaltung des Pariser Platzes und des Brandenburger Tores hat vor allem die Große Berliner ein erhebliches Interesse, weil die Aenderungen in einem sehr engen Zusammenhang mit ihren Plänen stehen. Die „Große“ soll sogar bereit sein, die Kosten für diese Umgestaltung zu übernehmen; sie hofft dadurch, daß sie sich zur Aenderung des Platzes usw. bereit erklärt, die Tunnel-Linie mit allem Drum und Dran durchzudrücken.

Zu diesem Gegenstand läßt sich das „Berliner Tageblatt“ wie folgt aus:

„Nachdem der Kaiser das Ihnesche Modell zur Umgestaltung des Pariser Platzes besichtigt hat, hat diese seit Jahren erörterte Frage einen ernsteren Charakter angenommen. Das Preisausschreiben der Akademie des Bauwesens, das vor einem Jahre die Diskussion über die Zukunft des Brandenburger Tores wachrief, trug einen rein akademischen Charakter, und trotzdem die preisgekrönten Entwürfe des Professors Bruno Möhring und der Architekten Reimer und Körte die Geschlossenheit des Pariser Platzes durchaus wahrten, scheinen sie den Wünschen des Kaisers nicht entsprochen zu haben. Es ist bemerkenswert, daß der Wettbewerb in allererster Reihe von den bekannten Untertunnelungsplänen der Großen Berliner Straßenbahnen ausging und die Niederlegung der Strackschen Häuser rechts und links vom Brandenburger Tor als eine notwendige Folge dieser Projekte ansah. In allen 67 Konkurrenzentwürfen ist auf die unterirdische kreisförmige Straßenbahn Rücksicht genommen worden, und schon damals war das Interesse, das die Große Berliner an den Entwürfen nehmen mußte, unverkennbar. Dieses Interesse ist inzwischen mit dem Fortschreiten der Tunnelprojekte gewachsen, und wenn die Gesellschaft auch noch keine Beschlüsse über die Niederlegung der alten Häuser gefaßt hat und auch noch nicht gefaßt haben kann, so ist doch zu erwarten, daß die Straßenbahn, wenn sie den Tunnel bauen darf, auch bereit sein wird, die Umgestaltung der westlichen Abschlußwand des Pariser Platzes in die Hand zu nehmen. Dafür spricht auch ein analoger Fall aus der jüngsten Vergangenheit. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß die Große Berliner vor einigen Jahren um einer viel geringeren Ursache willen dem Staat eine „kleine Gefälligkeit“ erwies. Für die Genehmigung, um den Großen Stern im Tiergarten die Straßenbahnlinien mit Oberleitung statt der unpraktischen Unterleitung herumzuführen, schmückte die Straßenbahngesellschaft den Großen Stern für einige hunderttausend Mark mit den bekannten Jagdgruppen. Und so wird sie wohl auch die vom Kaiser befürwortete Umgestaltung des Pariser Platzes für den Fiskus ausführen lassen. Denn die Straßenbahn dürfte nicht abgeneigt sein, zu den 85 Millionen, die für die Ausführung ihrer Tunnelprojekte notwendig sind, auch die Kosten für die Platzumgestaltung hinzuzurechnen. — Als eine Art Gegenleistung für den Bau des Nordtunnels unter dem Brandenburger Tor und den Linden hat die Straßenbahn genau wie bei dem Südtunnel durch die Potsdamer und Leipziger Straße bekanntlich bei den städtischen Behörden eine 90jährige Konzessionsverlängerung nachgesucht, ein Verlangen, das bisher von der Stadt Berlin nicht erfüllt worden ist.“

Was das „Berliner Tageblatt“ zur Kennzeichnung der Politik der „Großen Berliner“ hier sagt, ist im großen und ganzen sehr richtig, nur ist es dann nicht zu verstehen, daß es sich durch Verbreitung von im Interesse dieser privaten Erwerbsgesellschaft abgefaßten Notizen zum Schleppenträger dieser Monopolgesellschaft macht.

Das Ende der alten Treptow-Sternwarte. Die Tage der alten Treptow-Sternwarte sind gezählt. Mit dem Abriß der alten Baulichkeiten soll, wie berichtet wird, bereits Mitte nächster Woche begonnen werden. Von Donnerstag an geht der Umzug nach dem provisorischen Gebäude der Stadt Berlin, gegenüber der jetzigen Treptower Sternwarte, vor sich. Bis anfangs nächster Woche glaubt man die Bibliothek, das astronomische Museum, das photographische Laboratorium und die mannigfaltigen Sammlungen von Meteorsteinen usw. aus den alten Räumen entfernt zu haben. Nachdem der Umzug vollendet ist, werden sofort die Abrißarbeiten in Angriff genommen. Die neue Sternwarte ersteht auf demselben Terrain wie die alte. Das große Fernrohr bleibt von dem ganzen Umbau unberührt. Es ist bereits ein neuer Zugang geschaffen worden, damit in den Beobachtungen keine Unterbrechung eintritt. Die Vorträge finden während der Baugeit in der Restauranthalle, Treptower Chaussee 20/21, statt. Der Neubau der Sternwarte erwies sich als dringend notwendig. Wegen des geringen Fassungsraumes des alten Hörsaales — er ist nur für 200 Personen eingerichtet — ist es nicht selten vorgekommen, daß Direktor Archenhold an Sonntagen denselben Vortrag fünfmal halten mußte. Im ganzen wurden 200 000 Personen gezählt, die im alten Hörsaal Vorträge hörten. Für den neuen Hörsaal sind 500 Sitzplätze vorgesehen. Bis Mitte April dürften die Fundamentierungsarbeiten zum Neubau soweit gediehen sein, daß die Grundsteinlegung erfolgen kann.

Ein Zusammenstoß des Automobils des Grafen Hülsen-Haeseler mit einem Straßenbahnwagen der T-Linie an der Charlottenburger Brücke fand gestern vormittag statt. In schneller Gangart hatte das Automobil, das den 12jährigen Sohn des Grafen, Botho, zum Kaiserin-Augusta-Gymnasium in der Cauerstraße nach Charlottenburg bringen sollte, von Berlin her die Brücke passiert, als im dichten Nebel ein Brauerwagen ihm den Weg versperrte. Der Chauffeur sah sich gezwungen, auf die Schienen der Straßenbahn auszubiegen. Da erfolgte plötzlich ein Zusammenstoß mit einem daherkommenden T-Wagen, durch den das Auto fast vollständig zertrümmert und der junge Graf durch die aufspringende Tür auf das Straßenpflaster geworfen und am Kopf verletzt wurde.

Das Spielen mit Streichhölzern hat wieder einen schweren Unfall herbeigeführt. Am Montagvormittag entfernte sich die Arbeiterfrau Franziska M. aus ihrer im vierten Stockwerk des Quergebäudes Gubener Straße 33 belegenen Wohnung und ließ ihr vierjähriges Pflegekind Georg Lindner allein zurück. Dieses benutzte die Gelegenheit, um mit den leicht erreichbaren Streichhölzern zu spielen. Dabei setzte es einen in der Küche nahe dem Fenster stehenden Korb mit schmutziger Wäsche in Brand. Infolge der starken Rauchentwickelung wurde der zufällig im Hause anwesende Rangiermeister Paul Trautmann aus Rummelsburg aufmerksam, benachrichtigte den Hauswirt, der die Wohnungstür öffnete und drang in die qualmerfüllte Küche, wo der Knabe bewußtlos am Boden lag. In der frischen Luft kam das Kind zwar bald wieder zur Besinnung, doch stellte man auf der Unfallstation in der Warschauer Straße schwere Rauchvergiftung fest, die die Ueberführung des Verunglückten nach dem Krankenhause Am Friedrichshain notwendig machte.

Dienstbotenqual. Im Hause Holzmarktstraße 9 erscholl gestern abend in der achten Stunde jämmerliches Geschrei. Es kam aus der Wohnung des Tapezierermeisters Meyer und währte länger als eine Stunde. Endlich gingen zwei Mitbewohner des Hauses zur Polizei und gaben dort ihrer Meinung Ausdruck, daß dem Meyerschen Dienstmädchen ein Leid zugefügt werde. Der diensttuende Wachtmeister hatte zuerst keine Lust, sich in die Angelegenheit zu mischen; er stellte unter anderem die Frage: „Hat sie denn schon Hülfe geschrien?“ — — Schließlich aber wurde doch ein Schutzmann mitgeschickt und das Mädchen in die Obhut der Polizei genommen. — Wir beschränken uns für heute darauf, diese nackte Tatsachenmitteilung sprechen zu lassen.

Aus dem Fenster gesprungen. Montag abend sprang die 17 Jahre alte Arbeiterin Hedwig W., in der Marxstraße bei ihren Eltern wohnhaft, aus einem Fenster der Schokoladenfabrik von Gebr. St. in der Chausseestraße drei Stockwerke tief hinab und blieb mit einer schweren Gehirnerschütterung und einem komplizierten Bruch des rechten Unterschenkels bewußtlos liegen. Ein hinzugezogener Arzt leistete der Lebensmüden die erste Hülfe und ließ sie nach dem Lazarus-Krankenhause transportieren.

Dachstuhlbrände. Am Montag hatte die Feuerwehr in der Weißenburger Straße 1 und Kastanienallee 24 zwei große Dachstuhlbrände zu löschen, die anscheinend auf Brandstiftung zurückzuführen sind. Am Dienstag mußten abermals zwei Dachstuhlbrände, und zwar in der Wassertorstr. 1/2, Ecke Louisenufer und Moritzstr. 23, Ecke Prinzenstraße von der Feuerwehr gelöscht werden. Auch diese beiden Brände müssen nach dem Befund auf Brandstiftung zurückgeführt werden. Der Dachstuhl des Eckhauses Wassertorstraße 1/2 stand mittags in großer Ausdehnung in Flammen. Weithin waren die Flammen sichtbar. Brandinspektor Teubner ließ über die Treppen und mehrere mechanische Leitern vorgehen und kräftig von mehreren Dampfspritzen Wasser geben. Bei der Ausdehnung des Feuers konnte es aber nicht verhindert werden, daß ein großer Teil des Dachstuhls mit dem Inhalt der Bodenverschläge niederbrannte. Der zweite Brand in der Moritzstraße 23 konnte schneller gelöscht werden.

Krankenkassenbuch, Arbeitsbuch und Invalidenkarte hat gestern morgen in der Pankstraße eine Arbeiterin auf dem Wege zur Arbeit verloren. Der eventuelle Finder wird gebeten, die Gegenstände bei Berger, Kolonieſtr. 122, 2. Hof, Quergebäude 3 Tr., abzugeben.

Der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein (Mitglied des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“) hält am Sonnabend, den 29. Februar 1908 ein „Oberbayerisches Gebirgsfest“ in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108—114, ab. Billetts à 50 Pf. sind bei den Mitgliedern zu haben. Anfang 8½ Uhr.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Steglitz.

Die Beschränkung der Wahlzeit fällt erfreulicherweise nicht dem Gemeindevorstand, sondern der „Stegl. Ztg.“ zur Last, die in einer Lokalnotiz die falsche Angabe gemacht hatte. Allerdings trägt auch der Gemeindevorstand insofern einen Teil der Schuld an der Beunruhigung der Wähler, als er erst am Sonnabend, dem äußersten gesetzlichen Termin, die Bekanntmachung veröffentlichen ließ, die sich bereits seit Dienstag in der Druckerei befand. Wie sich aus der Bekanntmachung ergibt, scheiden aus der dritten Klasse unser Genosse Schellhase sowie die Mietervereinler Weinhausen und Gädke aus. Von den zu wählenden Ersatzmännern entfallen auf den ersten Bezirk ein Hausbesitzer und ein Mieter, während der zweite Bezirk nur einen Vertreter zu wählen hat, der Hausbesitzer sein muß. **Beide Bezirke wählen am Montag, den 2. März, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags und von 5 bis 8 Uhr abends.** Das Wahllokal für den ersten Bezirk ist der „Albrechtshof“; hier wählen alle Wähler, die nordwestlich der Eisenbahn (Schloß- und Nebenstraßen) wohnen, jedoch mit Ausnahme von Schloßstr. 60—85, Kuhligkshof, Bahnhof 1 und 2, Lichterfelder Chaussee und Albrechtstraße. Diese von dem Bezirk abgezweigten Wähler gehören zum zweiten Bezirk, der den ganzen jenseits der Bahn gelegenen Ortsteil umfaßt mit dem Wahllokal „Turnhalle des Gymnasiums“ in der Heesestraße (Eingang Südendstraße). Wie früher, werden auch diesmal den eingeschriebenen Wählern Ausweiskarten vom Gemeindevorstande zugestellt. Diese sind sorgfältig aufzubewahren und bei der Wahl vorzuzeigen. Wer eine solche Karte nicht erhält oder sie mitzubringen vergißt, muß nicht nur für einen anderweiten Ausweis sorgen, sondern muß sich auch eine Zurückstellung hinter die mit Karten versehenen Wähler gefallen lassen. Wir empfehlen unseren Wählern dringend, die Karten sorgfältig aufzubewahren. Aber auch die mündliche Agitation in Freundes- und Bekanntenkreisen dürfen unsere Genossen nicht versäumen. Nur wenige Tage stehen uns zur Verfügung, darum tue ein jeder seine Pflicht, damit am 2. März unsere Kandidaten Schellhase und

Aßmann im ersten und Richard Krug im zweiten Bezirk den Sieg davontragen.

Herzfelde.

Die Agitation für die bevorstehenden Gemeindewahlen wurde mit einer im Lokale von Schuker stattgefundenen öffentlichen Kommunalwählerversammlung eingeleitet, in der Genosse Freiwaldt-Pankow über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Kommune referierte. Nach den lehrreichen Ausführungen wurde als Kandidat für die dritte Klasse Genosse Karl Schröder aufgestellt. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Versammelten, bis zum Tage der Wahl ihre Kraft in den Dienst der Agitation für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stellen.

Schöneberg.

Stadtverordnetenversammlung.

Ein Antrag der liberalen Fraktion verlangt, daß vom Magistrat Schritte unternommen werden, um in Verbindung mit Berlin und Vororten geeignete Maßregeln zu ergreifen für die Erhaltung der Wälder rings um Berlin, insbesondere für die Erhaltung der Seenkette im Grunewald und für die möglichste Freihaltung der Seen und Havelufer von der Bebauung. Der Antrag wurde in längeren Ausführungen vom Stadtv. Betekamp (Lib. Fr.) begründet. Seiner Meinung nach müsse die Frage gelöst werden, auch wenn sie noch so schwierig sein sollte. Im Interesse der Volksgesundheit hätte auch der Staat alle Veranlassung, diesem Vorgehen keine Hindernisse in den Weg zu legen. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Angenommen wurde sodann ein Antrag, daß der Magistrat die Einrichtung einer Feuerwache im Friedenauer Ortsteil in Erwägung ziehen soll.

Ein weiterer Antrag verlangt die Veranstaltung einer Feier anläßlich des zehnjährigen Jubiläums der Stadtwerdung Schönebergs. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, ein Buch über die Geschichte Schönebergs herauszugeben und in den Schulen zu verteilen in Verbindung mit besonderen Feierlichkeiten, während andererseits davon abgeraten wurde, auf Kosten der Stadt Feierlichkeiten zu veranstalten. Das Würdigste, das man tun könnte, wäre, der Deputation für Wohlfahrtspflege 250 000 M. zur Verfügung zu stellen. — Beschlossen wurde, eine gemeinsame Deputation von 8 Stadtverordneten und 4 Magistratsmitgliedern zu dem Zweck einzusetzen. Die gemachten Anregungen werden dieser Deputation überwiesen.

An einen Ausschuß gelangte der von mehreren Mitgliedern gestellte Antrag betreffend Errichtung einer Baugewerkschule in Schöneberg. Die Antragsteller stützten sich bei der Begründung des Antrages auf einen Ausspruch des Oberbürgermeisters, wonach man in Schöneberg derartige Schulen nur baue, um kräftige Steuerzahler heranzuziehen.

Für Reparatur und Umbau der mechanischen Leiter des Automobil-Löschzuges werden 12 000 M. bewilligt. Bekanntlich war diese Leiter im August 1906 gelegentlich einer Uebungsfahrt umgestürzt und schwer beschädigt, wobei auch ein Feuerwehrmann sein Leben einbüßen mußte.

Ueber die in der Zeit vom 1. April 1906 bis 31. März 1907 ausgeführten Desinfektionen ist der Versammlung vom Magistrat ein Bericht und ein namentliches Verzeichnis zugegangen. Es fanden 712 Desinfektionen statt gegen 439 im vorhergehenden Jahre. Die Kosten belaufen sich auf 12 952 M., denen eine Einnahme von 738 M. gegenübersteht, so daß ein Zuschuß von 12 214 M. erforderlich wurde.

Stadtv. Dr. Friedemann (Lib. Fr.) protestiert ganz entschieden dagegen, daß der Stadtverordnetenversammlung ein namentliches Verzeichnis der ausgeführten Desinfektionen vorgelegt wird, noch dazu, wo sich darunter Desinfektionen befinden, die wegen Geschlechtskrankheiten ausgeführt wurden.

Es wird beschlossen, das namentliche Verzeichnis der ausgeführten Desinfektionen in Zukunft nur dem Referenten des Rechnungsausschusses vorzulegen.

Eine längere Debatte ruft der Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vorlage betreffend den Rathaus-Neubau hervor. Der Ausschuß hat beschlossen, kein öffentliches Preisausschreiben zu erlassen, sondern mit der Ausarbeitung des Entwurfes die Hochbaudeputation zu betrauen. Der Berichterstatter des Ausschusses war der Meinung, daß der städtische Baurat den Beweis erbracht habe, daß er der geeignete Mann zur Ausführung des Projektes sei.

Stadtv. Kutznitzky wandte sich gegen den Beschluß des Ausschusses und verlangte eine öffentliche Ausschreibung. Er übte eine scharfe Kritik an den vorgelegten Entwurf. Der Oberbürgermeister und alle übrigen Redner traten für den Beschluß des Ausschusses ein, mit dem sich dann auch die Versammlung einverstanden erklärte.

Angenommen wird sodann auch der Antrag des Ausschusses betreffend den neuanzulegenden Stadtpark. Der Stadtpark soll nach dem vorgelegten Entwurf ausgeführt werden. Die Kosten belaufen sich auf 785 000 M. Die Stadtparkarbeiten sind, falls ein Bauvertrag betreffend die Untergrundbahn Rollendorfplatz—Hauptstraße abgeschlossen wird, so einzurichten, daß sie mit den Ausschachtungsarbeiten für die projektierte Untergrundbahn verbunden werden können.

Die Vorlage betreffend Anlegung eines zweiten städtischen Friedhofes im Südostgelände wird einem Ausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Volksbücherei und Lesehalle. Die Einnahmen sind auf 960 M. und die Ausgaben auf 28 886 M. festgesetzt. Neu eingesetzt wird eine Summe von 250 M. für Auslegung von Tageszeitungen. Von der sozialdemokratischen Fraktion war weiter beantragt worden, das Anfangsgehalt der Büchereidiener von 1250 auf 1460 M. zu erhöhen. Der Antrag wurde schließlich mit einer Stimme Majorität angenommen.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung werden vertagt. In nichtöffentlicher Sitzung beschäftigt man sich mit der Wahl von drei unbesoldeten Stadträten.

Rixdorf.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit.

Trotz der mangelhaften Bekanntmachung des hiesigen Magistrats in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben sich doch noch 651 Arbeitslose im städtischen Arbeitsnachweise gemeldet. Unter diesen befinden sich 485 ungelernte und 166 gelernte Arbeiter. Die letzteren rekrutieren sich aus 43 verschiedenen Berufen. Von den sich Meldenden waren 442 verheiratet und 209 unverheiratet. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei einem über ein Jahr, bei 2 über 9 Monate, bei 4 über 7 Monate, bei 20 über 6 Monate, bei 38 über 5 Monate, bei 61 über 4 Monate, bei 105 über 3 Monate, bei 198 über 2 Monate, bei 106 über einen Monat, bei 43 über 3 Wochen, bei 42 über 2 Wochen, bei 38 über eine Woche. Leider hat der Magistrat nur einem kleinen Teile Gelegenheit zur Arbeit bieten können. Es sind im ganzen nur 174 Arbeiter eingestellt worden und zwar 61 bei der Straßenreinigung, 50 beim Hochbauamt und 63 beim Tiefbauamt. 477 Arbeitslosen, welche sich gemeldet hatten, konnte also auch dieser schmale Verdienst nicht geboten werden.

Wäre die Bekanntgabe des Magistrats eine wirksamere gewesen, so hätten sich sicher ganz bedeutend mehr Arbeitslose gemeldet. Immerhin beweisen die vorliegenden Zahlen, wie groß die Arbeitslosigkeit und die daraus entstehende Not auch in Rixdorf ist.

Ein Teil der bürgerlichen Vertreter gibt sich zwar redlich Mühe, die außergewöhnliche Arbeitslosigkeit hinweg zu disputieren, jedoch vergebens: Die wirklichen Verhältnisse reden eine gar zu deutliche Sprache. Uebrigens sorgen unsere Genossen im Stadtparlament dafür, daß man nicht über diese Dinge hinwegsehen kann.

Einbrecher im Sportluftbad. Das vom Verein für Licht- und Luftbäder erbaute Sportluftbad ist in der vergangenen Woche von Einbrechern heimgesucht worden. Besonderes Augenmerk hatten sie auf Messinggegenstände gerichtet: zwei Messingbrausen, Messingmuttern, zwei Glocken, eine Messinglampe usw., sogar zwei Faustbälle nahmen die Spitzbuben mit und demolierten die in den Zellen befindlichen Kästen und Badewäsche; ein langes Tau zum Tauziehen ließen sie nachher als zu schlecht transportabel liegen. Der Diebstahl ist um so nichtswürdiger, als es sich um eine unter besonderen Geldopfern geschaffene gemeinnützige Einrichtung handelt. Vielleicht führen die beiden Faustbälle (einer mit Leinewand, der andere mit Leder bezogen) auf die Spur der Einbrecher.

Charlottenburg.

Zwei Zusammenstöße zwischen Automobilen und Straßenbahnwagen fanden vorgestern an der Charlottenburger Brücke statt. Gegen 1 Uhr mittags bog ein Privatautomobil, vom Salzufer kommend, unmittelbar vor dem Straßenbahnwagen Nr. 283 der Linie N auf die Charlottenburger Brücke. Der Führer des Motorwagens versuchte vergeblich, den Zusammenstoß zu vermeiden. Der Anprall erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Automobil zertrümmert wurde. Die in dem Kraftwagen sitzende Eigentümerin des Autos, die in der Berlinerstraße 166 wohnende Frau Wendt, erlitt durch Glassplitter Verletzungen im Gesicht und mußte die Hilfe der Unfallstation in Anspruch nehmen. — Kurze Zeit darauf fuhr das Privatautomobil Nr. 4162, vom Brandenburger Tor kommend, gegen den in entgegengesetzter Richtung fahrenden Straßenbahnzug Nr. 265 der Richtung T. Bei dem Anprall wurde die Vorderplattform des Motorwagens eingedrückt, das Vorderteil des Automobils beschädigt und das Hinterrad gebrochen. Personen wurden glücklicherweise nicht beschädigt.

Die städtischen Arbeiter hatten sich am Freitag, den 21. d. Mts., im großen Saale des Volkshauses zahlreich versammelt, um zu der bereits vor einem Jahre beim Magistrat beantragten Arbeitsordnung Stellung zu nehmen. Der Referent, Kollege Schulz, verwies auf die Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung in Rixdorf sowie auf die Anerkennung der generellen Arbeitsverhältnisse und Einsetzung einer Magistratskommission in Berlin. Nur die sozialpolitisch angehauchte Stadtverwaltung Charlottenburgs habe die eingereichten Anträge der Arbeiter nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter einer Besserung bedürfen, zeigte Redner an mannigfachen Beispielen.

Die Arbeitszeit ist noch in der Regel die zehnstündige. Der Arbeitslohn wird als Stundenlohn und nicht, wie von sozialen Gesichtspunkten zu verlangen, als Wochenlohn gewährt. Auch ist der geforderte Minimallohn von 4 M. nicht einmal generelle Bestimmung. Die Bezahlung jeder angefangenen Ueberstunde mit einem prozentualen Zuschlag muß erst noch durchgeführt werden. Auch die sozialen Einrichtungen, die bezüglich des Urlaubs und der Lohnzuschußzahlung in Krankheitsfällen annehmbare Verhältnisse schaffen, lassen aber in der Frage der Gewährung des Ruhegeldes jeden Fortschritt vermissen. Von der notwendigen Erhöhung des Mindestruhegeldes von fünfzehn Sechzigstel auf zwanzig Sechzigstel des Lohneinkommens ist nichts zu spüren. Um so berechtigter ist diese Forderung, als den Arbeitern bei Gewährung von Ruhegeld die ganz Invalidenrente abgezogen wird. Mit dem Mahnwort, die Durchführung der aufgestellten Anträge selbst durch die Macht einer einheitlichen starken Organisation zu beschleunigen, schloß der Referent seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Die Diskussionsredner betonten besonders die Notwendigkeit der beantragten Verbesserungen und sprachen sich sämtlich im Sinne des Referenten aus. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute im großen Saale des Volkshauses zahlreich versammelten städtischen Arbeiter haben mit Befremden Kenntnis genommen, daß der am 22. Februar vorigen Jahres dem Magistrat übermittelte Entwurf einer allgemeinen Arbeitsordnung bisher weder einer Antwort noch sonst einer Beratung gewürdigt wurde. Um so mehr muß diese wenig soziale Art der Behandlung von Anträgen der Arbeiterschaft Verwunderung erwecken, als die in der Allgemeinen Arbeitsordnung beantragten Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse in einer ganzen Anzahl von Gemeinden durchgeführt sind. Neben der notwendigen generellen Regelung und Verbesserung der Arbeitszeit und Lohnverhältnisse sind auch die Bestimmungen für die Gewährung von Ruhegeld einer Revision baldmöglichst zu unterziehen. Die Erhöhung des Mindestruhegeldes von fünfzehn Sechzigstel auf zwanzig Sechzigstel des Lohneinkommens, die Aenderung der Berechnungsweise, die Festsetzung eines Mindestruhegeldes von jährlich 600 M. sowie die Auszahlung der vollen Invalidenrente ist als dringend notwendig zu bezeichnen.

Die Versammelten beauftragen das Bureau der Versammlung, die Resolution sowie die Abänderungen für die Ruhegeldordnung dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium zu übermitteln. Sie drücken hierbei die Erwartung aus, daß umgehend über die im vorigen Jahre eingereichte Allgemeine Arbeitsordnung sowie die eingereichten Abänderungen der Ruhegeldordnung in Beratungen eingetreten wird.

In der Erkenntnis aber, daß nur durch eine starke wirtschaftliche Organisation Arbeiterforderungen durchgesetzt und Verschleppungspraktiken, wie die gekennzeichnete, hintangehalten werden können, verpflichten sich die Anwesenden zum Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter."

Die Freie Volksbühne Charlottenburg hielt vor einigen Tagen im Volkshause ihre ordentliche Generalversammlung ab, mit welcher das dritte Geschäftsjahr abschloß. Nach dem interessanten, mit Beifall aufgenommenen Vortrage von Ernst Kreowski: „Richard Wagners Kampf um die Kunst" erstattete der Vorsitzende Dr. Lindheimer den Jahresbericht:

Im abgelaufenen Jahre fanden sämtliche Vorstellungen im Schiller-Theater Charlottenburg statt. Die Vorstellungen sind technisch und künstlerisch auf ein höheres Niveau gehoben worden, und außerdem war die Vereinsleitung in der Lage, eine ganz andere Auswahl zu treffen als früher. Im Saale des Volkshauses veranstaltete der Verein einen Vortrag, einen Rezitations- und einen Kunstabend.

Die Monatsschrift konnte ein gefälligeres Aussehen erhalten. Zugleich ist ihr Umfang ein wenig erweitert worden.

Das Anhänglichkeitsverhältnis zum Volkshaus ist gewahrt und eine Abgabe von 250 M. entrichtet worden.

Das Gesamtbild ist das ersprießlicher Entwickelung. Die Ausdehnung nach außen, die zum Herbst 1907 einsetzte, ist allerdings infolge der hereinbrechenden ökonomischen Krise wieder stehen geblieben. Die innere Festigung, die schon am Ende des letzten Jahres zu merken war, hat sich gut bewährt und weiter vollzogen. Den Kassenbericht erteilte der Kassierer A. Wilk. Die Neuwahlen ergaben Wiederwahl aller Funktionäre, die sich bereit erklärten, weiter zu amtieren.

Wilmersdorf.

Die Revolverschießerei eines flüchtigen Fahrradmarders rief in der Brandenburgischen Straße große Aufregung hervor. In der Konstanzer Straße hatte ein Fahrradmarder ein dem Kaufmann Bersch aus Berlin gehöriges Zweirad gestohlen. Kaum hatte er sich auf die Maschine gesetzt, so erschien der Eigentümer wieder auf der Straße. Der Dieb jagte nun auf dem Rade davon. Mit dem Rufe „Haltet ihn!" stürmte ihm B. nach und bald hatte sich eine regelrechte Jagd nach dem Marder entwickelt. Die Situation wurde für den Flüchtling immer kritischer, und als er sah, daß ihm die Verfolger scharf auf den Fersen waren, zog er einen Revolver aus der Tasche hervor und gab vom Rade herunter mehrere Schüsse auf die ihm nachfolgenden Personen ab. In der Brandenburgischen Straße wurde einem Kutscher durch eine Revolverkugel der Mantel vollständig durchbohrt. Dem Revolverhelden gelang es, mit seiner Beute zu entkommen.

Wittenau-Borsigwalde.

Die letzte Gemeindevertretung nahm zur Zusammensetzung der Schuldeputation Stellung. In dieselbe sollen gewählt werden der Gemeindevorsteher, zwei Gemeindevertreter und zwei Pädagogen. Der Ankauf des Adamschen Grundstückes zum Preise von 160 000 M. wurde genehmigt. Angenommen wurden auch die Bedingungen für Lieferung von Elektrizität. Als bei der Beratung hierüber von unseren Genossen auf die lange Arbeitszeit der Angestellten des Elektrizitätswerkes hingewiesen wurde, entgegneten die Bürgerlichen, daß die 78stündige Arbeitszeit ja vorläufig nur ein Provisorium sei. Sollte sich dieselbe als zu lange erweisen, so würde Abhilfe geschaffen werden. Bei der kommenden Gemeindewahl haben die Arbeiter Gelegenheit, für die soziale Einsicht dieser Herren die Quittung auszustellen.

Bernau.

Ueber „Nationalökonomie" referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Knöschke. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. Die Maifeier wurde nachmittags im „Elysium" abzuhalten beschlossen. Als Delegierter zur Kreis-Generalversammlung und zur Generalversammlung Groß-Berlins wurde Genosse Krüger gewählt.

Nowawes.

Fabrikbrand. Die Deutsche Jutespinnerei und Weberei wurde gestern vormittag von einem Brande heimgesucht, der im Luftschacht auskam. Die freiwillige Wehr trat sofort in Tätigkeit und erhielt nach kurzer Zeit Unterstützung durch die Berufs- und freiwillige Feuerwehr aus Potsdam. Die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen konnten sich sämtlich in Sicherheit bringen, so daß Menschenleben nicht gefährdet waren. Die Ablöschungsarbeiten dauerten etwa eine Stunde. Das Feuer konnte auf seinen Herd beschränkt werden. Der Materialschaden ist erheblich.

Der Stationsname „Nowawes-Neuendorf" wird, wie die königl. Eisenbahndirektion Berlin bekannt macht, mit Gültigkeit vom 1. März d. J. ab in „Nowawes" geändert.

Spandau.

Ueber die Entstehung der Krise referierte in einer nach dem Ullrichschen Lokal einberufenen öffentlichen Versammlung der baugewerblichen Hilfsarbeiter Gauleiter Neuthaler. In der Diskussion streifte Genosse Pieper nochmals das Verhalten der bürgerlichen Parteien anläßlich der Arbeitslosendebatte in der Stadtverordnetenversammlung und betonte, daß sich zu wenig Arbeitslose bei der Polizeiverwaltung gemeldet hätten. Genosse Gospodar teilte hierauf mit, daß das Gewerkschaftskartell eine Arbeitslosenzählung vornehmen und das Material alsdann den Stadtverordneten überweisen werde. In der Debatte wurde noch erwähnt, daß von Arbeitsgelegenheit nicht die Rede sei. Beim Hafenbau würden vorwiegend Galizier beschäftigt. Es sei Pflicht der Kommune für Arbeitsgelegenheit Sorge zu tragen. Die Arbeitslosen hätten nicht um Arbeit zu bitten, sondern ein Recht, dieselbe zu fordern.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68—70 pr. 100 Pfd., IIa 62—67, IIIa 54—57. Bullenfleisch Ia 65—70, IIa 54—64. Kühe, fett 48—56, do. mager 36—44. Fresser 50—58. Bullen, dänische 51—63. Kalbfleisch, Doppellender 105—125, Mastkälber Ia 78—85, IIa 67—74, Kälber ger. gen. 45—60, do. holl. 45—50. Hammelfleisch Mastlämmer 73—75, Hammel Ia 67—69, IIa 59—64, ungar. 0,00, Schafe 44—57. Schweinefleisch 48—55. Rotwild Ia per Pfund 0,55—0,60, do. IIa 0,00. Damwild 0,50—0,60. Wildschweine IIa 0,30. Frischlinge 0,00. Kaninchen, groß, Stück 0,80—1,00, do. klein 0,00. Hasen, groß, plomb. per Stück 2,50—3,40. Wildenten per Stück 0,00. Fasanenhähne Ia junge 0,00. Fasanenhennen 0,00. Schneehühner Stück 0,90. Birkhähne Stück 1,60. Birkhennen Stck. 0,00. Haselhühner Stck. 0,90—1,00. Hühner, Ia per Stück 1,50—3,00, dito IIa 1,00—1,40. Hamburger Küken, Stück 1,00 bis 1,10. Poularden, deutsche, p. Pfd. 0,00. Tauben Stück 0,60—0,85, do. alte 0,60—0,63, do. italienische 1,00—1,05. Enten, per Stück 1,50—2,50, dito russische per Stück 0,00, dito Hamburger, per Stück 2,50—3,50. Gänse per Pfd. 0,45—0,50, do. jg. Hamb. per Pfd. 0,75—1,10, dito russische per Pfund 0,40—0,56. Puteln per Stück 0,90—1,20. Puten Ia p. Pfd. 0,80—1,05, do. IIa. 0,60—0,70. Hechte per 100 Pfund 76—90, do. klein 0,00, do. groß 0,00, do. groß-mittel 0,00. Zander, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. mittel 0,00. Schleie, groß 0,00, dito mittel 0,00, dito IIa 00—90. Aale, klein 0,00, do. mittel 0,00, do. groß 0,00. Karpfen 5—10er 0,00, do. 20—25er 70, do. 50er 60 bis 64, do. unf. 50—65. Plötzen, groß 60—63, do. 41—35. Aland 0,00. Quappen 0,00. Bleifische 0,00. Wels 64. Bunte Fische 38—51. Barse matt 75, do. 90. Bleie 40—50. Karauschen, matt 0,00. Winter-Rheinlachs, per 100 Pfund 0,00, Amerikanischer Lachs Ia, per 100 Pfund 110—130, do. IIa 90—100. Seelachs, per 100 Pfund 20—30. Flundern, Kieler, Stiege Ia 2—6, do. mittel, Kiste 0,00, do. Hamb. Silege 3—6, halbe Kiste 2—3, pomm. Ia Schock 0,00, IIa 0,00. Bücklinge, Kieler per Bund 0,00, schwedische 1,50, englische 3,00, Stralf. 3—4. Sprotten, Danziger, Kiste 0,60—0,70, do. Rügenwalder, Kiste 0,50—0,60. Aale, groß per Pfund 1,10—1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80. Heringe per Schock 5,00—9,00. Schellfische, Kitte 3,00—4,00, dito ½ Kiste 2,50—3,00. Sardellen, 1902er per Anker 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 85—90. Schottische Vollderinge 1905 0,00, large 40—44, full 33—40, med. 36—42, deutsche 30—40. Heringe, neue Matjes, per ¹/₁ To. 0,00. Sardinen, russ., Faß 1,50—1,60. Bratheringe Faß 1,20—1,40, do. Büchse (4 Liter) 1,40—1,70. Neunaugen, Schockfaß 8, do. kleine 4—5, do. Riesen- 10. Kreble per Schock 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 em 0,00, do. unsortiert 0,00, Galizier, groß 0,00. Seemuscheln 100 St. 1,00. Eier, Land-, unsortiert per Schock 3,50—4,00, do. große 4,00—4,50. Butter per 100 Pfd. Ia 136—141, IIa 129—137, IIIa 120—128, abfallende 115—120. Saure Gurken Schock 4,50. Essiggurken Schock 4,50. Kartoffeln per 100 Pfund Daberche 3,25—3,50, weiße runde 2,50—3,00, mag. bon. 2,75—3,25. Porree, per Schock 0,75—1,25. Meerrettich, Schock 8—16. Spinat per 100 Pfund 20—25. Sellerie, per Schock 3—6, do. pomm. 6—14. Zwiebeln per 100 Pfd. 4,00—5,00. Petersilie, grün, Schockbund 0,80—1,50. Rettich, bayrischer, per Stück 0,06—0,10, hiesiger, per Schock 0,00. Mohrrüben, 100 Pfund 2,50 bis 3,50. Karotten, per 100 Pfund 10—15. Wirsingkohl p. Schock 3—6, Rotkohl, Schock 2,10—3. Weißkohl p. 100 Pfd. 1,60—2,50. Blumenkohl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, do. italienischer 100 Stück 30—40, do. in Körben 18 Stück 1,25—1,75. Rosenkohl, per 100 Pfund 18—30. Grünkohl 5,00—8,00. Kohlrüben, Schock 4,00—4,50. Petersilienwurzeln, p. 100 Pfd. 4,50—5,00, Schockbund 5—6. Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 2—2,50. Tomaten, kanarische, per Kiste 4,00—6,00. Rote Rüben, per 100 Pfund 4,00—5,00. Rübchen, Beeliger, per 100 Pfund 0,00, do. Rübchen 12—18. Eskarol, 100 Stück 20,00—25,00. Endivien, 100 Stück 26—30. Birnen, per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Kochbirnen 3—10,00. Tafelbirnen Ia 18—25, do. IIa 6—17, Italiener 26—30. Aepfel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 20—32, do. IIa 12—20, do. lose, per 100 Pfund 0,00, do. in Kisten 120 Pfd. 30—50. Most-, hies., 100 Pfd. 3—12, Koch- 5—14, Tafeläpfel Ia 15—24, do. IIa 8—18. Amerikaner, per Faß 15—28, Italiener, lose, 100 Pfd. 11—15, do. in Körben per 100 Pfd. 10—16, do. in Kisten 10—20. Weintrauben, Almeria, per Faß 6—18. Ananas I, per Pfund 0,90—1,00, do. II 0,65—0,70. Bananen, gelb, Jamaica, per 100 Pfd. 22,00—25,00. Kokosnüsse per 100 St. 0,00. Krachmandeln per 100 Pfd. 0,00. Maronen, ital., per 100 Pfund 12—20. Feigen, Kranz- per 100 Pfd. 21—25, do. Trommel- per 100 Pfd. 40, do. in Kisten 28—38. Traubenrosinen per 100 Pfd. 0,00. Zitronen, Messina, 300 Stück 8,50—11, do. 360 Stück 8,50—11, do. 200 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00. Apfelsinen, Murcia, 200 Stück 8,00—10,00, do. 300 Stück 7,00—12,00, do. Valencia 420 Stück 15—25, do. 714 Stück 22—28,00, do. Messina-Blut 100 Stück 7—8, do. 150 Stück 7—10, do. 80 Stück 8,00—9,00, do. 200 Stück 0,00. Datteln, per 100 Kart. 37—42, do. per 10 Pfd. 5,00—5,50.

Witterungsübersicht vom 24. Februar 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	752	NO	1	Nebel	0	Haparanda	761	OSO	2	Schnee	—10
Hamburg	752	SSO	2	bedeckt	1	Petersburg	763	SO	2	wolkenl.	—17
Berlin	751	Still		Nebel	—0	Scilly	767	NW	5	bedeckt	8
Frankf. a. M.	751	N	1	bedeckt	2	Aberdeen	757	SSW	2	bedeckt	3
München	752	SW	4	Schnee	—0	Paris	760	NNW	4	bedeckt	6
Wien	752	W	2	heiter	1						

Wetterprognose für Mittwoch, den 26. Februar 1908.

Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe und nebelig mit leichten Schneefällen und schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Zahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Paris 200. 1. Nein. 2. Ja, aber zweckmäßiger ist es, durch Vermittelung des hiesigen Auswärtigen Amtes Ihre Rechte wahrnehmen zu lassen. — **N. 100.** Stellen, die Darlehen geben, sind uns leider nicht bekannt. Dringend möchten wir Sie vor Inseraten warnen, die Darlehen anpreisen. — **F. M. 100.** An die Stiftungsdeputation des Magistrats, Poststraße 15. — **Dorfschulze.** Leider nein. — **F. W. 1.** Nein; der 1500 M. übersteigende Jahreslohn ist pfändbar. 2. Ja, durch notariellen oder gerichtlichen Vertrag. 3. Die Scheidungsklage hätte Aussicht auf Erfolg; sie müßte aber innerhalb sechs Monaten nach Ihrer Kenntnis von den Vorgängen angestellt werden. — **E. B. 1877.** Ihre Braut könnte mit Aussicht auf Erfolg gegen den Inhaber des Restaurants auf vollen Schadenersatz auf Grund des § 618 B. G.-B. klagen. — **Schulzig.** Eine weitere Verfolgung der Angelegenheit würde Ihnen lediglich nutzlos Kosten und Zeitverlust verursachen. Die Sache ist, wenn auch falsch, rechtskräftig entschieden. Sie hätten in einem früheren Stadium des Prozesses in der juristischen Sprechstunde vorsprechen sollen. — **A. 30.** Uns nicht bekannt. — **J. J. 90.** 1. Wenn Ihre Tätigkeit in der Leitung oder Beaufsichtigung des ganzen Betriebes oder einer Abteilung desselben besteht und wenn Ihre Vergütung in festen Bezügen festgesetzt ist und nicht etwa ihre Beschäftigung eine aushilfsweise oder vorübergehende ist, so gilt für Sie die gesetzliche Kündigungsfrist des Werkmeisters, da nichts mit Ihnen vereinbart ist. Treffen die angegebenen Voraussetzungen nicht zu, so besteht dieselbe Kündigung, die Sie vorher als Gehilfe hatten. 2. Die gesetzliche Kündigungsfrist für einen Werkmeister beträgt sechs Wochen zum ersten des Quartals. — **15 023.** Sie haben keinerlei Recht, über die Erziehung des außerehelich geborenen Kindes zu verfügen. Dies Recht steht allein der Mutter zu. Sie könnten mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts einen Adoptionsvertrag schließen. — **D. K. 100.** 1. Wenn keine andere Vereinbarung stattfindet, so würde jede Partei zur Hälfte der Kostenzahlung verpflichtet sein. 2. Nein, die einmal getroffene Wahl kann nicht mehr zurückgenommen werden. — **A. F. L.** Schweizerdegen nennt man die Buchdruckergehilfen, die gleichzeitig als Schriftsetzer und als Maschinenmeister tätig sind. — **N. K. 14.** Sie müßten einen eigenen Antrag stellen, auch selbst einen Staatsangehörigkeitsnachweis beibringen. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu stellen. — **B. St. 30.** 1. Nein; das Eingebrachte gehört auch jetzt noch Ihrer Frau und fällt nach deren Tode an die Kinder. 2. Ja. Nach § 1583 hat der Ehegatte, wenn die Ehe wegen Geisteskrankheit geschieden ist, dem früheren Gatten Unterhalt in gleicher Weise zu gewähren, wie ein allein für schuldig erklärter Ehegatte. 3. Den Kindern steht das Recht zu. Sie können außerdem Ersatz verlangen. 4. Die Kosten müssen gerichtlich festgesetzt werden. Den Antrag stellt der Anwalt. Sie tun gut, schon jetzt an das Amtsgericht einen Antrag auf Stellung eines Teilungspflegers zwecks Auseinandersetzung mit ihren Kindern zu stellen. Dem Antrag fügen Sie ein Verzeichnis des Vermögens Ihrer Frau bei und setzen Ihre Forderung in Gegenrechnung. **Roter König. Lortzingstr. 4.** 1. Ja. Sie müßten sich an den Vorstand Ihres Wahlvereins wenden. 2. In der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. 3. Die Karten sind verfallen; Ihre Frau müßte von neuem kleben und zwar mindestens 40 Marken in je zwei Jahren. — **A. B. 125.** 1. bis 3. Nein. 4. Der Mutter steht das Recht zu, den Aufenthalt des Kindes zu bestimmen. Sie haben kein Widerspruchsrecht dagegen. Nur wenn dargelegt wird, daß die jetzige Unterbringung gegen das Interesse des Kindes ist, würde das Vormundschaftsgericht einschreiten können. Erforderlich ist aber die Angabe bestimmter Tatsachen. — **Ostrowski 63.** 1. und 2. Sie würden gegen den Chef auf Feststellung klagen können, daß er für alle aus der Nichtanmeldung sich ergebenden Nachteile haftet. 3. Nein. — **F. F. 24.** Wegen der gesamten rückständigen Summe ist die Klage zulässig. — **B. B. 18.** Wiederholen Sie die Anfrage unter Mitteilung des Wortlauts der Eintragung. Ohne deren Kenntnis ist eine Antwort unmöglich. — **F. G. 21.** Ja. — **K. P. 108.** Ja, bis zum zurückgelegten 42. Lebensjahre könnte Ihr Bruder noch herangezogen werden. — **A. N. 1000.** Die Frau hätte das Recht, darauf zu klagen, daß sie getrennt von ihrem Ehemanne lebt, auch daß sie von ihm geschieden wird. — **Anton 12.** Ersuchen Sie die Gesellschaft um Herausgabe des Scheins und ferner darum, an niemand als an Sie zu zahlen. — **E. W. 131.** Die Frau kann innerhalb des ersten Jahres nach der Heirat Zurückzahlung der einen Hälfte der Beiträge beantragen, wenn mindestens 200 Marken vor der Heirat geklebt sind. Vorteilhafter ist es, weiter zu kleben. Zwecks Aufrechterhaltung ihrer Rechte braucht sie dann nur 20 Marken innerhalb je 2 Jahre zu kleben. Die Wahl der Klasse steht ihr frei. Klebt sie weiter, so kann sie eventuell Alters- oder Invalidenrente oder Aufnahme in einem Genesungsheim erlangen. — **Wollbrandt.** Die Kostenrechnung kann zutreffen. Legen Sie dieselbe eventuell in der juristischen Sprechstunde vor.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Beelitz, Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freiexemplaren sofort ihre Adresse einsenden, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. **Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.**

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 24. 2. cm	seit 23. 2. cm [1])	Wasserstand	am 24. 2. cm	seit 23. 2. cm [1])
Memel, Tilsit	383[2])	—1	Saale, Grochlitz	308	+96
Pregel, Insterburg	337[2])	—10	Havel, Spandau[4])	151	+3
Weichsel, Thorn	236[3])	+2	„ Rathenow[4])	162	+1
Oder, Ratibor	316	+90	Spree, Spremberg[4])	229	+82
„ Krossen	246	+9	„ Beeskow	207	+1
„ Frankfurt	241	+7	Weser, Münden	242	+74
Warthe, Schrimm	248	+8	„ Minden	216	+36
„ Landsberg	223	+3	Rhein, Maximiliansau	456	+16
Netze, Nordamm	122	+3	„ Kaub	322	+13
Elbe, Leitmeritz	193	+83	„ Köln	444	—2
„ Dresden	56	+52	Neckar, Heilbronn	236	+21
„ Barby	310	+52	Main, Wertheim	294	+4
„ Magdeburg	251	+37	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wuchs, — Fall. — [2]) Unterpegel. — [3]) Eisstand. [4]) Eistreiben. — Auf der oberen Weichsel bei Chwalowice herrscht Eisgang.

Wie schützt man sich gegen Influenza?

Die Influenza ergreift nur diejenigen, deren Blut resp. Blutkörperchen nicht stark genug sind, um siegreich den Kampf gegen die eindringenden Influenza-Bazillen aufzunehmen. Die Wallung des Blutes muss stärker sein, die Herztätigkeit erhöht werden; deshalb trinke man ½ Stunde vor jeder Mahlzeit, also vor dem 2ten Frühstück, vor dem Mittag- und Abendessen je ½ Glas Santa Lucia Kraft-Rotwein, das wirkt wunderbar heilsam auf den ganzen menschlichen Organismus.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 26. Februar.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Götterdämmerung. (Anfang 6½ Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Auf Nissenkoog.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Lortzing. Don Juan.

Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Judith.
Lessing. Wenn wir Toten erwachen.
Berliner. Der Opernball.
Neues. Simson.
Lustspielhaus. Panne.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Der rote Leutnant.
Schiller Charlottenburg. Kollege Crampton.
Komische Oper. Tiefland.
Kleines. 2×2=5.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Nathan der Weise.
Hebbel. Der Andere.
Urania. Ein Walzertraum.
Residenz. Bibi. Der selige Octave.
Luisen. Des Mädchens Lebenswege.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Toto.
Theater an der Spree. Ausgewiesen.
Gebr. Herrnfeld. Papa und Genossen. Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Trompeter von Säkkingen.
Kasino. Die Freuden der Häuslichkeit.
Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten.
Palast. Mlle. Guerrerita. Spezialitäten.
Metropol. Das muß man seh'n.
Apollo. Mitislaw der Moderne. La belle Alexia. Beim schönen Anton.
Folies Caprice. Jeunesse dorée. Paragraph 343. Mal was anders.
Walhalla. Spezialitäten.
Palast. Lehrjungenstreiche. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49. Theater 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Theater 8 Uhr: Die Sinnesorgane der Pflanzen.
Sternwarte, Invalidenstr. 57/62.

Berliner Theater.
Täglich 8 Uhr:
Der Opernball.
Ab 28. Februar:
Hansi Niese. Die Förster-Christel.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ferdinand Bonn als Gast.
Simson.
Morgen und folgende Tage: Simson.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Donnerstag: 2 mal 2 = 5.
Freitag: 2 mal 2 = 5.
Sonnabend: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Ein Walzertraum.**
Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise: **Die lustige Witwe.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Nathan der Weise.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag 3 Uhr zum erstenmal: Lokomotivführer Claussen.
Freitag: Lokomotivführer Claussen.
Sonnabend: Madame Sans Gêne.

Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 7½ Uhr:
Don Juan.
Donnerstag 8 Uhr: Undine.
Freitag 8 Uhr: Der Troubadour.
Sonnabend 7½ Uhr: Don Juan.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Zar und Zimmermann.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
8 Uhr. **„Bibi."** 8 Uhr.
Schwank in 3 Akten von de Gorsse und de Marsan.
Breitlist . . . Richard Alexander.
Hierauf: **Der selige Octave.**
Sonntag, den 1. März, 3 Uhr: **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Hebbel-Theater, Königgrätzer Str. 57/58.
Abends 8 Uhr: **Der Andere.**
Tragische Komödie in vier Akten von Julius Bab.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Zentral-Theater.
Heute und folgende Tage:
Ein seltsamer Fall
mit Alwin Neuß.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Ein glücklicher Familienvater.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Zum 25. Male:
Des Mädchens Lebenswege.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Unser Doktor.
Freitag: Der eingebildete Kranke.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Aschenbrödel. Abends: Unser Doktor.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Ein verlorener Sohn. Abends: Des Mädchens Lebenswege.
Montag: Unser Doktor.

Theater an der Spree
Köpenicker Straße 68.
Vorstellung der „Freiwilligen Bühne".
Ausgewiesen.
Soziales Drama von Karl Göttcher.
(Nach 12jähr. polizeil. Verb. freigegeb.)
Morgen: Ausgewiesen.

Rixdorfer Theater
Bürgersäle, Bergstraße Nr. 147.
Mittwoch, den 26. Februar 1908:
Der Kaiserjäger.
Komödie in 3 Aufzügen von Hans Brennert und Otswald.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Der rote Leutnant.**
Schauspiel in drei Akten von Eduard Goldbeck und Hermann Kienzl.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Auf der Sonnenseite.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Der Revisor.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr: **College Crampton.**
Komödie in 5 Akten v. G. Hauptmann.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der rote Leutnant.**
Freitag, abends 8 Uhr: Zum letzten Male: **Kaiser und Galiläer.**

Schiller-Saal (Schiller-Theater Charlottenburg)
8 Uhr: Vortrag von Prof. Dr. Paul Schubring: Matthias Grünwald

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, 26. Februar, ½8 Uhr:
Brillante Vorstellung.
Enormer Erfolg des Februar-Programmes.
Alles tatsächlich neu und noch nie dagewesen.
Claymoure u. Gordons Creation.
Resisto
das elektrische Rätsel.
Kunstradfahrer-Truppe Klein
Dir. Alb. Schumanns allerneuest. Dressuren. Tagesgespräch! Prachtausstattungs-Pantomime
AMERIKA
Alles bisherige übertreffend.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Darmand, Massary.
— Rauchen überall gestattet. —
Sonntag, 1. März, nachm. 3 Uhr: **Neuestes! Allerneuestes!**

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132
Kean.
Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise.
Donnerstag: **Trilby.**

Trianon-Theater.
8 Uhr. **Baron Toto.** 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josette — meine Frau.

XIII. Saison. Zirkus Busch
Mittwoch abends 7½ Uhr:
Gala-Abend.
Neuheit! Gr. Sensation! Neuheit!
Mr. Lytton!
● Automobil-Taktomortale. ●
Herr Kommissionsrat Gustav Stonsbeck, Direktor des Berliner Tattersalls, als Gast.
Die australischen Holzfäller!
Szenen a. d. australischen Busch.
Die phän. **Aurora-Truppe!**
Bros. Clarkonians aus Amerika.
Herr Ernst Schumann, Neudressur.
Frl. Estelle Préval, Schulreiterin.
Um zirka 10 Uhr: **Auf der Hallig!**
Vorher: Gala-Programm.

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen von
Otto Reutter
und dem
großen Februar-Programm
von Publikum u. Presse glänzend beurteilt!
Entree, Garderobe und Programm zusammen 1,— Mark.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Nur noch bis Sonnabend:
Der
Riesen-Februar-Spielplan.
Ringkampf-Konkurrenz
Ab 1. März:
Große internationale um den Preis von Berlin in Höhe von
6000 Mark.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstr. 48/49.
Nachmittags 4 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr: 5. Vortragsabend des Wissenschaftlich. Vereins: Prof. Dr. Haberlandt: „Die Sinnesorgane der Pflanzen.

Passage-Panoptikum.
Neu! Neu!
Der längste Mensch
und Josef Schippers, „d. lange Kerl", d. gr. Sold.
der dickste Mensch der Welt! Tool Thoms, 600 Pfd. schw., 24 Fing. u. Zeh.
Ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Apollo Theater
9¼ Uhr. 9¼ Uhr
Der Operettenschlager d. Saison!
Mitislaw der Moderne
Operette von F. Lehár.
Amorenth: Mia Werber a. G.
Ab 8 Uhr: Die glänzenden Spezialitäten. Letzte Woche:
La belle Alexia.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Allabendlich
der interessante Prozeß wie er stürmischer nie belacht wurde:
Salomonisches Urteil.
Ein Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr: Endlich allein! Der Fall Blumentopf.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Rose.
Mittwoch, den 26. Februar 1908:
Rößners Zauber-Soiree
unter Mitwirkung des Heldentenors **Hans Hoffmann.**
Sensationelles Progr. u. a.:
Im Wunderland.
Märchen aus 1001 Nacht. Reise durch das Unmögliche.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Hanni weint — Hansi lacht
Neu! Steidl-Duo. Neu!
Neu! Der urkomische Rügamer. Neu!
Neu! Käti Gültini. Neu!
Die Freuden d. Häuslichkeit.
Sonntag 4 Uhr: Biederleute.

Walhalla-Varieté-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das großartige Februar-Programm.
Grandiose, amüsante
Spezialitäten.
Tunn.: Bockbierfest. Schrammeln Regimentskapelle usw.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Theater Folies Caprice
8 Uhr — 8 Uhr
Neu! Jeunesse dorée. Paragraph 343.
Mal was Anderes
Revue mit Gesang in 3 Bildern.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Obl. Brunnenstr. 16.
Die Schule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten v. C. Rautpach.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend große Extravorstellung: Das Schloß am Meer.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu:
Husaren-Streiche.
Anfang: Wochent. 8 Sonnt. 7 U.

F. Happoldt's Neuer Konzertsaal.
Donnerstag: **Solisten-Abend.** Solist: **Hasse.** Musik d. Garde-Pioniere. Musikdirigent **Köhle.**

Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Letzte Woche
des größten und originellsten bayerischen
Bockbierfestes.
Heute:
Prämiierung
des schwersten Ehepaares.
3 Preise: M. 60, M. 40, M. 20.
Legitimationen sind mitzubringen.
Anf. tägl. 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 28. Februar: Lehrer Familienabend. Gratisverlosung von 6 goldenen Damenuhren.

Rauchen Sie
Phänomen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Passage-Theater.

Letzte Woche!

Senorita Guerrerito

Spaniens schönste Tänzerin

und das große Februar-Programm!

Buggenhagen

Moritzplatz im Theatersaal täglich

Albert Böhme

und das

großartige Februar-Programm.

Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Im unteren Konzertsaal täglich die **allerersten Militär-Kapellen:** Becker, Przywarski, Görisch, Neumann, Offeney, Lüttich.

Gustav Behrens-Theater.

Berlin W., Goltzstr. 9.

Nur kurzes Gastspiel des berühmten Kopfläufers vom Krystall-Palast in London (derselbe erregte durch seinen Straßenkopflauf in allen Großstädten berecht. Aufsehen) sowie **16 erstklass. Spezialitäten. Duskes Vitograph.** Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr. Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: **Familienkränzchen** bei freiem Tanz.

Orts-Krankenkasse der Vergolder u. Berufsgenoss.

Einladung

zu der am **Donnerstag, den 5. März 1908, abends 8 Uhr,** stattfindenden

Außerordentlichen General-Versammlung

im **Gewerkschaftshause, Engelufer 15. Saal 8.**

Tagesordnung:

1. Statuten-Abänderung (anderweitige Festsetzung der Tagelöhne, Leistungen, Beiträge usw.).
2. Kassenangelegenheiten.

270/17 **Der Vorstand.**

Die Delegiertenkarte dient als Legitimation.

Gardinen, Portieren, Decken, Federbetten, Bettwäsche, Bilder, **Uhren** auf Teilzahlung. Postkarte erbeten. *

L. Matzner, Berlin, Augustastraße 50.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt 3, 1239. **Verwaltungsstelle Berlin.** Charitéstraße 3. **Hauptbureau:** Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Branchen-Versammlung Achtung!

der

Schwarzblechschlosser u. Zeugschmiede

am Donnerstag, den 27. Februar, abends 8½ Uhr, im „Dresdener Garten", Dresdener Straße 45.

Tages-Ordnung:

1. **„Die vornehmsten Aufgaben der Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit."** Referent Kollege **Wuschick.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 112/14

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Holzarbeiter Wilmersdorfs.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8¼ Uhr:

Oeffentliche Holzarbeiter-Versammlung

im „Luisenpark", Wilhelmsaue 112.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag: **„Warum müssen wir uns organisieren?"** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 80/8

☞ Es ist Pflicht aller in Wilmersdorf wohnenden Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8½ Uhr, im „Volkshause", Rosinenstraße 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von der Gau-Konferenz. 2. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. 80/7

Die Ortsverwaltung.

Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3.

Täglich

Deutsch-Amerikanischer Urlock-Trubel.

Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger.** — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hülfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

In **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 110/1*

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28. **Filiale Berlin.** Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 131/7*

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Sanssouci Kottbuser Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.

Sonntag, Montag und Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.

Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Haben Sie Stoff?

Ich fertige daraus Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 11. (Städt. Börse)

Eier-Spezial-Handlung

en-gros en-detail

Goltzstraße 25,

am Winterfeldtplatz,

empfiehlt **frische Eier** zum billigsten Tagespreise. Spezialität: **Trinkeier** täglich frisch; von einer Mandel an sende frei ins Haus. Telephon: Amt 6. Nr. 8669. 20332*

Rabattmarken.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 26. Februar, abends 8½ Uhr, in Frehers Festsälen, Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Kassenbericht vom 4. Quartal 1907. Bericht des Vorstandes, des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars, der Werkstattkontrollkommission und des Obmanns der Schlichtungskommission. Ersatzwahlen zur Ortsverwaltung. Wahl der Bureauangestellten. Anstellung eines weiteren Hülfsarbeiters. Anträge. Verbandsangelegenheiten.

Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Küchenmöbel-Branche. Achtung!

Wegen der am Mittwoch, den 26. Februar, stattfindenden Generalversammlung fällt die **Branchenversammlung** aus.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8½ Uhr:

Branchenversammlung der Stellmacher

im „Rosenthaler Hof", Rosenthaler Straße 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Gautage. 2. Wie gestalten wir in Zukunft unsere Agitation? 3. Arbeitsvermittelung und Umschauen in unserer Branche. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Die Branchenkommission.

Donnerstag, den 27. Februar, abends 8 Uhr:

Branchenversammlung der Jalousienarbeiter

bei **Anton Boeker,** Weber-Straße 17.

Tages-Ordnung:

1. **„Die wirtschaftliche Lage der Gegenwart".** Referent: Genosse **Adolf Ritter.** 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Obmann.**

Achtung! Stockarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 27. Februar 1908, abends 6 Uhr,

in **Feuersteins Festsälen** (Inh. **Kube**), Alte Jakobstr. 75:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Verhandlungskommission. 2. Werkstattbericht. 3. Verschiedenes.

Der Obmann.

Steinbildhauer und Modelleure-Antrager.

Montag, den 2. März, abends 6 Uhr, in den Michael-Festsälen, Michaelkirchstraße:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über die Pläne der Unternehmer im Baugewerbe. Referent: Genosse **H. Silberschmidt.** 2. Verschiedenes.

20/3* **Der Vorstand.**

Achtung! Steinsetzer Achtung!

und Berufsgenossen.

Unter-Bezirk Schöneberg, Steglitz und Umgegend.

Am Sonntag, den 1. März, findet die Wahl des **Arbeits-Vermittlers** statt.

Die Mitglieder aus **Schmargendorf, Wilmersdorf** und **Schöneberg** wählen in **Schöneberg,** Meiningerstr. 8 bei **Kuschke.**

Die Mitglieder aus **Steglitz, Lichterfelde, Tempelhof, Marienfelde, Marienfelde** und **Lankwitz** wählen in **Steglitz,** Dünther- und Floraltraßen-Ecke bei **Fritsch.**

Die Mitglieder aus **Zehlendorf, Schlachtensee, Teltow** usw. wählen in **Zehlendorf,** Potsdamer Chaussee bei **Mickel.**

Die Wahlzeit ist von 10—1 Uhr.

Mitgliedsbücher sind mitzubringen!

175/6* **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

(Stralauer Viertel).

Bezirk Nr. 353.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer

Albert Alsleben

(Cadinerstr. 16)

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 2½ Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Filiale Berlin.

Nachruf.

Unseren Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler 131/8

Bernhard Nadolny

am 24. Februar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der baugewerblichen Hülfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Bezirk Osten.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 23. Februar, verstarb unser treuer Kollege, der Bauarbeiter

Gustav Jonas

im Alter von 37 Jahren an der Proletarierkrankheit. 29/10

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 26. Februar, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes, Wilhelmsberg aus statt.

Um recht rege Beteiligung ersucht

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Richard Görz

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Augusta-Hospitals aus nach dem Dankes-Kirchhof in Reinickendorf, Blankestraße, statt. 112/15

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Elisabeth Frenzel

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Mitarbeitern der Rixdorfer Maschinenfabrik, dem Gesangverein „Apollonia" sowie dem Fußballklub „Hertha" unseren herzlichsten Dank. 3175

Karl Frenzel nebst Kindern.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergeßlichen Mannes

Paul Strickert

sage allen Verwandten, Kollegen, sowie Herrn Rendant Rosmos und Freunden meinen besten Dank. 3199

Witwe Luise Strickert.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben unvergeßlichen Frau

Berta Alter

sage allen Verwandten und Bekannten, sowie dem Gesangverein „Frohsinn" meinen innigsten Dank.

In tiefer Trauer. 2034

Wilhelm Alter, Adlershof.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. H. Nr. 2, Hamburg.)

Oertliche Verwaltung Berlin.

Freitag, 28. Februar, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Abrechnung vom 4. Quartal 1907. Wahl der Revisoren.

259/3* **Der Vorstand.**

J. A.: **Richard Schröder,** Alsterstr. 62.

Chauffeur! Schnell zu Westmann!

Hauptgeschäft **Berlin W.,** Mohrenstr. 37a, a. d. Kolonnaden.

Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115, 2. Haus an der Andreasstraße.

Frühjahrsneuheiten, Originalmodelle, ganz bedeutend unter Preis, teilweise um die Hälfte!

Die **letzte Februarwoche** bildet den **Gipfel des großen Verkaufs** in den neuesten Frühjahrsreisemustern und Originalmodellen in **Kostümen, Paletots, Jacketts, Frühjahrstoiletten, Taffetliftboys,** vom einfachsten bis zum hochelegantesten Genre, vom Backfisch bis zur stärksten Figur!

Ferner: **Totale Räumung** der noch vorhandenen Bestände der letzten Herbst- und Wintersaison in Plüschkonfektion, Pelzkonfektion, Abendmänteln, Astrachanmänteln, Winter-Kostümen, -Röcken-, Blusen, Kinderkonfektion usw. zu **nach folgenden fünf Beispielen** bis auf ein Viertel des Wertes herabgesetzten Preisen:

1	2	3	4	5
früher bis M. 18	bis M. 30	bis M. 50	bis M. 90	bis M. 150
heute nur M. 4½	nur M. 7½	nur M. 16½	nur M. 22½	nur M. 40

Um die **Räumung zu beschleunigen,** gebe ich **bei Einkauf von 20 M. an** ein eleg. Frühjahrskammgarnjackett oder ein Kinderpyjak **gratis.**

Einsegnungskleider in großer Auswahl.

Separ.-Abteil. für Damen. Eleg. Trauermag. und Kinder. Auswahl u. Preise konkurrenzlos. | Man achte gefl. im eigenen Interesse genau auf meine Firma und Hausnummer!

Sonntag geöffnet 8—10, 12—2 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Agitations-Kalender.

Januar.

Der Kampf ums Preußen-Wahlrecht.

9. Am Vorabend der Eröffnung des preußischen Landtages finden in ganz Preußen **Massenversammlungen** zur Demonstration für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht statt.

10. In Beantwortung der freisinnigen Wahlrechtsinterpellation gibt der Ministerpräsident v. Bülow im preußischen Abgeordnetenhause eine **Erklärung** ab, worin es u. a. heißt: „Für die königl. Staatsregierung steht es nach wie vor fest, daß die Uebertragung des Reichstagswahlrechts an; Preußen **dem Staatswohl nicht entsprechen** würde und **deshalb abzulehnen** ist. Auch kann die königl. Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime **nicht in Aussicht stellen.**" Weiter wird eine „gerechte Abstufung des **Gewichts der Wahlstimmen**" als notwendig bezeichnet. Es „wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen, oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung u. dgl. zweckmäßig abgestuft werden muß." Zum Schluß heißt es, daß für die laufende Tagung des Landtages **keine Vorlage über das Wahlrecht mehr in Aussicht gestellt werden könne.**

10. Vor dem preußischen Abgeordnetenhause kommt es zu einer **spontanen Demonstration.** Tausende von Menschen haben sich angesammelt, singen Wahlrechtslieder und bringen Hochs auf das gleiche und freie Wahlrecht aus. In ihrem Eifer, die Straße zu „säubern", verhaftet die Polizei sogar einen — — Straßenreiniger, **weil er sich weigert,** von seinem Arbeitsplatz weiter zu gehen.

11. Als Antwort auf Bülows Erklärung beschließen die drei **linksliberalen Parteien die Einsetzung eines — — Wahlrechtsausschusses.**

12. Am Sonntag finden überall in Preußen um die Mittagsstunde **mächtige Wahlrechtsdemonstrationen** statt. In überfüllten Versammlungen protestiert das Volk. Zehntausende finden keinen Einlaß und müssen auf der Straße bleiben. Nach Schluß der Versammlungen kommt es zu **gewaltigen Aufzügen.** In Berlin stellt sich die Polizei in den Weg, um die Demonstranten von der Gegend der Linden fernzuhalten. An mehreren Stellen benutzt die Polizei ihre Waffen und **vergießt Proletarierblut.**

13. Im preußischen Abgeordnetenhause behauptet der Polizeiminister v. Moltke, die Polizei sei am 12. in Berlin **vom Volke angegriffen worden.** Außerdem wirft er der Leitung der Sozialdemokratie „gewissenloses" Handeln vor. Er droht, jedem ferneren Versuch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten. Dabei hatte selbst die „Germania" die Vorgänge wie folgt darstellen müssen:

„Die Menschenmenge auf den Straßen vermied Zusammenstöße mit der Polizei, immer wieder ließ sie sich willig in Nebenstraßen ablenken; nur in einigen wenigen Fällen hatten die Massen sich in engen Straßenzügen so festgesetzt, daß sie nicht vorwärts und rückwärts konnten, und in diesen Fällen **führte dann das scharfe Andrängen der Polizei regelmäßig zu Krawallen, die** in mehrfachen Fällen zu blutigen Zusammenstößen führten."

Der schlimmste Exzeß des Polizeisäbels war an der Gertraudtenbrücke zu Berlin geschehen. Dort ist die Straße so eng, daß die Menge nicht umkehren noch ausweichen konnte. Was dort geschah, schildert das „Berliner Tageblatt" mit folgenden Worten:

„Plötzlich sprang Hauptmann Stephan vor und rief: „Ich fordere Sie auf, sofort auseinanderzugehen. **Nach etwa einer Minute** wiederholte er die Aufforderung zum zweiten Male und kurz darauf zum dritten Male. Zu gleicher Zeit gab er das Kommando: „Säbel heraus! Einhauen! Nun entwickelte sich eine wilde Szene. **Wohl fünfzig Schutzmannssäbel hieben erbarmungslos auf die vorderen Reihen ein.** Es half nichts, daß **Schwerverletzte** stöhnend riefen: „Wir sind unschuldig!", die Säbelhiebe hagelten weiter. Ein tausendstimmiger Wutschrei pflanzte sich bis in die hinteren Reihen fort und Verwünschungen wie „Mörder! Bluthunde! Henkersknechte!" hallten durch die Luft. Während des Tumultes fiel auf der gegenüberliegenden Wasserseite ein Schuß, der aber anscheinend in die Luft abgegeben war."

Im Abendblatt des „Lokal-Anzeigers" vom 13. Januar teilt der Polizeipräsident v. Borries mit: es sei bei der Anordnung der polizeilichen Maßnahmen **von vornherein damit gerechnet** worden, daß von der Waffe Gebrauch gemacht, d. h. also **Bürgerblut vergossen** werde.

15. **Scharfe Patronen** sind, wie der „Vorwärts" mitteilt, am 12. Januar an die Mannschaften des in der Blücherstraße garnisonierenden Dragonerregiments verteilt worden. Erst 40 Stück pro Kopf und dann noch extra 20.

Damit die konsignierten Mannschaften sich nicht allzusehr langweilten, durften sie sich **nach Herzenslust am Bier erlaben.** Die Stimmung wurde infolgedessen auch nach wenigen Stunden eine sehr animierte.

17. In ihren Wahlrechtsausschuß haben die drei freisinnigen Parteien gewählt die Herren **Müller-Sagan, Fischbeck, Wiemer** und **Pachnicke,** und dokumentierten damit, daß ihnen **der Wahlrechtskampf nur eine Posse ist.**

19. Beim preußischen Ordensfest wurden die folgenden **freisinnigen** Parteiführer **mit Orden bedacht:** Kaempf, Wiemer, Mugdan, Gyßling, Fischbeck, Eickhoff, Schrader.

22. **Sozialdemokratische Wahlrechtsinterpellation im Reichstage.** Der Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, überhäuft dann die Sozialdemokraten mit Schmähungen und Bedrohungen und verläßt darauf den Saal. Was natürlich nicht hindert, daß die Interpellation besprochen und vom Genossen Fischer ausführlich begründet wird. Nachdem die Redner der anderen Parteien gesprochen, wird **durch Vertagung auf unbekannte Zeit dem Genossen Bebel das Wort abgeschnitten.** Für die Vertagung stimmen auch **sämtliche Freisinnigen** mit Ausnahme der folgenden 6: Manz, Wieland, Gothein, Neumann-Hofer, Dohrn, Potthoff.

27. In Solingen findet ohne ernste Zwischenfälle eine **großartige Straßendemonstration** für das Landtagswahlrecht statt.

27. Der **Polizeihauptmann Stephan,** der am 12. Januar an der Gertraudtenbrücke zu Berlin das **Kommando zum Einhauen** gegeben hat, **kriegt an Kaisers Geburtstag einen Orden.**

Deutsche Rechtspflege.

1. Maximilian Harden wird am 31. Dezember, nachdem die Staatsanwaltschaft nachträglich ein öffentliches Interesse an der Sache entdeckt und das schöffengerichtliche Verfahren, das mit Hardens Freisprechung endete, für nicht geschehen erklärt hat, von der Strafkammer nach einer Verhandlung, deren wichtigster Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Amtsrichter Dr. Kern, der im ersten Harden-Prozeß vor dem Schöffengericht den Vorsitz führte und auf Freisprechung erkannte, ist bei der Geschäftseinteilung für 1908 von der Strafabteilung des Landgerichts I **zur Zivilabteilung desselben Gerichts versetzt** worden. Selbstverständlich auf eigenen Wunsch, da Richter anders als auf eigenen Wunsch überhaupt nicht versetzt werden können.

4. Der Prozeß des Memeler Denkmals. Einige Tage vor der Einweihung des sogenannten „Nationaldenkmals" in Memel, am 23. September vorigen Jahres, brachte die „Königsberger Volkszeitung" einen Artikel, der an der Hand geschichtlicher Tatsachen die Vorgänge jener Zeit zeichnete, denen das Denkmal gewidmet sein sollte. Der Artikel wurde bald darauf, nur wenig verändert und gekürzt, in den „Ostpreußischen Landboten" übernommen. Ein **freisinniges Blatt, die „Königsberger Hartungsche Zeitung",** nahm Anstoß an dem Artikel und fiel **in denunziatorischer Weise** über unser Königsberger Parteiblatt her. **Infolgedessen** schritt 11 Tage nach Erscheinen des Artikels der Staatsanwalt ein und erhob **Anklage** wegen — — **Majestätsbeleidigung** und wegen Beleidigung der Mitglieder des Denkmalkomitees. Obgleich in dem Artikel vom Kaiser überhaupt gar nicht die Rede ist, sondern nur von dessen Urgroßmutter Luise, wird doch von der Königsberger Strafkammer (unter Vorsitz des aus dem russischen Hochverratsprozeß 1904 **bekannten Landgerichtsdirektors Schubert**) der Verfasser des Artikels, Genosse Marckwald, zu 1¼ Jahr Gefängnis verurteilt.

Zur Begründung sagt Herr Schubert u. a.: Wenn die Denkmalsenthüllung eine Tragikomödie genannt werde und der Kaiser an der Enthüllung teilgenommen habe, so erkenne man ohne weiteres die Absicht, den Kaiser herabzusetzen. — Genosse Marckwald wird **sofort verhaftet** und gegen eine **Kaution** von 10 000 Mark vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Soziales.

5. Der Pulverarbeiter Karl Voß in Spandau war **30 Jahre lang,** seit dem 1. März 1875, in der **königlichen** Pulverfabrik zu Spandau beschäftigt und wurde am 31. März 1905 nach vierwöchentlicher Kündigung wegen eingetretener gänzlicher Dienstunfähigkeit entlassen. Nach seiner Entlassung wurde ihm vom Reichsmilitärfiskus eine jederzeit widerrufliche Gnadenunterstützung in Höhe von 725,20 M. gewährt. Von diesem Betrage bringt der Fiskus jedoch die Invalidenrente im Betrage von 220,20 M. in Abzug, so daß V. **monatlich nur 42,25 M.** erhält. Er behauptete darauf im Klagewege, daß er bei seinem zuletzt bezogenen jährlichen Gehalt von 1554 M. und seiner 30jährigen Dienstzeit einen Rechtsanspruch auf eine ohne Abzug zu zahlende Pension in Höhe von 906,50 M. jährlich oder 75,55 M. monatlich habe. Ihm stehe die Pension nach § 28 der Vorschriften zur Verwaltung der königlichen Pulverfabrik zu; denn er habe seine Stellung nur unter der Zusicherung angenommen, daß ihm im Falle der Erwerbsunfähigkeit ein Ruhegehalt von dem bezeichneten Betrage gewährt werde. Der beklagte Reichsmilitärfiskus bestreitet dies, indem er unter anderem ausführt, daß die Unterstützung nach § 28 Abs. 3 der angezogenen Bestimmungen nach vieljährigen treuen Diensten im Falle der Invalidität nur „in Aussicht" gestellt worden sei. Auch sei durch eine spätere Aenderung der Bestimmungen, die der Kläger mit den anderen Arbeitern unterschrieben habe, der Widerruf dieser Unterstützung durch das Kriegsministerium ausgedrückt worden. Das Landgericht Berlin verurteilte den Reichsmilitärfiskus zur Zahlung des beanspruchten Betrages. **Das Kammergericht aber wies die Klage ab,** und das Reichsgericht bestätigte die Entscheidung des Kammergerichts, weil dem Kläger die volle Pension nicht versprochen, sondern nur „in Aussicht gestellt" worden sei.

Demnach ist nunmehr höchstgerichtlich festgestellt, daß ein Arbeiter sich täuscht, wenn er auf ein vom Reichsmilitärfiskus in Form des „Inaussichtstellens" abgegebenes Versprechen sich verläßt.

21. In Berlin finden 9 **Arbeitslosenversammlungen** statt, woran etwa **12 000 Personen** teilnehmen. Die **Zahl der Arbeitslosen** in Berlin wird von der „Tägl. Rundschau" auf etwa **60 000** geschätzt. Mehrere Stunden nach Schluß der Versammlungen richtet die Polizei ein **neues Blutbad in den Straßen** Berlins an. An der Kronprinzenbrücke wird von Schutzleuten **furchtbar auf die Menge eingehauen.** Sogar die auf einem Neubau beschäftigten Arbeiter werden von der Polizei von ihrer Arbeit vertrieben und zum Teil verwundet. In das Verbandshaus der Metallarbeiter, Charitéstr. 3, dringt ein Trupp Polizei unter Führung eines Leutnants ein, **stürmt mit gezogenem Säbel die Treppe hinauf** und haut auf die dort befindlichen Personen ein, wobei viele verwundet werden.

Auch in Hannover wird am gleichen Tage **ein Arbeitsloser von einem Schutzmann mit dem Säbel schwer verwundet.**

28. In einer Zuschrift an den „Boten aus dem Riesengebirge" rechnet ein bäuerlicher Besitzer aus Niederschlesien aus, daß **die kleinen und mittleren Bauern durch die Zölle mehr Schaden als Nutzen** haben.

30. Bei einer Debatte über die Arbeitslosigkeit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung verlangt der Stadtrat und freisinnige Parteiführer Fischbeck: **die Berliner Arbeitslosen sollen aufs Land gehen.**

Aus der Armee.

22. Gegen die Grafen Hohenau und Lynar wird vor dem Kriegsgericht der 1. Gardedivision zu Berlin wegen **Päderastie** unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt. Hohenau wird **freigesprochen,** Lynar zu **1¼ Jahr Gefängnis** verurteilt.

Von der Polizei.

6. Die Angelegenheit der **Lübecker** S-Kasse (siehe Agitationskalender vom 2. November 1907) kommt im Lübeckschen Parlament zur Sprache. Der Senat muß zugeben, daß **Gratifikationen an Polizeibeamte aus der Bordellkasse gezahlt worden sind** und daß das Defizit eines Schutzmannsfestes aus der Kasse gedeckt wurde. Auf die anderen Behauptungen ging der Senator nicht ein. Daß die Kasse gegen Gesetz und Recht bestehe wurde nicht bestritten. Auf die Frage, ob es richtig sei, daß **der frühere Polizeihauptmann Munck jährlich 800 Mark Gratifikation aus der Bordellkasse erhalten und nicht versteuert habe,** erfolgte keine Antwort. Bezeichnend war es, daß aus der Mitte der Bürgerschaft der Antrag gestellt wurde, nur eine bessere Kontrolle der S-Kasse vorzunehmen, im übrigen aber die ungesetzliche Kasse bestehen zu lassen! Die Mehrheit des Vierklassenparlaments hatte jedoch wohl so viel Scheu vor der Oeffentlichkeit, daß sie diesem Antrag nicht zustimmte.

Unsere Kolonien.

7. Vor dem Schöffengericht zu Köln beginnt die Verhandlung der Beleidigungsklage des Peters gegen den ehemaligen Gouverneur von Ostafrika, v. Bennigsen. In einem Artikel der „Kölnischen Zeitung" hat Herr v. Bennigsen nicht nur behauptet, daß Peters die Jagodja und den Mabruk aus geschlechtlichen Motiven, ohne jeden politischen Nebengrund, habe hängen lassen, sondern daß **das Kolonialamt den Peters geflissentlich geschont habe,** trotzdem es längst Kenntnis von seinen Verbrechen gehabt habe! Er behauptete weiter, daß die Disziplinaruntersuchungen gegen den Peters **nur Scheinuntersuchungen** gewesen seien, und daß es nur seinem Eingreifen zu danken sei, daß nicht auch die dritte Disziplinaruntersuchung eine Farce geworden sei! Er behauptete, daß die Peters-Clique den Kolonialdirektor Dr. Kayser terrorisiert, ja ins Grab getrieben habe, und daß diese allmächtige Clique nicht nur den Peters, sondern auch ein „Scheusal" wie den berüchtigten Flaschen-Schröder trotz seiner erstinstanzlichen Verurteilung zu 15 Jahren Zuchthaus mit Hülfe des Peters wieder in ein hohes Kolonialamt habe befördern wollen!

8. Vom Petersprozeß in Köln. Ein Eisenbahnbeamter bekundet als Zeuge — und Peters bestätigt die Aussage — Peters habe ihm erzählt, daß er eine schwarze Konkubine **wegen „Ehebruchs" habe hängen lassen!** Er prahlte ferner damit, daß er **nie eine Strafe unter 50 Hieben** vollziehen lasse! Wenn ein Boy einmal Zucker stibitze, so lasse er ihm **150 Hiebe** aufzählen! Peters habe, um schleunigst Futter für seinen Esel zu beschaffen, einem Dorfältesten ein Streichholz an die Lippen gehalten! An Eingeborene, die für ihre Waren mehr **verlangt hätten als ein Fünfundzwanzigstel des Wertes,** habe er als „Draufgeld" **50 Hiebe** verabfolgen lassen! Und Peters gab zu, daß er damals dergleichen erzählt habe, „weil es seiner damaligen Sinnesrichtung entsprochen" habe!

Ueber die Behandlung der noch nicht 20jährigen Jagodja sagt der Zeuge Wilhelm, ehemaliger Unteroffizier der Schutztruppe, sie wurde **mit Hieben zerfleischt** und schließlich aufgehängt, weil sie sich durch Flucht der Herrschaft des Peters zu entziehen suchte. Und — so bekundete Wilhelm weiter — sie hatte alles Recht zur Flucht, denn sie stand in keinerlei Dienstverhältnis zu Peters!

9. Vom Petersprozeß in Köln. **Der Maler Kuhnert,** ein Gefährte des Peters am Kilimandscharo, hat erzählt, daß Peters einmal von einer Streife eine Anzahl von Kettengefangenen mitgebracht habe. Als ihn Kuhnert fragte, was denn diese Leute verbrochen hätten, antwortete Peters: „Nichts! Aber man müsse den Kerlen die Herrenfaust zeigen!" — Als Mabruk gehängt war, setzte sich das „Richter"-Kollegium zum Frühstück nieder. Dabei wurde **ein Trinkspruch auf den unmittelbar zuvor Gehängten** ausgebracht mit den Worten: „Es lebe der selige Mabruk".

Herr Liebert vom Reichsverband, der erst 5 Jahre nach den fraglichen Vorkommnissen nach Ostafrika gekommen ist, behauptet als „Sachverständiger": die Erregung unter den Eingeborenen sei nicht durch die Kunde vom Aufhängen der Neger verbreitet worden, sondern durch Bebels Rede im Reichstage! D. h. durch eine Rede, **die erst 4 Jahre später** in Berlin gehalten worden ist!

11. In Köln wird über den sogenannten Tuckerbrief verhandelt. Bekanntlich ist ein Brief an den englischen Bischof Tucker nicht geschrieben worden. Es liegt eine Namensverwechselung mit dem englischen Bischof Smithie vor. Vor Gericht wird nunmehr festgestellt, daß Peters einen Briefentwurf gemacht hat, der ursprünglich als Brief an den Bischof Smithie abgehen sollte. Peters schickte ihn aber nicht ab, sondern übergab ihn einem englischen Major in der Voraussetzung, daß dieser Briefentwurf **in der englischen Presse veröffentlicht** würde. In diesem „Entwurf" war **ausdrücklich zugegeben,** daß der hingerichtete Mabruk tatsächlich eines „ehebrecherischen" Verhältnisses **zu der** schwarzen Geliebten eines Offiziers überwiesen sei!

Ueber die Angelegenheit mit Bischof Smithie wird folgendes festgestellt: Peters hatte dem Bischof Smithie einen Brief geschrieben, in dem er ihm seine Durchreise durch den Aufenthaltsort Smithies angekündigt hatte. Gleichzeitig hatte er ihn um Uebermittelung eines Briefes gebeten. Der Bischof teilte mit, daß er den Brief besorgt habe und gern geneigt sei, die deutschen Mannschaften zu empfangen. Auch den berühmten Reisenden Peters würde er gern kennen lernen. Nur wäre es ihm sehr lieb, wenn ihm Peters vorher nachweisen könne, daß die „betrübenden Nachrichten" über seine Taten am Kilimandscharo unrichtig seien. Also Smithie verbat sich in gar nicht mißzuverstehender Form den Besuch des Peters, wenn dieser nicht in der Lage sei, sich vorher von den Anschuldigungen zu reinigen. Darauf wurde Peters in einem Antwortschreiben hochfahrend und tat, als ob die Ankündigung seiner Durchreise ein Ersuchen um Gastfreundschaft gar nicht eingeschlossen hätte. Wiederum antwortete der Bischof, er habe erwartet, daß Peters gegenüber den Handlungen, deren er bezichtigt sei, andere Entlastungsmomente anzuführen in der Lage gewesen sei, als seine eigenen persönlichen Beteuerungen!

13. Das Urteil gegen Jesko v. Puttkamer, früheren Gouverneur von Kamerun, der am 25. April 1907 von der Disziplinarkammer zu 1000 Mark Geldstrafe und zu einem Verweise verurteilt worden, wird vom Disziplinarhof aufgehoben. Puttkamer wird **nur zu einem Verweise** verurteilt.

22. Im Kölner Petersprozeß wird Herr v. Bennigsen zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus der „hohen" Politik.

5. Weil ihm die **Genehmigung zum Bau eines Wohnhauses versagt** worden, hat ein polnischer Landwirt sich einen Wohnwagen gleich den Zigeunern eingerichtet. Nun wird ihm die **Unterhaltung eines Feuerherdes im Wohnwagen verboten.** Und weil er Einspruch erhebt, werden ihm 10 Mark Kosten für amtliche zwangsweise Entfernung des Ofens abverlangt. Die zahlt er nicht, deshalb wird **der ganze Wohnwagen gepfändet.**

18. Das **Enteignungsgesetz gegen die Polen** wird vom preußischen Abgeordnetenhaus in dritter Lesung **angenommen.**

30. Das Enteignungsgesetz gegen die Polen stößt im preußischen Herrenhaus auf Widerspruch. Es wird an eine Kommission verwiesen.

Eingegangene Druckschriften.

Monatsblätter für Arbeiterversicherung. Herausgegeben von Mitgliedern des Reichsversicherungsamtes. II. Jahrg. Heft 1 und 2. Preis pro Nummer 10 Pf. Verlag von Behrend u. Co., Berlin W. 64.

Les Documents du Progrès. Revue internationale. Dirigé par le Dr. Rodolphe Broda. Paraissant tous les mois. Abonnement 12 Fr.

Die Bücher des deutschen Hauses. Herausgegeben von Rudolf Presber. Band 15: Auf tönernen Füßen. Roman von Hans Hauptmann. Band 14: Spanische Novellen, von Else Otten und R. Speyer. Buchverlag für deutsche Haus, Berlin-Leipzig.

Hirsch-Wilking. Elektro-Ingenieur-Kalender 1908. Preis 2,50 M. Verlag von Oskar Coblentz, Berlin W. 30.

Marie H. von Heldorff. Auf eigenen Füßen. Praktischer Wegweiser durch alle Berufsarten für erwerbende Frauen. Preis 40 Pf. Verlag von H. Seemann Nachf., NW. 87.

Dr. L. Wahrmund. Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft. Preis geh. 1 M. Verlag J. F. Lehmann, München.

Marie Wegner. Die Armen- und Waisenpflege. Heft 1. Preis 50 Pf. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Dr. jur. Friedrich Bendixen. Das Wesen des Geldes. Zugleich ein Beitrag zur Reform der Reichsbankgesetzgebung. Preis 1,40 M. Verlag von Duncker u. Humblot, Leipzig.

Joseph Augerbauer. Tischlein deck dich für alle. Preis 10 Cents. Selbstverlag, New York, 117 Park Row.

Albert Knab. Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. 6. Jahrg., Heft 4, Januar 1908. Verlag von Karl Flemming A. G., Berlin W. 35.

Jahresbericht der Ortsverwaltung Berlin II für das Jahr 1907. Deutscher Transportarbeiter-Verband. 93 Seiten. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.

Dr. Fritz Auer. Persönlichkeiten. Friedr. Naumann. Heft 4. Preis 30 Pf. Virgil-Verlag, Charlottenburg, Kantstr. 8.

Dr. phil. Helene Stöcker. Die Neue Generation. Jährlich 5 M., halbjährlich 3 M. Einzelnummer 50 Pf. Verlag Oesterheld u. Co., Berlin W. 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Sonnabend, den 7. März:

Großes Sommerfest

in den Gesamträumen der „Neuen Welt", Hasenheide 108—114.

Ein Sommertag in den Hochalpen

verbunden mit

Reigenfahren (pünktlich 11 Uhr). **Vorträge, Kinematograph, Alpenglühen.**

In **allen** Sälen: **Großer Ball.** **Tanz frei.**

Anfang 8½ Uhr. **Billett 50 Pfennig.** **Anfang 8½ Uhr.**

Jede Dame erhält einen Bon, für welchen **ein Präsent** gegeben wird. (Die Ausgabe der Bons erfolgt an der Kontrolle, der Präsente im kleinen Saal.) 80/5*

Zahlreichen Besuch erwartet **Das Komitee.**

Billetts sind in allen **Zahlstellen**, im **Bureau** und bis zum 7. März ständig in folgenden Lokalen zu haben: Osten: **Lorenz**, Koppenstr. 28, Südost: **Mühle**, Mariannenstr. 41, Süden: **Grumbach**, Schönleinstr. 6 und **Zehrend**, Hasenheide 9, vis-a-vis der „Neuen Welt".

M. Krügers Speise-Leinöl

ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich schmackhaftes, frisches und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etiquett „Spreewälderin in Nationaltracht"** und fordern ausdrücklich **M. Krügers Speise-Leinöl.** Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorkostgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, **M. Krügers Speise-Leinöl „Marke Spreewälderin"** nicht erhalten können, so bekommen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber sicher.

Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.

Masken-Garderobe

Carl Ernst
(Inhaber **Willi Ernst**)
Köpenickerstr. 126, 1 Tr.
Amt IV, 5062.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzeiger dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

Zahnärztliche Klinik

SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Jandorf, und **N.**, Brunnenstraße 185 I, am Rosenthaler Tor.

Zahnziehen unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Plomben m. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9—6 Uhr. Sonntags 9—12 Uhr. 14212*

Alle Bekannte, Freunde und Genossen lade ich zum **Donnerstag**, den 27. Februar 1908 in meinem Lokal **Müllerstraße 88** zum

Schlachte-Fest

ergebenst ein. 20352

Schaukel-Wilhelm.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit farbenlichtem Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre kein Laden. Mauerhoff. †1

Gardinenbude Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Mauerhoff. 1†

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre †1

Nähmaschinen. Vergütet bis 20,00 wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 2970R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 264/11*

Speisezimmer mit Vierzugtisch und selbständigem Fallfuß, komplett 725. Herrenzimmer mit freistehendem Schreibtisch 600. Salon, komplett 550. Schlafzimmer mit dreiteiligem Schrank, schwere Arbeit, geschnitzt, Stahlboden, komplett 550. Lothringerstraße 26, Aufbewahrungsspeicher. *

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 2908R*

Wegen Feuersgefahr muß ich verschiedene Musterzimmer räumen, darum verkaufe Möbel bis 1. März 30 Prozent billiger. Einfache Einrichtungen 200, 250, bessere 300, 350, 400—15 000 Mark. Herrschaftliche Wohnungs-Einrichtungen, wie Speisezimmer, eichene, komplett 700 Mark. Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer, Gaskronen, Anlegeschränke, Schreibtische, Büfetts, Plüschsofas, Säulentrumeau, Lederstühle, Bettstellen, moderne Küchen. Aufbewahrung bis zur Abnahme kostenlos in extra trockene Speicher. Geöffnet von 8—8, Sonntags 8—2. Bei sofortiger Kasse noch extra 2 Prozent! Lothringerstraße 26, Hof, Speichereien. 1566*

Pfandleihhaus! Hermannplatz 6. Pfänderverkauf! Gardinenverkauf! Staunend billige Herrenanzüge! Herrenpaletots! Spottbilliger Bettenverkauf! Wäscheverkauf! Plüschtischdecken! Steppdecken! Teppichverkauf! Uhrenverkauf! Kettenverkauf! Ringeverkauf! Schmucksachen! Nähmaschinen! Sonntags ebenfalls geöffnet.

Bruchgerste. Gemenge, Zentner Sechsmark ab Speicher, Neue Schönhauserstraße zwölf. 2345*

Möbel auf Teilzahlung, Prinzenstraße 62. 111/4*

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hosen, Koffer, Revolver, Teschings, Uhren, Goldsachen, Kessel, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131.

Reisegläser, Operngläser, Reißzeuge, Regulatoren, Freischwinger, Harmonikas, Geigen, Zithern, Bilder, Teppiche, spottbillig. Lucke, Oranienstraße 131. 2905*

Kinderbettstelle. Kinderwagen, Sommer, Wienerstraße 51. 2925b*

Metallbetten, hochmoderne, spottbillig, Ritterstraße 112 II. 106/8*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Louis Böttcher (selbst): Borhagenerstraße 32 (Bahnverbindung Warschauerstraße), Reinickendorferstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

10.00. Deckbett, Unterbett, Kissen, rotrosa Inlett. Pfandleihe Andreasstraße 38. 296R*

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig 18,00, große Kissen 1,00, Pfandleihe Andreasstraße 38. 297R*

Bauerndeckbett. Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe Andreasstraße 38. Fahrgeld wird vergütet. *

Lauben-Baumaterialien, gebrauchte und neue, wie: Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl, billigst. Hasenheide 2 (am Hermannplatz). 158b*

Similiseidene Steppdecken 4,15 (Seidenersatz), Wollatlas-Steppdecken 5,85, Inventur-Ausnahmepreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 108R

Teppichhaus Lefèvre, Oranienstraße 158, jetzt Inventur-Räumungspreise. Extrailiste gratis. 109R*

Möbelverkauf! Durch günstigen Einkauf selten billig. Besichtigung erbeten. Kastanien-Allee 58. 267R*

Linoleumteppiche, Linoleumreste, Wachstuchdecken, Gummischläuche spottbillig. Jonas, Josephstraße 11 eine Treppe.

Seiferthühne und Weibchen verkauft Prinzessinnenstr. 12, III links. *

Kraustraße 50 Möbel spottbillig. *

Paletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzeit, nur Rosenthalerstraße 10. 265/20*

Kraustraße 50. Möbel, Inventur-Ausverkauf. Brautleute kaufen Möbel, Spiegel, Polsterwaren zu spottbilligen Preisen. Besichtigung ohne Kaufzwang. Möbelspeicher Saalfeld. 312b

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Katz, Mulackstraße 14. 3625*

Littauer-Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1—6, Warschauerstraße 67, Ackerstraße 111. 333b

Zuchtkanarien, Vorsänger, hochprämiiert. Flohr, Wiclefstraße 15. *

Herrenfahrrad, nagelneu, Garantie, krankheitshalber, jeden Preis Mitschke, Exerzierstraße 25. †79

Kinderwagen verkauft billig Vierow, Wilhelmstraße 53. 318b

5 Minuten vom Bahnhof, 20-Pfennigtour, billige Parzellen, kleine Anzahlung. Caternberg, Markgrafendamm 11. 311b*

Wegzugshalber verkaufe zwei Kleiderschränke, Vertiko, Plüschsofa, Ausziehtisch, Stühle, Bettstellen, Säulentrumeau, Spiegelspind, Waschtollette, Nähmaschine, Uhr, Bilder, Steppdecken, zwei Stand Betten, Küchensachen spottbillig Waldemarstraße 27, vorn I, bei Schuhmann.

Bettfedern, Gänsehalbdaunen, sehr volldaunig, ist die beste Bettenfüllung, Schönhauser Allee 57, Geflügelhandlung, Pohlmann. 449R*

Geschäftsverkäufe.

Grünkramgeschäft, gute Existenz, verkauft billig Borhagener Chaussee 15.

Restaurant sofort preiswert zu verkaufen. Auskunft Prenzlauer Allee 232. 296b*

Zigarrengeschäft mit Stube billig verkäuflich Melchiorstraße 33. 111/16

Damenlokal, Norden, Monatsmiete 110 Mark, Tageskasse 25,00, Preis 1700 Mark. Näheres 1674 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 294R

Milchgeschäft, Norden, Miete 720,00, täglich 70 Liter, viel Backware, Bier usw., Preis 1200 Mark. Näheres 1239 Vollrath Co., Elsasserstraße 21. 293R

Milch-, Backwarengeschäft, C., Monatsmiete 62,50, täglich 70 Liter, 34 Beutelkunden, Preis 1300 Mark. Näheres unter 1775 durch Vollrath u. Co., Berlin, Elsasserstraße 21. 296R

Eckrestaurant, Baumschulenweg, billig zu verkaufen. Adressen A. G. 99 Postamt Baumschulenweg. 325b

Grünkramgeschäft verkäuflich Berlichingenstraße 4. †128

Zigarrengeschäft verkauft Gliese, Wüstockerstraße 23. †102

Seifen-Farbengeschäft zu verkaufen Grätzstraße 11 (Wienerbrücke).

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Schmelzer, Stettinerstraße 57. †79

Eßholz, Komiker, frei. Gropiusstraße 6. 2945*

Wer ein Geschäft kaufen oder verkaufen will, wende sich an Vollrath u. Co., Elsasserstraße 21, Amt Ia, 4375. 1458R*

Lernt die Muttersprache beherrschen! Erfolgreichen, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts" zu richten.

Mittagstisch! Reichlich, schmackhaft, mit Bier, Kaffee, Apfelwein 50 Pf. Täglich drei Gerichte. Annenstraße 16, parterre. 244/20

Vereinszimmer 30—60 Personen auch Sonnabend und Sonntag frei. Jessenerstraße 1. 2905*

Waschanstalt. Den Genossen empfehle meine Wasch- und Plättanstalt. Wäsche wird chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Karl Foch, Köpenick, Grünauerstraße 21. 197R*

Bücher, alte, Lexika und ganze Bibliotheken kauft Beyer, Oranienstraße 138. 3105*

Hausdiener! Alte Packleinewand, Emballage kauft laufend zu besten Preisen Hosenfelle-Export-Gesellschaft, Brandenburger Ufer 2. †92

Patente besorgen und verwerten billigst. Auskunft 5—7 gratis. Habermann & Co., Berlin, Winterfeldtstraße 34. 324b

Verloren auf dem Wege von Wilmersdorf bis Bahnhof Wedding ein braunes Portemonnaie mit ungefähr 45 Mark Inhalt. Abzugeben bei Otto Buß, Sparrstraße 20, v. III.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2555R*

Nebenverdienst bietet sich Genossen, die in Fabriken arbeiten oder Versammlungen verkehren, speziell auch Parteikolporteure. Anfragen an Richter, Zürich, Höschgasse 3. 325b

Vermietungen.

Wohnungen.

Wohnungen, billige, Balkon, Doppelfenster, Gas usw., zwei Zimmer, Küche (Bad), von 35 Mark an, ein Zimmer, Küche, Balkon, von 19 Mark an. Kolonistestraße 30—31, Soldinerstraße 67—68. 35b*

Greifstraße 11 eine Stube und Küche 1. März, zwei Stuben und Küche 1. April. 328b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 2 Herren, Moritzstraße 4, IV rechts. 316b

Zwei Herren möbliertes Zimmer, vorn, separat, Ritterstraße 2, Witwe Müller. 315b

Möbliertes Zimmer für Herren, a 14,00 mit Kaffee, Dresdenerstr. 19, IV links. †111

Möbliertes Zimmer für zwei Herren zum 1. März Gitschinerstraße 62, 3 Treppen links. 334b

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, Wienerstraße 31, vorn II, Michalski, Görlitzer Bahnhof. †18

Schlafstelle für Herrn Liebigstraße 33, Frau Kirsch. †39

Bessere Schlafstelle, 10 Mark, Wrangelstraße 115, vorn III rechts.

Möblierte Schlafstelle vermietet Witwe Golze, Manteuffelstraße 88, vorn III. 332b

Schlafstelle zu vermieten. Sello, Schmidstraße 10. 111/18

Möblierte Schlafstelle, separat, Alte Jakobstraße 74, Hof rechts II, Katzmutzen. 320b

Möblierte Schlafstelle, Herrn, zu vermieten bei Frau Höpner, Junkerstraße 15, Hof IV. 309b

Möblierte Schlafstelle, allein, vermietet Frau Bohl, Rügenerstraße 16, I. †79

Möblierte Schlafstelle (separat) bei Witwe Kahlbaum, Putbuserstraße 37. †79

Schlafstelle, Mädchen, Soldinerstraße 66, Dünkel. †79

Zwei Schlafstellen für Herren, Damen, 9 Mark. Schulz, Elisabethkirchstraße 16, vorn II. †92

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Grünerweg 63, I. Mielke. †124

Schlafstelle Rüdersdorferstraße 49, Quergebäude 1 Treppe, Rudnick.

Möblierte Schlafstelle (Herrn, Dame) Melchiorstraße 14, Fischer.

Mietsgesuche.

Möbliertes Zimmer zum 1. März gesucht, am liebsten bei Witwe. Gegend gleich. Preisofferten an C. Dickel, Restaurant Härtel, Hollmannstraße 16.

Möbliertes Zimmer gesucht, achtzehn Mark. Gegend Frankfurter Tor. Postamt 94, „Geschäftsdame".

Suche für junges Mädchen zum 1. März einfach möbliertes Zimmer, Gegend Warschauer- bis Frankfurterstraße. Offerten mit Preisangabe unter E. W. 24, Postamt 93. †124

Junger Mann sucht möblierte Schlafstelle, Nähe Hohenstaufenstraße. Offerten mit Preisangabe unter N. 1 an die Expedition des Blattes. 321b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Junger Mann, verheiratet, mit schöner Handschrift, Rundschrift, Druckschrift, Diplomschrift, Kunstschrift und Zeichenschrift, Pauser, Lackschriftschreiber, Formularzeichner sucht häusliche Nebenbeschäftigung. Gefällige Offerten an „Diplomschreiber", Postamt Reinicken-dorf-West. 308b

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Tüchtigen Stempelsetzer sucht Stempelfabrik, Ritterstraße 11. 111/19

Steindrucker-Lehrling verlangt Kunstanstalt Barnick, Hollmannstraße 18. 297R

Sauberes Mädchen für alles, nicht unter 17 Jahren, zum 1. März zu mieten gesucht. Nur schriftliche Meldungen an Frau E. Bauer, Schlachtensee, Gertrudstraße 2. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Lokalbeamter.

Die Zahlstelle **Cöln a. Rh.** des **Deutschen Holzarbeiter-Verbandes** sucht zum baldigen Antritt einen

zweiten Lokalbeamten.

Derselbe muß vornehmlich agitatorische und organisatorische Befähigung besitzen, daher in Rede und Schrift gut bewandert, sowie auch event. die sonstigen Verwaltungsgeschäfte zu führen in der Lage sein. Anfangsgehalt 2000 M. Bewerber wollen eine selbstgeschriebene Offerte mit einer Schilderung über ihre seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, sowie einen Aufsatz über „Die Aufgaben eines Lokalbeamten" bis zum 15. März dieses Jahres an **R. Schmidt, Cöln, Severinstraße 199,** mit der Aufschrift **„Lokalbeamter"** gelangen lassen.

283/16 **Die Lokalverwaltung.**

Achtung! Kleber! Bauarbeiter!

Gesperrt sind:

Grottke, Pallisadenstr. 105, Bau: Stolpischestr. 53.
Rosenthal, Malermeister, Bau: Jüdenstr. 10, 12/13.
Gledeck, Eberswalderstr. 31, Bau: Soldiner Straße 29.

177/7 **Die Verbandsleitung.**

Achtung! Fliesenleger!

Die Firma **Otto Ramin, Schöneberg,** Schwäbischestraße Nr. 1, ist wegen Lohndifferenzen für sämtliche Fliesenleger **gesperrt.**

Die Bauten liegen:
Spezererstr. 21, Schöneberg.
Augsburgerstraße, Bau **Kuttner.**
Viktoriastr. 36.
Mündenerstraße, Charlottenburg, Bau **Richter.**
Breitestraße, Schmargendorf, Bau **Fiedler.**
Theklastraße 6, Groß-Lichterfelde, Bau **Borchardt.**

Der Fliesenleger **Hans Göbel,** Zehlendorf, sucht mit allen Mitteln Fliesenleger für die gesperrten Arbeiten anzuwerben.

Der Sektionsvorstand und die Freie Vereinigung der Fliesenleger.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Zentrum:
Fritz Zinke, Mauerstr. 89.
A. Hahnisch, Auguststr. 50.

Westen:
G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.

Osten:
W. Mann, Petersburgerplatz 4.
R. Wengels, Rüdersdorferstr. 8.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12.
J. Reul, Barnimstr. 43.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
H. Trapp, Stettinerstr. 10.
Karl Miers, Lychenerstr. 123.
Karl Weihe, Nazarethkirchstr. 49.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 23.

Südwesten:
H. Werner, Gneisenaustr. 72.
H. Schröder, Hagelbergerstr. 27.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seifel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Reckestr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:
A. Rosentranz, Am-Borbagen 56.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 83a.

Reinickendorf:
P. Gursch, Provinzstraße, Ecke Grünerweg.

Treptow: 245/29
R. Gramenz, Kiefholzstr. 412.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.